SITZUNGSBERICHTE
DER LEIBNIZ-SOZIETÄT
Band 35 • Jahrgang 1999

trafo Verlag Berlin

ISSN 0947-5850 ISBN 3-89626-294-7

Inhalt

Adolf Laube

"Die Bibel allein" oder "Die Kirche hat immer recht"
- der Streit um Luthers Schriftprinzip und dessen soziale Folgen >>>

Manfred Weißbecker

Die Geschichte der NSDAP (1920-1945).
Überlegungen zu Ergebnissen und Defiziten ihrer Erforschung >>>

Kurt Pätzold

Die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Legendenbildung und Geschichtswissenschaft >>>

Ulla Plener

Theodor Leipart oder: wie fruchtbar ist eine reformatorische Weitsicht für die Emanzipation der Lohnarbeitenden? >>>

Debatte

Dietrich Hoffmann

Von den Schwierigkeiten, zwischen Denken und Handeln zu vermitteln. Bemerkungen zum Beitrag von Wolfgang Eichhorn/Wolfgang Küttler: Geschichte in möglichen Perspektiven denken (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät Band 34) >>>

Johannes Irmscher

Von der Aufklärung zur Manipulation. Diskussionsbeitrag zu Herbert Hörz, Wissenschaft als Aufklärung? (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät Band 28) >>>

Erinnerung

Joachim Heidrich

Zum 100. Geburtstag von Walter Ruben (1899-1982) >>>

Rezension >>>

Hannelore Bernhardt

Herbert Hörz, "Brückenschlag zwischen zwei Kulturen" >>>

Adolf Laube

„Die Bibel allein" oder „Die Kirche hat immer Recht". – Der Streit um Luthers Schriftprinzip und dessen soziale Folgen.*

„Dieweil in diesen ferlichen getzeiten ich seliglich acht, das ein yglich christ, was er im hertzen gleubt, mit dem munde offenbar vor Got und der welt, und yderman zu erkennen gebe, wem er anhange, der mutter der heiligen christlichen kirchen ader Martino Luther ader seinem evangelio, und kurtz, ob er martinisch oder dermassen evangelisch sey, dem also nach wil ich alle leuthe wissen [lassen], daz ich nit martinisch noch evangelisch [bin], auch also nicht genant werden und diß namen vormittelst der gnaden Gottes zu ewigen getzeitten schewen und nicht annehmen wil, dovon ich offentlich betzeuge."[1] Der dies um die Jahreswende 1523/24 in einer Flugschrift öffentlich bezeugte, war der Pegauer Benediktinerabt Simon Blick, doch hatte die Schrift wohl sein Bruder, der Erfurter Stadtsyndikus Dr. Wolfgang Blick verfaßt. „Das ich aber nicht evangelisch sein noch heißen wil zu dissen geferlichen getzeitten und der meinung nach, wie sich die lutherischen selbs evangelisch nennen, hat diß ursach: Dan das evangelium auch ein felß ist der ergerniß und ein stein der vorserung, vorfurt, ergert unnd vorseert die schwachen hertzen..., domit haben auch alle ketzer yre ketzerey auffgebracht." Auch heute sei es offensichtlich, „das das wort Gottes unnd evangelium ytzunder aller außgelauffen apostaten unnd abtrinniger von christlicher einigkeit schentlichs ergerlichs leben bedecken muß"[2]. Die verdammten Ketzer sollen sich nicht evangelisch und schon gar nicht christgläubig, sondern „martinisch" und „ewighellisch" nennen.[3] Insbesondere reflektiert die Schrift Auseinandersetzungen mit dem aus dem kurmainzischen Miltenberg geflohenen lutherischen Prediger Johannes Drach (auch genannt Karlstadt[4]), der sich Ende 1523 in Erfurt aufhielt. Er war wohl gemeint, wenn Blick forderte, man solle „soliche ausgelauffen apostaten, sonderlich

* Erweiterter Vortrag, gehalten vor der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 16. September 1999.

die jhenigen, die do so unsynnig schreien das wort Gottes und evangelium, mit yrer ewighellischen lehr zu der stat aussteupten".[5]

Der Streit um die Autorität von Schrift und Kirche bzw. von Evangelium (auch zumeist als Synonym für die biblischen Schriften insgesamt gebraucht[6]) und Kirche hatte bereits 1518 mit dem Schriftenwechsel zwischen Prierias und Luther eingesetzt. Silvester Mazzolini, genannt Prierias, päpstlicher Gutachter im beginnenden Lutherprozeß, hatte in seinem „Dialog über die Macht des Papstes gegen Luthers Thesen" die Auffassung vertreten, daß der Papst als Haupt und Zentrum der Kirche oberste Autorität in Glaubensfragen sei und damit auch volle und unfehlbare Autorität über die Schrift habe. Die Schrift sei insofern und nur so weit gültig und verbindlich, als sie durch die Kirche bestätigt ist.[7]

Luther, der zu diesem Zeitpunkt – Ende August 1518 – noch nicht glaubte, daß dies offizielle Auffassung Roms sein könne, und auch noch davor zurückscheute, den Papst direkt anzugreifen, setzte dem die Auffassung von der Bibel als höchster Autorität entgegen.[8] Die folgende Replik des Prierias[9] ließ er zunächst unkommentiert. Das Pochen auf das Gotteswort in der Schrift wurde aber von nun an zur Grundmaxime von Luthers Argumentation. Bereits im Augsburger Verhör 1518 betonte er gegenüber dem päpstlichen Legaten Kardinal Thomas de Vio, genannt Cajetan, die Schrift als oberste Autorität, der auch der Papst unterstellt sei.[10] Im Vorfeld der Leipziger Disputation, im Mai 1519, stellte er die Autorität der Bibel gegen die Behauptung seines Kontrahenten, des Ingolstädter Theologieprofessors Johannes Eck, daß die Priorität bei der römischen Kirche liege.[11] Und auf der Disputation selbst formulierte Luther im Hinblick auf die Schrift vier Prinzipien, an denen er auch in der Folgezeit festhielt: 1. Die Schrift ist alleinige Grundlage des Glaubens; 2. innerhalb ihrer gilt nur der offenkundige Text; 3. dessen Auslegung darf vom Wortsinn nicht abweichen und 4. für ein angemessenes Verstehen ist einzig der Kontext als Exegesemittel zulässig.[12] Die Meinungsverschiedenheiten über die Schrift als höchste Autorität des Glaubens und in der Kirche spitzten auch den Streit um das päpstliche Primat weiter zu, als dessen direkte Folge 1520 der literarische Disput mit dem Bibellektor der Leipziger Franziskaner, Augustin Alveldt, über das römische Papsttum in Gang kam.[13] Zur selben Zeit meldete sich auch wieder Prierias mit seiner „rechtlichen und unerschütterlichen Wahrheit der römischen Kirche und des römischen Papstes" zu Wort, in der er den Papst

wiederum als oberste Autorität in Glaubensfragen über die Schrift und auch über die Kirchenlehrer und Konzilien setzte. Noch wollte Luther nicht glauben, daß Rom diese Auffassung teile, und erwartete, daß das „Satansmaul" Prierias zum Widerruf veranlaßt werden würde. Insbesondere empörte ihn, daß die Schrift selbst dann der Autorität des Papstes untergeordnet sein sollte, wenn der Papst irre. Doch als Leo X. in einem Breve vom 21. Juli 1520 Prierias' Argumentation für kanonisch erklärte, war die Sache für Luther endgültig klar: In Rom herrscht der Antichrist.[14] Die Bannandrohungsbulle vom Herbst 1520 konterte mit dem Vorwurf, Luther lege nach alter Gewohnheit der Ketzer die Schrift willkürlich aus, zwinge, biege und fälsche sie nach seinem Verständnis und nicht nach dem Erfordernis des heiligen Geistes und der christlichen Kirche.[15] Deren vom heiligen Geist geleitete Auslegung sei die allein gültige. Bekräftigt wird das durch die in der folgenden Polemik immer wieder autoritativ zitierte Formulierung des Kirchenvaters Augustin, er würde dem Evangelium nicht glauben, wenn es nicht von der Kirche angenommen wäre.[16] Am 10. Dezember 1520 verbrannte Luther in einem symbolischen Akt in Wittenberg einen Druck der Bannandrohungsbulle, die kanonischen Rechtsbücher und Schriften seiner Gegner. In seiner schriftlichen Begründung „Warum des Papstes und seiner Jünger Bücher ... verbrannt sind" nannte er u. a., daß der Papst sein unnützes Gesetz den Evangelien und Heiliger Schrift gleichstellt; daß der Papst Macht habe, die Heilige Schrift nach seinem Willen zu deuten und nur seine Deutung als alleingültig zuzulassen; daß der Papst nicht von der Schrift, sondern die Schrift von ihm glaubwürdigen Bestand, Kraft und Ehre haben solle. Besonders im letzten Punkt sah Luther ein Hauptargument für die Einschätzung des Papstes als Antichrist.[17] Zur gleichen Zeit formulierte er gegen die Bannandrohungsbulle seine „Assertio omnium articulorum"[18], in der er die Hermeneutik seines „sola scriptura"-Prinzips auf den Punkt brachte: Um die Schrift gegen fremde, menschliche Auslegung zu schützen, kann sie nur aus sich selbst erklärt werden, oder besser: Sie erklärt sich selbst.[19] Später formulierte er: „Also ist die schrifft jr selbs ain aigen liecht. Das ist dann fein, wenn sich die schrifft selbs auslegt."[20] Damit wird nicht nur die päpstliche Autorität über die Schrift, sondern die gesamte kirchliche Auslegungstradition grundsätzlich verworfen. Die Kirchenväter und -lehrer werden nur insoweit akzeptiert, als sie „die schrifft mit irem aigen liecht klar gemacht und ainn spruch zum andern gehalten [haben], das ainer den andern

fein klar gemacht hat".[21] Ihrer menschlichen Auslegung will er jedoch keinerlei Glauben geben, sofern sie nicht „beweysung yhrs vorstands ausz der schrifft thun, die noch nie geirret hat".[22]

Die Schrift als geronnenes Gotteswort, das heilige Evangelium als Zeugnis Christi, die christliche evangelische Wahrheit im Gegensatz zu den Menschenlehren der römischen Kirche wurden für Luther und seine Anhänger zur Grundlage und zum Kernstück des christlichen Glaubens, ja zum Markenzeichen ihres Selbstverständnisses: die Lutherischen oder Martinischen wurden zu Evangelischen. Sie verfochten die reine, klare, helle Schrift, die sich aus sich selbst heraus im Glauben und Vertrauen auf Christus jedem Gläubigen, auch dem einfachen Laien erschließt, und verwarfen die menschliche, irrige Auslegung der Kirchenlehrer, der „Doktoren", der Konzilien und des Papstes.[23]

Der einfache Laie, das Volk, wurde zum vornehmlichen Adressaten dieser Lehre, und es sollte nach Luthers Verständnis auch deren Träger sein. An die Laien, das Volk, wendete er sich in deutscher Sprache, „denn die Sache der Reformbewegung konnte nicht ernst sein, wenn sie nicht Sache des Volkes war"[24]. Anfang 1519 verkündete der Lutherschüler und -vertraute Franz Günther in Jüterbog u. a., daß einem einfachen Laien, der sich auf die Schrift berufe, mehr zu glauben sei als dem Papst, den Konzilien und der Kirche.[25] Nachdem die Jüterboger Franziskaner beim Bischof von Brandenburg Anklage erhoben hatten, verteidigte Luther zunächst in einem Brief an diese am 15. Mai 1519 die Thesen Günthers, ausdrücklich auch die über die Laien.[26] Inzwischen hatte Eck die Klage der Franziskaner zur Begutachtung erhalten und sich deren Standpunkt zu eigen gemacht. Darauf antwortete Luther im September 1519 mit einer erneuten Bekräftigung des inkriminierten Satzes Günthers[27] und behauptete, daß in den Laien der heilige Geist sei. Die Auffasung muß inzwischen in Wittenberg Gemeingut geworden sein, denn 1519 schrieb auch Luthers Wittenberger Mitstreiter und Mitdisputator von Leipzig Andreas Karlstadt, „daß die ungelehrten einfältigen Laien eines höheren Verstandes seindt, denn die gelehrten Theologen".[28] Fast unisono sprach Luther Anfang 1521 in seiner Antwort auf die Bannandrohungsbulle armen Bauern und Kindern ein größeres Glaubensverständnis zu als Papst, Bischöfen und Doktoren.[29] Bei schlichten Laien, die den Glauben haben, fand er mehr Schriftverständnis als beim Papst und allen Universitäten. Seinem Gegner Emser schleuderte er 1521 entgegen: „Wo

seyt yhr junckern, die yhr euch anmasset die schrifft auszulegen, den glauben [zu] vorkleren und rufft fast, der gemeyn man vorstehe nichts drynnen? Es find sich hie anders, das der Bapst und seyne Bischoffe mit yhrem anhang weytt nit ßo viell kunnen als die groben pawrnn und kindle."[30] Und er war sich der Wirkung der Bibel beim gemeinen Mann durchaus bewußt und nutzte sie als Drohung: „O bessert euch, lieben brudern, die schrifft kumpt an tag, der menschen augenn wachenn auff, yhr werdet ewr sachen mussenn anders schmucken, oder das helle liecht wirt euch zu schanden machen; ich warne euch trewlich."[31] Freilich sollte das Aufwachen der Menschen im hellen Licht der Bibel auch andere, für ihn durchaus unerwünschte Folgen haben. Doch noch auf der Wartburg 1521 wurde er nicht müde, den gemeinen Mann zu beschwören und mit dem niederen Stand Christi zu vergleichen: „Christus ym Evangelio war gantz eyn nydrige geringe person yn keinem hohen stand noch regiment." Dennoch habe er die Hohenpriester und alles, was da hoch war, gestraft und damit ein Beispiel gegeben, „das sie nur getrost sollen die grossen kopff antasten, Sintemal des volcks vorterben unnd geneßen am meysten ligt an den hewbternn. ... Soll man nu das volck bawen, ßo muß man tzuvor den schedlichen hewbtern und verstorer widder stehen."[32] In der Adelsschrift von 1520 hatte er bereits die Lehre vom Priestertum aller Gläubigen entwickelt[33], und 1522 sprach er den gläubigen Laien bzw. Gemeinden Recht und Macht zu, gegen die kirchlichen Obrigkeiten und Amtsträger über alle Lehre zu urteilen[34], ja er gab jedem Laien die Vollmacht, einen irrenden Prediger zu tadeln und an dessen Stelle zu predigen[35]. Es sei wunderbar, jubelte 1522 der einflußreiche Nürnberger Ratsschreiber und Lutheranhänger Lazarus Spengler in seinen „Hauptartikeln", daß durch das Evangelium „auch daz arm gemeyn volckleyn, ya, das grob unverstendig pawers volck, das weder von puchstaben odder schrifften eynichen verstand hat, zu dißer erleuchtung komen ist". „Dann das evangelium zeygt dyr Christum, der hatt fur dich gnug gethan und dich schon selig gemacht, und byst nun durch Christum deyner seligkeyt gewiß."[36]

Es muß nicht besonders betont werden: Hinter der Glaubensfrage stand natürlich – zumindest in ihren Wirkungen – die eminent gewichtige Machtfrage. Führt der Weg zum Heil, zur Seligkeit allein über den Glauben an die Verheißungen Christi in der Bibel unter Ausschluß der römischen Kirche und damit auch über den mündigen Laien oder führt er über die alleinige Glaubenshoheit der römischen Kirche und die Unterordnung unter die

Lehrhoheit und Ordnungsgewalt des Papstes? Die Risiken des ersten Weges der Negierung der Papstgewalt und der Mündigmachung des Volkes sahen die Gegner Luthers früher als dieser. Seit den Ablaßthesen und lange vor den ersten städtischen Unruhen und erst recht vor dem Bauernkrieg befürchteten sie – nicht unbegründet – weiter umsichgreifende subjektive Auslegung der Bibel gemäß subjektiven Interessen und daraus folgend Aufruhr und Empörung des Volkes als eine Konsequenz von Luthers Lehren. Ja sie verdächtigten und beschuldigten Luther – das allerdings sicher unbegründet –, bewußt den Glauben und die Mißstände in der Kirche nur als Vorwand zu benutzen, um die Autorität der Kirche als ganze zu vernichten und das Volk zum Aufruhr gegen die Obrigkeiten zu hetzen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wenn im folgenden Luthers altgläubige Gegner zu Wort kommen, so kann es weder darum gehen, sie parteinehmend gegen Luther aufzurufen, noch darum, parteinehmend für Luther ihre Vorwürfe im einzelnen auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen, zu untersuchen, inwieweit sie Luther gerecht werden oder wo es sich um Mißverständnisse, bewußte Verdrehungen oder polemische Unterstellungen handelt. Es geht vielmehr um die Darstellung der altgläubigen Gegenpositionen als Indikatoren für die Art der Rezeption Luthers bei seinen Gegnern, für die Positionen, Themen und wunden Punkte, durch die sich die Kirche besonders herausgefordert fühlte. Dabei konnten durchaus Wirkungen Luthers ins Blickfeld geraten, die von diesem nicht vorausgesehen oder gar beabsichtigt waren und von evangelischen Kirchenhistorikern vehement bestritten werden. Und in der Befreiung der Bibel aus der babylonischen Gefangenschaft der Kirche, ihrer Nutzung als Argumentationsbasis gegen die kirchlichen Autoritäten, ihrer Öffnung für die Laien lag von Anfang an der Keim des Aufruhrs.

- Johann Tetzel, Leipziger Dominikaner und Generalsubkommissar Albrechts von Brandenburg für den Ablaß, Veranlasser der Ablaßthesen Luthers, 1518: Luther mißachtet die Autoritäten der Kirche und bringt die Ketzereien Wiclifs und Hus' unter das Volk. Die Konsequenz wird sein, daß jedermann die Schrift nach eigenem Gutdünken auslegen will, die Obrigkeit verachtet und die ganze Christenheit in Gefahr bringt.[37]
- Johannes Eck 1518 und 1520: Luthers Ablaßthesen sind nicht nur irrig, albern, frech und verwegen, sondern auch dazu geeignet, Aufruhr und Spaltungen hervorzurufen. Sie streuen böhmisches Gift aus; sie schmekken nach Böhmen.[38] Luther macht Aufruhr, indem er den Laien Macht

über die Geistlichen gibt, den Adel gegen Papst und Geistlichkeit hetzt.[39]

- Augustin Alveldt 1520: Da Luther das Amt des Papstes umstoßen will, provoziert er Ungehorsam nicht nur gegen das kirchliche, sondern auch gegen das weltliche Regiment.[40]
- Thomas Murner, Straßburger Franziskaner, 1520: Luther hat mit seinem Angriff gegen die Obrigkeit bei Hans Karst und der aufrührigen Gemeinde Gunst und Anhang erlangt. Er mißbraucht sie unter dem Deckmantel von Glaubensfragen, um sie vom rechten Glauben abzuführen und bürgerlichen Aufruhr gegen die Obrigkeit zu erwecken. Dabei müßte Luther doch wissen, daß die Gemeinen ihre eigenen Ziele verfolgen, wenn sie erst einmal zusammenliefen. Der böhmische Aufruhr sollte ihm ein Exempel sein. Auch lehre die Geschichte, daß dort, wo anstelle eines Oberhaupts die Gewalt Vieler trete, deren Regiment bald untergegangen sei. Luther diene – ob er sich dazu bekenne oder nicht – dem Bundschuh und einem wütenden, unsinnigen Aufruhr.[41]
- Hieronymus Emser, Hofkaplan Herzog Georgs von Sachsen in Dresden, Theologe und Humanist, 1520 und 1521: Luther erweckt das erloschene Feuer des Hussitismus und des böhmischen Aufruhrs. Es gibt in der deutschen Nation kein Land, keine Stadt, kein Dorf, kein Haus, das nicht entzweit ist. Wenn Luther im Volk den Gehorsam gegenüber den geistlichen Obrigkeiten austreibt, müsse zwangsläufig auch der Gehorsam gegenüber den weltlichen Regenten getilgt werden, zumal die kaiserlich/weltliche Gewalt der päpstlich/geistlichen Gewalt untergeordnet ist. In der geistlichen Gewalt bündelt sich die Obrigkeit schlechthin, so daß ein Angriff gegen sie alle Obrigkeit betrifft. Luthers ganze Lehre ist auf Krieg und Blutvergießen gerichtet. In 10 Jahren werden sich die Deutschen gegenseitig zu Tode geschlagen haben.[42]

Wohl erst nach dem Wormser Reichstag auf der Wartburg wurde Luther selbst im Zusammenhang mit dem Erfurter Pfaffenstürmen vom Mai und Juni 1521[43] und den Wittenberger Unruhen von Ende 1521/Anfang 1522[44] die Möglichkeit eines allgemeinen Volksaufstandes, einer „großen emporung in Deudsch landen" bewußt. Die Schuld gab er noch in erster Linie der römischen Kirche und den altgläubigen Obrigkeiten, die das Wort Gottes unterdrücken. Doch zunehmend äußert er Besorgnis über die „fleischliche" Aufnahme des Evangeliums durch den gemeinen Mann. Und das Ungestüm der „Unseren" (womit vor allem sein Wittenberger Mitstreiter Andreas

Karlstadt gemeint war) sowie deren gesetzliche Auslegung des Evangeliums trieben ihm – wie er bekennt – das Wasser in die Augen.[45] In seiner „Treuen Vermahnung zu allen Christen, sich zu hüten vor Aufruhr und Empörung" vom Januar 1522 und den acht Fastenpredigten vom März 1522 warnte er seine Anhänger vor Übereifer und Gewalt bei der Ausbreitung des Evangeliums und mahnte insbesondere, den gemeinen Mann vom Aufruhr abzuhalten.[46] Dennoch erkannte er noch immer nicht, was sich alles unter dem Schild des Evangeliums zusammenbraute. Noch im März 1522 grüßte er in seiner Missive an Hartmut von Cronberg Franz von Sickingen und Ulrich von Hutten als „unßere frund ym glawbn"[47] und erinnerte daran, daß er Sickingen 1521 sein Beichtbüchlein[48] gewidmet habe.

Seine Hoffnungen, daß das Licht des Evangeliums alle wahrhaft Glaubenden gleichermaßen erhellen werde, trogen ihn. Die in der reformatorischen Bewegung engagierten sozialen Kräfte waren zu vielgestaltig, ihre Interessen zu differenziert, um sich erneut auf eine verbindliche Auslegung des Gotteswortes festlegen zu lassen. Die durch Luther aus dem verpflichtenden Normensystem der römischen Kirche herausgebrochene und zur einzigen Normquelle erhobene Heilige Schrift „erwies sich als zu vieldeutig, um integrierend zu sein, und auch der bibelbezogene Leitbegriff des Glaubens stand gegensätzlichen Füllungen offen. Das normative Zentrum der Reformation war gerade wegen seiner Sola-Einfachheit völlig ungeschützt gegenüber zentrifugalen Tendenzen rivalisierender Deutungen. Es fand Eingang in ganz unterschiedliche und widerstreitende Legitimationsbedürfnisse und -vorgänge."[49]

Die altgläubigen Gegner hatten diese Entwicklung vorausgesehen. Sie sahen in der von Luther verworfenen „fleischlichen" Aufnahme des Evangeliums keine Mißdeutung, sondern eine geradezu gesetzmäßige Folge seiner Lehren. Sie glaubten ihm deshalb seine Warnungen und Mahnungen nicht, sondern wiesen immer wieder auf seine Verantwortung für den erwarteten Aufruhr hin:

- Wolfgang Wulffer, Kaplan an der Dresdener Schloßkirche Herzog Georgs von Sachsen, verurteilte 1522 Luthers Vermahnung gegen Aufruhr und Empörung als pure Heuchelei. Er unterstellte Luther, den Aufruhr bewußt zu schüren; Luther und Karsthans seien ein Ding.[50]
- Paul Bachmann, Abt des Zisterzienserklosters Altzelle, eines der geistigen Zentren des Herzogtums Sachsen, sah 1522 in Luthers Lehren eine

Aufreizung des Pöbels gegen die Obrigkeit. Sie führten zwangsläufig zu Aufruhr, und er erwartete noch „wilde Spiele", die viel Jammer und Not erwecken würden.[51]

– Johannes Cochläus, Dekan der Liebfrauenkirche Frankfurt am Main, Theologe und Humanist, verwies 1521 und 1522 (aber erst 1523 gedruckt) immer wieder auf das umlaufende Gerücht von einem bevorstehenden Bundschuh, der aus Luthers Lehren genährt werde. Luthers Anhang wolle niemandem untertan sein, suche soziale Gleichheit und Freiheit. Daraus müsse ein wölfisches Regiment erwachsen, ohne Recht und Gesetz, mit Reißen und Morden wie in Böhmen.[52]

1523 verstärkten sich die warnenden Stimmen weiter, und auch Vertreter des Hochadels selbst sahen die von ihnen repräsentierte Ordnung durch Luther bedroht. König Heinrich VIII. von England interpretierte Luthers Angriffe gegen seine Person als generelle Aufreizung des Volkes zum Haß, ja zum Krieg gegen die Fürsten und den ganzen adligen Stand[53], und Herzog Georg von Sachsen stimmte ihm voll zu[54].

Es kam, wie es nach Meinung der Altgläubigen kommen mußte. Nach dem Erfurter Pfaffenstürmen und den Wittenberger Unruhen erhob sich noch 1522 die Sickingen-Fehde[55], Anfang 1523 erreichte die reformatorische Bewegung die Schweiz und führte zunächst in Zürich zur Umgestaltung des Gemeinwesens nach der Richtschnur der Heiligen Schrift[56]. Reformatorische, z. T. mit Gewaltanwendung verbundene Bewegungen unterschiedlichen Charakters erfaßten viele Städte[57], und auch ländliche Gebiete wurden bald einbezogen[58], bis sich die aufgestaute Unzufriedenheit 1524/25 im Bauernkrieg entlud[59]. Die Zwölf Artikel der Bauernschaft, das am weitesten verbreitete Programm des Bauernkrieges, wurden als Ganze evangelisch gerechtfertigt und im einzelnen mit rd. 60 Bibelstellen belegt. Selbst die radikalsten Programme des Bauernkrieges sahen nur das als rechtmäßig an, was durch das Evangelium begründet wurde. Und alle – Ritter, Bürger und Bauern – nutzten die Bibel als Argumentations- und Legitimationsgrundlage[60], auch gegen den z. T. heftigen Protest Luthers. Multiplikatoren waren neben Laien[61] gelehrte Theologen, ehemalige Mönche und Gemeindepfarrer[62], die sich als Anhänger Luthers, als Martinianer, als Evangelische verstanden oder zumindest von Luther inspirieren ließen, die die Bibel aber mit anderen Augen lasen als er und andere Folgerungen zogen. Selbst Thomas Müntzer mit seiner apokalyptisch ausgerichteten

Kreuzes-, Leidens- und Geisttheologie war als Wittenberger Bibeltheologe von Luther ausgegangen, war – wie er in einem Brief vom Juli 1520 bekannte – von Luther durch das Evangelium gezeugt worden.[63]

In umfangreichen Schriften trugen nun die altgläubigen Gegner Lutherzitate zusammen, um nachzuweisen, wie Luther unter Mißbrauch des Evangeliums und unter bewußter und zielgerichteter Verwendung der deutschen Sprache die geistlichen und weltlichen Obrigkeiten angegriffen und das Volk zum Aufruhr getrieben hat.[64] Luther ist für sie der Auslöser von Aufruhr und Empörung, der Schuldige am Bauernkrieg, nicht etwa seine Ausgeburten wie Thomas Müntzer, Andreas Karlstadt oder Jakob Strauß, weil er die Autorität der Kirche untergraben und dem Volk stattdessen den Zugang zur und die Auslegungshoheit über die Bibel gegeben hat, und zwar eine Bibel, die durch seine Übersetzung verfälscht und eigenwillig gedeutet wurde. Ein wesentlicher Teil der altgläubigen Polemik ist deshalb darauf gerichtet, die Autorität der Bibel zu relativieren, sie der Autorität der Kirche unterzuordnen und insbesondere die Lutherbibel als Fälschung zu diskreditieren.

Dabei sahen sich die Altgläubigen bald gezwungen, ihrerseits die Bibel als wichtigste Argumentationsgrundlage zu akzeptieren. Beim Streit zwischen Prierias und Luther war es noch um die Anerkennung oder Ablehnung von Thomas von Aquino und der Scholastik insgesamt als Quelle und Beweismittel des Glaubens gegangen, und auch andere wie der Generalvikar von Konstanz, Theologe und Doktor beider Rechte Johann Fabri in seinem ersten Opus adversus Martini Lutheri[65] hatten Luther vor allem mit Verweisen auf Kirchenväter, Konzilien und die gelehrte Tradition zurückzuweisen versucht. Der beißende Hohn der Wittenberger und das Pochen auf die Bibel hatten sie aber bald veranlaßt, ihrerseits den Schriftbeweis gegen Luther zu suchen.[66] Bereits Johannes Eck war bei der Vorbereitung der Leipziger Disputation von 1519 durch Karlstadts Methode, seine Auffassung mit einer Fülle von Schriftbelegen zu untermauern, gezwungen, die Bibel ins Zentrum seiner Argumentation zu rücken.[67] Auf der Disputation selbst ging es deshalb nicht um die Anerkennung oder Ablehnung der Autorität der Schrift, sondern um die Autorität ihrer Auslegung, besonders durch die Kirchenväter. Gegen den Verdacht, die Theologie der Kirche käme auch ohne die Bibel aus, bekannte Eck nachdrücklich: Auch ich glaube der Schrift, und es ist dieselbe Schrift, dieselbe Urkunde göttlichen Rechts, die Luther liest.[68] „Wir ziehen unsere Artikel auch aus dem heiligen

Evangelium und wollen ebenso als Erhalter und Liebhaber des Evangeliums angesehen werden wie ihr", hielt Thomas Murner 1520 den Lutherischen entgegen[69], und er betonte immer wieder, daß er nichts anderes suche als die Wahrheit des Evangeliums. Emser führte 1521 das Schwert, den Spieß und den Degen als Streitwaffen gegen Luther ein und verstand unter dem Schwert die Heilige Schrift, unter dem Spieß die aus der Frühkirche stammenden Traditionen, Ordnungen und Gebräuche und unter dem Degen die Bibelauslegung der Väter.[70] Überhaupt ist zu beobachten, daß die Polemik gegen Luther in der Folgezeit weitgehend mittels Schriftbelegen geführt wurde, zuweilen auf geradezu exzessive Weise. Nur sparsam wurden die Väter – und auch dann zumeist nur als Bibelexegeten – und das Kirchenrecht eingesetzt; fast völlig beiseite blieben die Scholastiker. Häufig wurden dieselben Bibelstellen gegeneinander ins Feld geführt, freilich in unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Auslegung. Die im Neuen Testament angekündigten falschen Propheten sind immer die anderen: für die Altgläubigen die Lutherischen, für die Lutherischen die Papisten und bald auch die Sakramentierer und Schwärmer in den eigenen Reihen.

Luther wird generell vorgeworfen, er lege die Bibel subjektiv, willkürlich, ja verfälschend aus. Das geschieht schon in Leipzig 1519 durch Johannes Eck.[71] 1520 betont Alveldt den Unterschied zwischen dem Evangelium Christi und dem Evangelium Luthers.[72] Murner hält Luther vor, daß er sich zu Unrecht der göttlichen Schrift rühme, „alß du an filen orten unwarhafftig sprichst, das sag dein ewangelium, dein Christus, dein bibel, dein Paulus"[73], tatsächlich sei seine Lehre aber in keiner Schrift fundiert, wie Murner anhand zahlreicher Stellen zu belegen sucht. Luther benutze die Bibel selektiv und nach seinem Gefallen wie der Teufel gegen Christus.[74] Cochläus widmet seinen wohl bereits 1521 geschriebenen umfangreichen Kommentar zu Luthers Sermon vom Neuen Testament dem Nachweis, wo Luther die Bibel falsch auslegt oder Stellen, die seiner Meinung entgegenstehen, mißachtet.[75] Luther als eigenwilliger, von subjektiven Interessen geleiteter Ausleger der Schrift, wird zum Topos der altgläubigen Polemik.

Hinzu kommt bald der Vorwurf der bewußten Textfälschung im Zusammenhang mit Luthers Übersetzung des Neuen Testaments.[76] Hieronymus Emser rechtfertigt das Verbot dieser Übersetzung durch Herzog Georg von Sachsen und andere altgläubige Fürsten in einem ganzen Buch[77], in dem er an rund 1400 Stellen Fälschungen, Irrtümer und Lügen Luthers nachzu-

weisen sucht. Auch er betont das Evangelium als den rechten Grund und Fels, auf den der Glaube gebaut ist (1. Kor. 3, 11), knüpft aber daran die Forderung, daß es gerade deshalb in allen Ländern der Christenheit rein, unverfälscht und einheitlich erhalten werden müsse. Das sei jedoch nur durch die Vulgata des Hieronymus gewährleistet, nicht aber durch subjektiv gefärbte Übersetzungen in Landessprachen. Insbesondere nutze Luther seine Übersetzung, um „den gemeinen man auß der alten christlichen ban auff sein pickhardischen falschen whan abzufuren und der kirchen zu entpfrombden".[78] Emser spießt weniger die eigentliche Übersetzung als die Randglossen und insbesondere Darlegungen in Luthers Vorreden auf, wobei er einen Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit Luthers Rechtfertigungslehre legt. Scharf kritisiert er, daß Luther die neutestamentlichen Texte gemäß ihrer Bedeutung für die Rechtfertigungslehre bewertet und abweichend vom Kanon willkürlich anordnet sowie drei Episteln (Heb., Jak., Jud.) und die Johannesoffenbarung als unnumerierten Anhang beifügt, also letztlich aus dem Neuen Testament streicht, da er sie nicht für Apostelschriften hielt[79] (von Luther in späteren Ausgaben z. T. korrigiert). War das nicht ein überaus menschlicher Eingriff Luthers in die Schrift? Immer wieder greifen altgläubige Gegner Luthers auf Emser zurück und bezichtigen Luther an unzähligen Beispielen der bewußten Fälschung. Als besonders gravierend wird herausgestellt[80], daß Luther überall dort, wo die Vulgata den Begriff „ecclesia" hat, „Gemeinde" übersetzt. (Später, bei der Übersetzung des AT, benutzt er statt des Begriffs „Kirche" die Begriffe „Volk" oder „Versammlung"; die „catholica ecclesia" Augustins übersetzt er mit „ganze Christenheit".) Der Kirchenbegriff kommt in der Lutherbibel überhaupt nicht vor. Luther eliminiert dadurch die Kirche aus der Schrift, um seine vor allem in der Adelsschrift von 1520 begründete Auffassung von der Kirche als unsichtbare Gemeinschaft der Gläubigen zu stützen und die Laien aufzuwerten. Ist das keine Fälschung, fragt Paul Bachmann.[81]

Während Emser die kirchlichen Obrigkeiten aufruft, gegen Luthers Fälschung eine einheitliche, glaubwürdige und von der Kirche bestätigte deutsche Bibel herstellen zu lassen[82], warnen andere generell vor Bibelübersetzungen. Nach Emsers Tod nahm Cochläus, inzwischen dessen Nachfolger bei Herzog Georg in Dresden, 1529 Luthers Übersetzung des AT zum Anlaß, um gleichfalls auf Fehler, Irrtümer und Fälschungen hinzuweisen. Der Humanist Cochläus kehrt sich von Grundsätzen des Bibelhumanismus

ab und zieht den Schluß, auf Übersetzungen generell zu verzichten und nur den einheitlichen lateinischen Text zu verwenden. Auch die hebräischen und griechischen Urtexte seien ungültig, da allein der von der Kirche bestätigte lateinische Text dem heiligen Geist gemäß sei.[83] Texte in den Ursprachen gehörten allenfalls in gelehrte Kammern, keinesfalls aber vor das Volk und schon gar nicht in subjektiver Übersetzung.

Wenn die altgläubige Kritik unisono die Auslegung der Schrift durch Luther zurückweist, so stellt sie niemals die Auslegungsbedürftigkeit als solche in Frage. Im Gegenteil! Die Schrift ist keinesfalls so lauter, hell und klar, wie Luther behauptet. Ihr Sinn erschließt sich nicht dem Einzelnen, schon gar nicht dem gläubigen Laien. Die Schrift ist heimlich und dunkel; allein das NT ist an über 100 Stellen widersprüchlich.[84] Während die altgläubigen Kritiker einerseits Luthers Bibelauslegung als verfälschend zurückweisen, werfen sie ihm andererseits Mißachtung des vierfachen Schriftsinns und Verabsolutierung des Wortsinns, das Kleben am bloßen Text vor. Der buchstabische Wortlaut, auf den Luther pocht, führe aber oft in die Irre; sein Sinn müsse geistlich erforscht werden. Immer wieder werden in Predigten Ecks, Emsers, des Franziskanerprovinzials Schatzgeyer, Bachmanns und anderer Bibelstellen zitiert, die im Wortsinn unverständlich, widersprüchlich oder im praktischen Leben nicht zu befolgen sind und der geistlichen Auslegung bedürfen. Sie weisen darauf hin, daß Christus häufig in Gleichnissen predigte, daß nicht einmal die Jünger ihn verstanden und Auslegung abforderten. Immer wieder wird das Pauluswort vom toten Buchstaben und dem lebendigen Geist zitiert. Der Bibeltext ist für Bachmann wie das rohe Korn in der Ähre; es muß gedroschen, gemahlen und gebacken werden, um genießbar zu sein.[85] Für Emser ist der Wortlaut die Schale, aber der geistliche Sinn der Kern der Nuß; wenn er das Schwert führt, so läßt er es nicht wie Luther in der Scheide, d. h. im Buchstaben oder Schriftsinn, sondern er zieht es blank, d. h. er entblößt seinen geistlichen Sinn.[86]

Die Schrift ist aber nicht nur auslegungsbedürftig; sie ist überdies lückenhaft und erfaßt vieles nicht, was unabdingbar zum Glauben gehört. Immer wieder wird Joh. 16, 12 zitiert: Ich habe euch noch viel zu sagen, ihr könnt es aber jetzt nicht tragen; und es wird auf Joh. 21, 25 verwiesen, wonach Jesus viel getan hat, was nicht aufgeschrieben wurde, aber viele Bücher füllen würde, die die Welt nicht fassen könnte. Als Christus vom

Evangelium sprach, das gehalten werden müsse (Mark. 1, 15), gab es noch überhaupt kein geschriebenes Evangelium. Als Paulus an vielen Stellen seiner Briefe das Evangelium rühmte, hat er nirgends die geschriebenen Evangelien erwähnt. Was war also Grundlage des Glaubens und der Kirche, als die Evangelien noch nicht geschrieben waren? Welche schriftliche Grundlage hatte Paulus, hatten die Apostel für ihre Lehren und Ordnungen? Vieles, was in der Apostelgeschichte beschrieben ist, war längst kirchliche Übung, bevor Lukas überhaupt geschrieben hat. Unumstößliche Glaubensmaximen oder kirchliche Ordnungen wie die heilige Dreifaltigkeit, drei Artikel des Glaubensbekenntnisses, der Taufritus, die Feier des Sonntags statt des Sabbats und andere werden in keiner biblischen Schrift erwähnt. Warum akzeptiert sie Luther dann aber?[87] Umgekehrt gab es viel mehr Evangelien und biblische Schriften, die die Kirche als apokryph nicht in den biblischen Kanon übernommen hat. Warum glaubt Luther nicht auch ihnen?

Bei all der Ungewißheit und Lückenhaftigkeit kann die Schrift allein und für sich keine verläßliche Glaubensgrundlage und Glaubensgewißheit bieten. Sie bedarf sowohl der Auslegung wie der Ergänzung. Die aber kann keinesfalls von Einzelnen kommen; alle Ketzereien der Vergangenheit sind durch subjektive Auslegung der Schrift entstanden. Aus dem Evangelium haben sie gestritten gegen das Evangelium, aus der Schrift haben sie Waffen gezogen gegen die Schrift. Denn es ist kein Spruch in der Bibel so klar, daß er nicht von eigenhirnigen Menschen, von wirbelsüchtigen Köpfen und Schwindelhirnen auf einen fremden Sinn gedeutet werden kann.[88] Einen schlagenden Beweis sehen die Altgläubigen im Streit und in der beginnenden Sektenbildung unter den Lutherischen. Jeder kämpfe gegen jeden, und jeder meine, alleine den heiligen Geist zu besitzen und die rechte Auslegung des Gotteswortes zu geben. Im Vorwurf der Subjektivität und Eigenwilligkeit des Herangehens an die Bibel harmoniert sich die scheinbar gegensätzliche Kritik an verfälschender Auslegung einerseits und Kleben am Wortsinn, am rohen Text andererseits. Die Schrift braucht nach Meinung der Altgläubigen einen einheitlichen Zugang, eine einheitliche Auslegung und eine einheitliche Ergänzung für die gesamte Christenheit. Diese kann allein durch die Kirche und die von ihr angenommenen heiligen Väter und Lehrer gegeben werden. Unser Verständnis ist viel zu stumpf – meint Emser – um die trüben und dunklen Wolken der Schrift zu durchdringen. Die Kirche allein ist vom heiligen Geist erleuchet, demselben, der auch den Propheten,

Evangelisten und Aposteln die Schrift eingegeben hat.[89] Verwiesen wird auf zahlreiche Bibelstellen, wo Jesus den Jüngern die Sendung des heiligen Geistes versprochen hat, der sie künftig lehren und leiten werde (Joh. 14, 26), wo Jesus den Jüngern, nicht aber dem Volk das Verständnis für die Geheimnisse des Himmelreichs unterstellt (Matth. 13, 11; Mark. 4, 11; Luk 8, 10), wo er das Volk auf die Priester und nicht auf die Schrift verweist (Matth. 28, 19f.) und wo er bzw. Paulus die ständische Gliederung der Kirche und das Lehramt der Priester begründen (1. Kor. 12, 28). Über allem steht aber Matth. 16, 18: die Schlüsselgewalt und das Lehramt des Petrus. Wer ist in der Lage festzustellen, ob ein Evangelium wirklich von dem betreffenden Evangelisten, eine Epistel von dem angegebenen Apostel stammt, ob ihnen zu glauben ist bzw. welchen der vielen Evangelien und Apostelschriften Glaubwürdigkeit zukommt? Die Verfasser waren alle irrtumsfähige Menschen und nichts anderes, denn durch Menschen will Gott das gemeine Volk lehren.[90] Wer garantiert, daß sie wirklich Gottes Wort verkünden, wer garantiert, daß wir ihnen vertrauen dürfen? Wenn gesagt wird, die Apostel und Jünger hätten am Pfingsttag den heiligen Geist empfangen, so ist das durchaus richtig. Aber da waren auch Andreas, Thomas, Bartholomäus und andere, nicht aber Paulus und Markus, vielleicht nicht einmal Lukas. Wer also versichert mich, daß ich Matthäus, Markus, Lukas und Johannes als Evangelisten vertrauen darf, nicht aber Thomas, Nikodemus oder Bartholomäus? Allein die vom heiligen Geist regierte Kirche! Sie hat aus der Vielzahl der Evangelien nur vier angenommen, sie hat festgelegt, welche Apostelbriefe und -schriften kanonische Geltung erlangen sollen. Wer diesen Kanon der Schrift akzeptiert, muß auch die Kirche akzeptieren. Zwar waren sich auch die Apostel und später die Kirchenlehrer nicht in jeder Frage einig. Als Paulus und andere Apostel in der Frage der Beschneidung zerstritten waren, haben sie die Apostelsynode in Jerusalem besucht und den Rat der Kirche eingeholt. Wenn die Kirchenväter sich in Auslegungsfragen nicht einig waren, stellten sie die Entscheidung in die Vollmacht der Kirche, d. h. des Papstes. Die Glaubwürdigkeit der Schrift resultiert allein aus der Approbation durch die Kirche. Die entsprechende Bemerkung Augustins[91] dient fast allen altgläubigen Polemikern als Autoritätsbeweis. Wenn von ihnen und auch in offiziellen Verlautbarungen der Kirche die Bedeutung der Heiligen Schrift als Glaubensgrundlage betont wird, dann immer mit dem Zusatz: nach kirchlicher Auslegung. Die Regensburger Entschließung der

katholischen Fürsten und Bischöfe von 1524 bringt es auf den Punkt: Das heilige Evangelium und andere göttliche Schrift ist anzunehmen und zu halten, „wie das die hayligen lerer, so von der kirchen angenommen seind, außlegen".[92] So bleibt es bis zum Tridentinum und wird dort am 8. April 1546 festgeschrieben: Die Schrift ist eine, aber nicht die einzige Quelle von Erkenntnis und Offenbarung; neben ihr steht gleichrangig die Tradition, deren Trägerin und Hüterin die römische Kirche ist. Als verbindliche Textgrundlage der Bibel wird allein die Vulgata zugelassen; darüber hinaus wird die Schrift dem Lehramt der Kirche untergeordnet.[93]

Dabei ist die Kirche nicht an den äußeren Wortlaut der Schrift gebunden. So wie Christus viele Gebote des mosaischen Gesetzes widerrufen oder geändert hat, kann auch die Kirche sowohl die Schrift zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich auslegen, weil sich mit den Zeiten und Umständen auch die Bedürfnisse der Christen ändern, als auch Ordnungen und Gesetze erlassen, die nicht in der Schrift begründet sind. Oder will Luther das von der Kirche legalisierte Privateigentum abschaffen und das Gemeineigentum der Urkirche wieder einführen? Alles was die Kirche ändert oder ordnet geschieht aus dem heiligen Geist und ist absolut verbindlich. Die Kirche redet durch Christus und Christus durch die Kirche. Obwohl zwischen der Kirche und der Schrift eine vollkommene und ewig währende Einigkeit ist, in dem Sinne, daß die Kirche nichts lehrt oder tut gegen den rechten Verstand der Schrift und die Schrift nach rechtem Verstand nichts enthält, was die Kirche nicht auch hält, so geht doch die Kirche vor und folgt die Schrift der Kirche nach; denn die Schrift ist um der Kirche willen und nicht die Kirche um der Schrift willen. Wer durch die Schrift zur Kirche kommen will, der irrt und verführt sich selber. Die Kirche kann auch ohne die Schrift existieren. Sie tat es vor der Niederschrift der Evangelien, und sie würde es auch weiter tun, wenn durch Geheiß eines Tyrannen oder des Antichrists alle Bücher verbrannt würden. Der Buchstabe der Schrift dient nicht dem Seelenheil, sondern ausschließlich die Beachtung der Kirchenlehren und -gebote. Die Grundlage des Glaubens und der Weg zur Seligkeit sind letztlich nicht die biblischen Schriften, sondern das Nicänische Glaubensbekenntnis und die Lehren der Kirche. „Derhalben soll uns mehr gelten die heylige kirche ... dan die heylige schrifft". Und „saget yemand: Also bekennet yhr, das die schrifft nicht genugsam sey zu unserer lere und verkleynet die ehre der schrifft. Antwort ich: Wo die schrifft zu wenig ist, weyset sie

uns auff die heylige kirche ... Und das ist genug", schreibt Johannes Mensing als Hofprediger der Fürstin Margarethe von Anhalt und Erzieher der Fürstensöhne in Dessau in seinem lehrbuchartigen „Gründlichen Unterricht, was ein frommer Christ von der heiligen Kirche, von der Väter Lehre und von der Heiligen Schrift halten soll".[94] Darin ist er sich einig mit Paul Bachmann in Altzelle, Johannes Buchstab im schweizerischen Zofingen, Johannes Cochläus in Frankfurt/Main, Mainz und Dresden, Johannes Dietenberger in Frankfurt/Main und Koblenz, Johannes Eck in Ingolstadt und an vielen anderen Orten, Hieronymus Emser in Dresden, Johann Fabri in Konstanz, Prag und Wien, John Fisher im englischen Rochester, König Heinrich VIII. von England, Thomas Murner in Straßburg und Luzern, Georg Neudorffer in Konstanz, Wolfgang Redorffer in Stendal und Frankfurt/Oder, Kaspar Schatzgeyer in München und Nürnberg, Petrus Sylvius an verschiedenen sächsischen Orten, zuletzt in Rochlitz, Melchior Vattlin in Konstanz und anderen.[95] Prierias war keinesfalls eine Einzelstimme, sondern nur der Vorbeter der ganzen Phalanx der Verfechter des alten Glaubens. Die eingangs zitierten Brüder Blick bekennen in Pegau bzw. Erfurt: „Dem glauben wil ich anhangen und gleuben, allein dem christlichen, geistlichen, gotlichen verstant, den das wort Gottes und evangelium in yme hat, wie dan die mutter der heiligen christlichen kirchen angenommen und bißher vorkundigkt..., und wil also dem wort Gottes unnd evangelio gar kein glauben geben, das Luther unnd all sein anhangk predigt lesterlich."[96] Die Gebote der heiligen christlichen Kirche sind Gottes Wort, das dich zur Seligkeit weist.[97] Die Kirche ist unfehlbar und hat immer Recht. Ihren Geboten ist absoluter Gehorsam zu leisten, insbesondere auch gegen Luthers zum Ungehorsam anstachelnde Freiheitslehren.

Maßgebliche Vertreter der Kirchengeschichtsschreibung, Theologen wie Historiker, versuchen – nach der vermeintlichen Eliminierung der marxistischen Provokation mehr denn je[98] –, die Reformation unter Mißachtung ihrer sozialen Wurzeln und ihrer Zusammenhänge mit den gesellschaftlichen Bewegungen jener Zeit als rein theologisches Ereignis festzuschreiben und ihre sozialen Folgen im wesentlichen auf Kirchenspaltung und Konfessionalisierung zu reduzieren.[99] Das ganze fügt sich ein in ein viel breiter angelegtes Konzept, gesellschaftliche Umbrüche und Revolutionen generell zu nivellieren und in einen mehr oder weniger rasch verlaufenden, kontinuierlichen Prozeß gesellschaftlichen und politischen Wandels zu

integrieren. Das war das Hauptanliegen des einleitenden Referats Heinz Schillings auf der Tagung des Vereins für Reformationsgeschichte 1996 zum Thema „Die frühe Reformation in Deutschland als Umbruch".[100] Das Generalthema grundsätzlich in Frage stellend, sah Schilling die wichtigste Folge der inzwischen vollzogenen Entideologisierung der Geschichtsbilder gerade in der Aufgabe der „Reformation-als-Umbruch-These", die er neben Leopold von Ranke vor allem mit Max Weber und Karl Marx verband. Darüber hinaus sprach er sich – mit besonderem Verweis auf die Französische Revolution – generell für eine Entmythologisierung der Revolutionen in der Geschichte aus. Zwar erntete er auch Widerspruch, doch trug er immerhin zu einer solchen Verunsicherung bei, daß der Veranstalter in seinen einleitenden Bemerkungen zum Protokollband hinter das Tagungsthema ein unsichtbares Fragezeichen setzte, „das nur deshalb nicht hineingedruckt wurde, weil es sich von selbst verstand"[101], und im Schlußbericht vom Generalthema „Kontinuität und Umbruch"[102] sprach. Aber das ist ein eigenes Thema. Im Hinblick auf den Grundcharakter der Reformation als rein theologisches Ereignis untersuchten Bernd Moeller und Karl Stackmann 35 Flugschriften, in denen zwischen 1522 und 1529 lutherische Prediger ihre Verkündigung zusammenfaßten[103], und kamen zu dem Ergebnis, daß die frühe Reformation ihr Zentrum in Luthers Rechtfertigungslehre gehabt habe. „In keinem der Texte steht die Kirchenkritik für sich, ohne Bezug auf theologische Kritik an der mittelalterlichen Heilslehre, nirgends wird allgemein Sozialkritik gepredigt und die Maxime des Gehorsams gegen die Obrigkeit bestritten."[104] Im Mittelpunkt habe immer die Suche nach dem rechten Heilsweg gestanden, und dieser sei nach Luthers Vorgabe gefunden worden in der Erkenntnis der totalen Sündigkeit des Menschen vor Gott, der Rechtfertigung allein aus Gnaden, der Bindung des Heils allein an den Glauben und und nicht an eigene Werke und Leistungen des Menschen. Kirchen- oder gar Sozialkritik seien allenfalls Folge, keinesfalls aber Voraussetzung dieser befreienden Glaubenserkenntnis gewesen.[105] Die frühe Reformation sei geradezu durch eine „lutherische Engführung" gekennzeichnet gewesen, die ihr Zentrum in der neuen Rechtfertigungslehre gehabt habe.[106] Die Flugschriften, die ihrer Verbreitung und Durchsetzung dienten, definieren Moeller/Stackmann durchaus zutreffend als „Kampfschriften"[107], aber der Kampf sei im Wesen um zutiefst theologische, nicht um soziale Anliegen gegangen. Dabei sei die Berufung auf die Bibel „das

zentrale theologische Argument [gewesen], das das pathetische Überlegenheitsbewußtsein und den aggressiven Wahrheitsanspruch" der lutherischen Autoren begründet habe.[108] Aber gerade der Streit um dieses zentrale theologische Argument, um die Autorität der Bibel, zeigt etwas anderes: Der Kampf war auch und nicht zuletzt ein zutiefst gesellschaftlicher. Es war ein Kampf um die Gewalt über Hirn, Herz und Gewissen der Menschen, die das Herausbrechen der Bibel aus der Lehrhoheit und Ordnungsgewalt der römischen Kirche und ihre Erhebung zur einzigen verbindlichen Normquelle nutzten, um ihre – je nach ihrem Standort im gesellschaftlichen Gefüge unterschiedlichen – Interessen zu legitimieren und gegen die herrschenden Autoritäten zur Geltung zu bringen. Wenn Friedrich Engels als eine der größten Leistungen Luthers hervorhob, daß dieser durch die Übersetzung der Bibel der plebejischen Bewegung ein mächtiges Werkzeug in die Hand gegeben habe[109], so gilt das grundsätzlich nach wie vor. Es ist nur in zweierlei Richtung zu präziseren: Es ging erstens und vor allem nicht nur um die Übersetzung der Bibel, sondern zuvorderst um ihre Erhebung zur höchsten Autorität, der alle irdischen Gewalten einschließlich Papst und Kaiser unterworfen waren und in deren Licht die bestehende Ordnung ihre Legitimität verlor, und sie war zweitens „mächtiges Werkzeug" nicht nur für die von Engels so bezeichnete plebejische Bewegung, sondern für alle, die mit ihrer Lage und ihrer Stellung im gesellschaftlichen Gefüge nicht zufrieden waren. Luthers Lehren wurden von ihnen als befreiend empfunden nicht nur im Hinblick auf den Glauben, sondern auch auf kirchliche und gesellschaftliche Zwänge. Ihre wichtigste Waffe war die Bibel. Die Kalamität für Luther lag darin, daß sich deren Wirkung nicht begrenzen bzw. in seinem Sinne kanalisieren ließ. Die Kalamität der römischen Kirche und ihrer Parteigänger lag darin, die Waffe insgesamt entschärfen zu müssen, ohne offen auf sie verzichten zu können. Sie sollte zurück ins Arsenal, zu dem nur Berechtigte Zugang hatten. Der Kampf um die Ablehnung oder Anerkennung der Bibel als höchster Autorität war letztlich ein Kampf um den Erhalt oder die Reformation der bestehenden Ordnung, und zwar eine Reformation, die z. T. bewußt, jedenfalls aber in ihren Wirkungen weit über die Intentionen Luthers hinausgriff und im Ergebnis nicht nur einen theologisch-kirchlichen, sondern auf vielen Gebieten auch einen irreversiblen gesellschaftlichen Umbruch bewirkte.

Anmerkungen

1 Simon/Wolfgang Blick, Verderben und Schaden der Lande und Leute an Gut, Leib, Ehre und der Seelen Seligkeit aus Luthers und seines Anhangs Lehre. In: Adolf Laube (Hg.)/ Ulman Weiß, Flugschriften gegen die Reformation (1518–1524), Berlin 1997 (im folgenden: Laube/Weiß), S. 651.
2 Ebd. S. 652.
3 Ebd. S. 679.
4 Nicht zu verwechseln mit Andreas Bodenstein, genannt Karlstadt.
5 Ebd. S. 669f.
6 Luther sieht das Evangelium im Alten wie im Neuen Testament bezeugt; das Evangelium gilt ihm als „tzeyger und unterrichter... ynn die schrifft" (vgl. Albrecht Beutel, In dem Anfang war das Wort. Studien zu Luthers Sprachverständnis. In: Hermeneutische Untersuchungen zur Theologie, 27, 1991, S. 62–68).
7 Zusammenfassend Martin Brecht, Martin Luther. Sein Weg zur Reformation 1483–1521, Stuttgart 1981, S. 234f.
8 D. Martin Luthers Werke. Weimarer Ausgabe (im folgenden: WA), Bd. 1, S. (644) 647–686; Brecht, S. 235f. Zu den Anfängen der Bibelzentriertheit Luthers schon 1509 vgl. Berndt Hamm, Warum wurde für Luther der Glaube zum Zentralbegriff des christlichen Lebens? In: Die frühe Reformation in Deutschland als Umbruch. Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Bd. 199, Gütersloh 1998, S. 117, 121–126.
9 WA 2, S. (48) 50–56.
10 WA 2, S. 9–16; Brecht, S. 244–247, bes. 245f.
11 WA 2, S. 161.
12 Vgl. Manfred Schulze, Johannes Eck im Kampf gegen Martin Luther. Mit der Schrift wider das Buch der Ketzer. In: Lutherjahrbuch 1996, S. 54.
13 Vgl. dazu Laube/Weiß, S. 72–90, bes. 87f.
14 Vgl. WA 6, S. (325) 328–348, bes. das Vorwort Luthers S. 328f.; zusammenfassend Brecht, S. 330f.
15 Laube/Weiß, S. 110–126, bes. 110f., 115.
16 Vgl. Augustinus, Contra epistulam quam vocant fundamenti, CSEL 25, S. 197; Migne PL 42, Sp. 176; vgl. auch ders., Contra Cresconium Donatistam, I, 33, Migne PL 43, Sp. 186.
17 WA 7, S. (152) 161–186, bes. 175f.
18 Ebd. S. (91) 94–151.
19 Ebd. S. 97. Vgl. Walter Mostert, Scriptura sacra sui ipsius interpres. Bemerkungen zum Verständnis der Heiligen Schrift durch Luther. In: Lutherjahrbuch 1979, S. 60–96, bes. 62–67. Zu Luthers Schriftprinzip zusammenfassend Albrecht Beutel, Erfahrene Bibel. Verständnis und Gebrauch des verbum dei scriptum bei Luther. In: Ders., Protestantische Konkretionen. Studien zur Kirchengeschichte, Tübingen 1998, S. 66–103.
20 WA 10 III, S. 238 (von 1522).
21 Ebd.
22 Luther, Grund und Ursach aller Artikel, WA 7, S. 315–317.
23 Das ist eine Grundmaxime der lutherischen Flugschriften; vgl. Adolf Laube (Hg.)/Annerose Schneider/Sigrid Looß, Flugschriften der frühen Reformationsbewegung (1518–1524), 2 Bde, Berlin 1983, auch Vaduz 1983 (im folgenden: Laube/Schneider/Looß); Bernd Moeller/Karl Stackmann, Städtische Predigt in der Frühzeit der Reformation. Eine

Untersuchung deutscher Flugschriften der Jahre 1522 bis 1529, Göttingen 1996, S. 311–317; Heinz Scheible, Das reformatorische Schriftverständnis in der Flugschrift „Vom alten und nüen Gott". Neuabdruck in: Ders., Melanchthon und die Reformation, Mainz 1996, S.470–480; Heinrich Richard Schmidt, Die Ethik der Laien in der Reformation. In: Die frühe Reformation in Deutschland (wie Anm. 8), bes. S. 347–349; Thomas Kaufmann, Anonyme Flugschriften der frühen Reformation, ebd. S. 191–267, bes. S. 267, Pkt. 7; vgl. auch Peter Blickle, Reformation und Freiheit, ebd. bes. S. 35–38.

24 Leif Grane, Die Reform der Kirche in einigen Flugschriften des Jahres 1520. In: Die frühe Reformation in Deutschland (wie Anm. 8), S. 190.

25 Zu den Vorgängen in Jüterbog vgl. Manfred Bensing/Wolfgang Trillitzsch, Bernhard Dappens „Articuli ... contra Lutheranos". Zur Auseinandersetzung der Jüterboger Franziskaner mit Thomas Müntzer und Franz Günther. In: Jb. f. Regionalgeschichte, 2, 1967, S. 133–147.

26 WABr 1, S. 389–393, bes. Pkt. 5, S. 391f.

27 Contra malignum Johannis Ecci iudicium..., WA 2, S. 625–654, bes. Pkt. 11, S. 649.

28 Zit. nach Hermann Barge, Andreas Bodenstein von Karlstadt, Bd. 1, Leipzig 1905, S. 147.

29 WA 7, S. 315; vgl. sinngemäß auch die Baylonica, WA 6, S. 541, 563.

30 Auf das überchristlich ... Buch Bocks Emsers ... Antwort, WA 7, S. 684f.

31 Ebd. S. 688.

32 Wider den falsch genannten geistlichen Stand des Papsts und der Bischöfe, WA 10 II, S. 109f. Die Urfassung der 1522 gedruckten Schrift entstand bereits auf der Wartburg (vgl. ebd. S. 93).

33 Vgl. WA 6, S. 407f.

34 WA 10 III, S. 257–268, bes. 261f.; WA 11, S. 408–416.

35 WA 10 III, S. 396f.

36 Laube/Schneider/Looß, Bd. 1, S. 157, 175.

37 Widerlegung eines vermessenen Sermons, Laube/Weiß, S. 66f.

38 Ecks Obelisci 18 und 22, WA 1, S. 302, 305, zit. nach Manfred Schulze (wie Anm. 12), S. 41, Anm. 9.

39 Des heiligen Konzils zu Konstanz Entschuldigung, Laube/Weiß, S. 128.

40 Ein Sermon, darin er sich über die Schmähungen Martin Luthers beklagt, ebd. S. 94.

41 Von Dr. Martin Luthers Lehren und Predigen, ebd. S. 142, 144, 159; An den großmächtigsten und durchlauchtigsten Adel deutscher Nation, ebd. S. 171, 173, 176, 191f., 210 u. ö.; vgl. auch seine Christliche und brüderliche Ermahnung sowie Von dem Papsttum (Deutsche Schriften, Bd. 6 u. 7); alle vier Schriften sind 1520 anonym erschienen. Vgl. auch Th. Kaufmann (wie Anm. 23), S. 208–221.

42 An den Stier zu Wittenberg, Laube/Weiß, S. 223; Wider das unchristliche Buch Martin Luthers an den deutschen Adel, ebd. S. 231, 237f., 240, 259 u. ö.; vgl. auch Auf des Stieres zu Wittenberg wütende Replica, in: Ludwig Enders (Hg.), Luther und Emser. Ihre Streitschriften aus dem Jahre 1521, Bd. 2, Halle 1892, S. 25–44. Zu Emser generell: Heribert Smolinsky, Augustin von Alveldt und Hieronymus Emser, Münster 1983, S. 221–309. Ganz im Sinne der Vorstehenden äußerte sich auch Kardinal Hieronymus Aleander in seiner Rede vor den Reichsständen am 13. Februar 1521 (vgl. Eike Wolgast, Die deutschen Territorialfürsten und die Reformation. In: Die frühe Reformation in Deutschland – wie Anm. 8, S. 415).

43 Vgl. Ulman Weiß, Die frommen Bürger von Erfurt. Die Stadt und ihre Kirche im Spätmittelalter und in der Reformationszeit, Weimar 1988, bes. S. 124–132.

44 Vgl. Nikolaus Müller, Die Wittenberger Bewegung 1521 und 1522, 2. Aufl. Leipzig 1911;

Ulrich Bubenheimer, Scandalum et ius divinum. Theologische und rechtstheologische Probleme der ersten reformatorischen Innovationen in Wittenberg 1521/22. In: Zs. der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abt., 1973, S. 263–342.; ders., Consonantia theologiae et iurisprudentiae. Andreas Bodenstein von Karlstadt als Theologe und Jurist zwischen Scholastik und Reformation, Tübingen 1977.

45 Missive an Hartmut von Cronberg, WA 10 II, S. 56; vgl. auch WA 10 III, S. XLVI, XLVIII, IL. Wie in der Missive vom März 1522, so schreibt er auch in einem gleichzeitigen Brief an Spalatin die Ereignisse dem Wirken des Satans zu, der sich unter dem Namen des Evangeliums gegen das Evangelium erhoben habe (WABr 2, S. 471). Auch den Erfurter Pfaffensturm hatte er bereits zuvor in ähnlichem Sinne verurteilt (ebd. S. 331f.).

46 WA 8, S. (670) 676–687; neu in: Hans-Ulrich Delius (Hg.) Martin Luther. Studienausgabe (im folgenden: Delius), Bd. 3, Berlin 1983, S. (12) 15–26; WA 10 III, S. 1–64; Delius, Bd. 2, S. (520) 530–558. Vgl. auch Martin Brecht, Luther und die Wittenberger Reformation während der Wartburgzeit. In: Günter Vogler/Siegfried Hoyer/Adolf Laube (Hgg.), Martin Luther. Leben – Werk – Wirkung, Berlin 1983, S. 73–90.

47 WA 10 II, S. 60.

48 WA 8, S. (129) 138–185; die Widmungsvorrede an Sickingen mit Grüßen an Hutten und Butzer ebd. S. 138–140.

49 Berndt Hamm, in: Berndt Hamm/Bernd Moeller/Dorothea Wendebourg, Reformationstheorien. Ein kirchenhistorischer Disput über Einheit und Vielfalt der Reformation, Göttingen 1995, S. 80. Über die beginnende Differenzierung innerhalb der evangelischen Bewegung im Spiegel der Flugschriften vgl. Adolf Laube, Ideal und Wirklichkeit. Zur Krisenstimmung in der Reformationsbewegung 1523/24. In: Martin Luther. Leben-Werk-Wirkung (wie Anm. 46), S. 91–103.

50 Wider die unseligen Aufruhre Martin Luthers, Laube/Weiß, S. 294–304, bes. 298.

51 Martin Luther, wie es ein Mann sei und was er führt im Schilde, ebd. S. 362–384, bes. 364, 367.

52 Glosse und Kommentar auf 154 Artikel, gezogen aus einem Sermon Dr. Martin Luthers, ebd. S. 389–416, bes. 389, 393f., 403 u.ö.

53 Heinrich VIII./Herzog Georg, Ein Brief des edlen Königs aus England; Herzog Georgs Antwort, ebd. S. 486–488.

54 Ebd. S. 493f. Schon zuvor hatten Herzog Georg und viele andere Fürsten die Abstellung der Gravamina und eine maßvolle Kirchenreform befürwortet, weil nur so dem der lutherischen Predigt innewohnenden Aufruhrpotential begegnet werden könne (vgl. Eike Wolgast, wie Anm. 42, bes. S. 415, 419f. 427).

55 Vgl. Martin Brecht, Die deutsche Ritterschaft und die Reformation. In: Ebernburg-Hefte, 3, 1969; Manfred Meyer, Sickingen, Hutten und die reichsritterschaftlichen Bewegungen in der deutschen frühbürgerlichen Revolution. In: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, 7, 1983; Volker Press, Adel, Reich und Reformation. In: Wolfgang J. Mommsen u. a. (Hgg.), Stadtbürgertum und Adel in der Reformation, Stuttgart 1979; ders., Ein Ritter zwischen Rebellion und Reformation. Franz von Sickingen (1481–1523). In: Bll. f. pfälz. Kirchengesch., 50, 1983; Hans-Jürgen Goertz, Adel versus Klerus. Antiklerikale Polemik in Flugschriften des Adels. In: Antiklerikalismus und Reformation, Göttingen 1995, S. 45–65, 126–129.

56 Vgl. zusammenfassend Ulrich Gäbler, Huldrych Zwingli, Berlin 1985, bes. S. 61–84.

57 Die Forschungsliteratur zur Vielfalt der Aufnahme und der Erscheinungsformen der Reformation in den Städten ist kaum noch zu übersehen. Vgl. als neuere Zusammenfassung

Berndt Hamm, Bürgertum und Glaube. Konturen der städtischen Reformation, Göttingen 1996.

58 Vgl. Franziska Conrad, Reformation in der bäuerlichen Gesellschaft. Zur Rezeption reformatorischer Theologie im Elsaß, Stuttgart 1984, bes. S. 92–116; Peter Blickle, Gemeidereformation. Die Menschen des 16. Jahrhunderts auf dem Weg zum Heil, München 1985; ders. (Hg.), Zugänge zur bäuerlichen Reformation, Zürich 1987.

59 Vgl. Günter Vogler, Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk. Der deutsche Bauernkrieg 1525, Berlin 1983; Horst Buszello/Peter Blickle/Rudolf Endres, Der deutsche Bauernkrieg, Paderborn/München/Wien/Zürich 1984; Martin Brecht, Der theologische Hintergrund der Zwölf Artikel der Bauernschaft in Schwaben. In: Zs. f. Kirchengeschichte, 85, 1974, S. 30–64; Peter Blickle, Die Revolution von 1525, München/Wien 1975; ders., Das göttliche Recht der Bauern und die göttliche Gerechtigkeit der Reformatoren. In: Archiv f. Kulturgeschichte, 86, 1986, S. 351–369.

60 Zur Breite, Differenziertheit und biblischen Begründetheit der sich als Reformation verstehenden Bewegungen vgl. auch Adolf Laube, Die Reformation als soziale Bewegung. In: Zs. f. Geschichtswissenschaft, 1985, H. 5, S. 424–441, bes. 431ff.; ders., Reformation. In: Hans Jörg Sandkühler (Hg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Hamburg 1990, Bd. 4, S. 90–93; Gerhard Brendler, in: Adolf Laube/Günter Vogler u. a., Deutsche Geschichte, Bd. 3, Berlin 1983, S. 96–188.

61 Vgl. Miriam U. Chrisman, Conflicting Visions of Reform. German Lay Propaganda Pamphlets, 1519–1530, New Jersey 1996; Martin Arnold, Handwerker als theologische Schriftsteller. Studien zu Flugschriften der frühen Reformation (1523–1525), Göttingen 1990; H. R. Schmidt (wie Anm. 23).

62 Sickingen wurde u.a. von Johannes Aquila, Martin Butzer, Heinrich von Kettenbach und Johannes Oekolampad unterstützt (vgl. die in Anm. 55 angegebene Literatur). Die unterschiedlichen städtischen Reformatoren sind Legion (vgl. Anm. 57). Zum Bauernkrieg vgl. neben der in Anm. 58 genannten Literatur vor allem Justus Maurer, Prediger im Bauernkrieg, Stuttgart 1979.

63 Thomas Müntzer, Schriften und Briefe, Gütersloh 1968, Nr. 14, S. 361. Zu Müntzers Theologie und Bibelverständnis grundlegend: Siegfried Bräuer/Helmar Junghans (Hgg.), Der Theologe Thomas Müntzer, Untersuchungen zu seiner Entwicklung und Lehre, Berlin 1989. Nur beiläufig sei angemerkt, daß auch alle anderen, mit denen Luther bald in heftigen Streit geriet und die er verketzerte und verteufelte Karlstadt, Zwingli, Oekolampad, die Oberdeutschen –, in ihrem Kampf gegen die alte Kirche von der Bibel ausgingen.

64 Vgl. die Schriften von Emser, Cochläus und Fundling, in: Adolf Laube/Hans Werner Seiffert (Hgg.), Flugschriften der Bauernkriegszeit, 2. Aufl. Berlin 1978, auch Köln/Wien 1978, S. 356–412, 441–484, 603–618, 620–626. Weitere einschlägige Schriften, u. a. von Emser, Cochläus, Kilian Leib und Petrus Sylvius, bringen Adolf Laube/Ulman Weiß in: Flugschriften gegen die Reformation (1525–1530) (im Druck).

65 Die Erstfassung vom Juni 1521 ist nicht erhalten. Zur zweiten Fassung vgl. WA 12, S. 81; ein leicht veränderter Nachdruck ist VD (Verzeichnis der im deutschen Sprachbereich erschienenen Drucke des XVI. Jahrhunderts, Stuttgart 1983ff.) 16 F 217. Eine erneut überarbeitete Fassung unter dem neuen Titel Malleus in haeresim Lutheranam (VD 16 F 214) ist ediert in Corpus Catholicorum 23–26.

66 Das tat schließlich auch Fabri, seit 1523 Rat Erzherzog Ferdinands am Wiener bzw. Innsbrucker Hof, der 1526 in seinem „Summarium. Unterricht, aus welchen christlichen Ursachen er bisher der lutherischen Lehre nicht anhängig gewesen" (VD 16 F 238) genau-

so exzessiv, wie vorher bei den Vätern und der kirchlichen Tradition, nunmehr seine Bibelkenntnis demonstrierte und gegen Luther einsetzte. Die Schrift erscheint in den in Anm. 64 angekündigten „Flugschriften gegen die Reformation (1525–1530)".

67 Manfred Schulze (wie Anm. 12), S. 42f. mit Anm. 13.

68 Ebd. S. 52.

69 Von Dr. Martin Luthers Lehren und Predigen, Laube/Weiß, S. 144.

70 Wider das unchristliche Buch Martin Luthers an den deutschen Adel, ebd. S. 232–236.

71 Manfred Schulze (wie Anm. 12), S. 51, 55f.

72 Ein Sermon, darin er sich über die Schmähungen Martin Luthers beklagt, Laube/Weiß, S. 95.

73 An den großmächtigsten und durchlauchtigsten Adel deutscher Nation, ebd. S. 144; die gleiche Formulierung schon in seiner Christlichen und brüderlichen Ermahnung, Deutsche Schriften, Bd. 6, S. 48.

74 Von Dr. Martin Luthers Lehren und Predigen, Laube/Weiß, S. 147.

75 Glosse und Kommentar auf 154 Artikel, gezogen aus einem Sermon Dr. Martin Luthers, ebd. S. 389–416.

76 Im September 1521 erschien in Wittenberg die erste Ausgabe von Luthers „Newen Testaments Deutzsch", im Dezember bereits die zweite, von Luther verbesserte Auflage sowie der erste, Baseler Nachdruck. 12 weitere Nachdrucke kamen 1522 heraus. Vgl. Heimo Reinitzer, Biblia deutsch. Luthers Bibelübersetzung und ihre Tradition, Wolfenbüttel 1983, S. 109–114.

77 Aus was Grund und Ursach Luthers Dolmetschung über das Neue Testament dem gemeinen Mann verboten worden sei, Laube/Weiß, S. 509–529 (Auszüge).

78 Ebd. S. 512.

79 Vgl. Luthers Begründungen in WA DB 8, S. 344, 348, 404; vgl. auch WA DB 6, S. 10 zur Bewertung des Jakobusbriefes als recht stroherne Epistel und WA DB 7, S. 386: „Ich [will] yhn (den Jakobusbrief) nicht haben ynn meyner Bibel".

80 Paul Bachmann, Ein Sermon des Abts zu Altzelle in Aufnehmung der Reliquien St. Bennos (VD 16 B 23); erscheint in den in Anm. 64 angekündigten „Flugschriften gegen die Reformation (1525–1530)".

81 Ebd.

82 Aus was Grund und Ursach (wie Anm. 77), S. 525.

83 Johannes Cochläus, Wie verkehrlich Martin Luther den 7. Psalm verdeutscht und mißbraucht (VD 16 C 4427); erscheint in den in Anm. 64 angekündigten „Flugschriften gegen die Reformation (1525–1530)".

84 Hieronymus Emser, Quadruplica auf Luthers jüngst getane Antwort. In: Ludwig Enders (wie Anm. 42), S. 157f.

85 Ein Sermon des Abts zu Altzelle (wie Anm. 80).

86 Wider das unchristliche Buch Martin Luthers an den deutschen Adel, Laube/Weiß, S. 232.

87 Ebd. S. 233f.; Wolfgang Redorffer, Arzneibüchlein von den Früchten des neuen evangelischen Lebens, Laube/Weiß, S. 424f. Johannes Cochläus, Ob St. Peter zu Rom gewesen sei, ebd. S. 600f. u. ö.

88 Paul Bachmann, Wider das wild geifernde Eberschwein Luther, ebd. S. 744f.

89 Wider das unchristliche Buch (wie Anm. 86), S. 235.

90 Johannes Mensing, Gründlicher Unterricht, was ein frommer Christ von der heiligen Kirche, von der Väter Lehre und von der Heiligen Schrift halten soll (VD 16 M 4649); erscheint in den in Anm. 64 angekündigten „Flugschriften gegen die Reformation (1525–1530)".

91 Vgl. oben Anm. 16. Luthers Entgegnung in „Von Menschenlehre zu meiden" (WA 10 II, S. 89f.) fällt merkwürdig schwach aus. Zuerst bezweifelt er, daß Augustin sich wirklich so geäußert habe, wie die Altgläubigen behaupten, dann zitiert er Augustin, übersetzt aber dessen „catholica ecclesia" mit „ganze Christenheit" und gibt dem Zitat so einen anderen Sinn, und schließlich stellt er Augustin – wie andere Kirchenväter – generell als unglaubwürdig hin.

92 Entschließung der Fürsten zu Regensburg zu Handhabung christlichen Glaubens und evangelischer Lehre, Laube/Weiß, S. 693.

93 Session vom 8. April 1546. In: Denzinger-Schönmetzer (Hgg.), Enchiridion symbolorum, Nr. 1501–1508.

94 Wie Anm. 90.

95 Außer den bereits zitierten Schriften vgl. besonders Johannes Cochläus, De autoritate ecclesiae et scripturae, 1524 (VD 16 C 4266); Johannes Eck, Enchiridion locorum communium adversus Lutheranos, 1525 (VD 16 E 330), ediert von Pierre Fraenkel in Corpus Catholicorum 34, Münster 1979; Petrus Sylvius, Eine Erklärung der evangelischen Kirche, 1525 (VD 16 P 1302); Melchior Vattlin, Wie im Anfang der heiligen Kirche die Christgläubigen das Sakrament des Altars empfangen haben, 1526 (Köhler 1129); Kaspar Schatzgeyer, Ein wahrhaftige Erklärung, 1526 (VD 16 S 2323); Johannes Buchstab, Daß die biblischen Schriften eine geistliche Auslegung haben müssen, 1528? (VD 16 B 9047); Johannes Dietenberger, Fragstück an alle Christgläubigen, 1530 (VD 16 D 1482), besonders die ersten vier Punkte. Die Schriften von Sylvius, Vattlin und Buchstab kommen in der in Anm. 64 angekündigten Ausgabe. Alle genannten Autoren äußern sich auch in anderen Schriften, in denen das Thema nicht direkt behandelt wird, in diesem Sinne. Unter den Autoren waren neben Eck mit seinen engen Beziehungen zur Kurie in Rom auch solche, die als Räte bzw. theologische Berater ihrer Fürsten durchaus auch erheblichen Einfluß auf die (modern gesprochen) Kirchenpolitik ihrer Herren ausübten (z. B. Fabri auf König Ferdinand, Emser und nach ihm Cochläus auf Herzog Georg von Sachsen, Redorffer auf Kurfürst Joachim I. von Brandenburg).

96 Wie Anm. 1, S. 658.

97 Ebd. S. 668.

98 Vgl. z.B. Heinz Schilling, Reformation – Umbruch oder Gipfelpunkt eines Temps des Réformes? In: Die frühe Reformation in Deutschland (wie Anm. 8), S. 21, 26. Ihm zufolge ist die Entkonfessionalisierung und Entideologisierung der Geschichtsbilder insbesondere auch des Marxschen – inzwischen vollzogen.

99 Vgl. dazu auch die von Bernd Moeller zusammengefaßten Ergebnisse der Reinhausener Tagung des Vereins für Reformationsgeschichte von 1996, ebd. S. 476–489.

100 Wie Anm. 98, S. 13–34.

101 Bernd Moeller, ebd. S. 10.

102 Ebd. S. 476.

103 Bernd Moeller/Karl Stackmann, Städtische Predigt in der Frühzeit der Reformation (wie Anm. 23).

104 Ebd. S. 352.

105 Ebd. S. 359.

106 Moeller begründete diese These bereits in: Was wurde in der Frühzeit der Reformation in den deutschen Städten gepredigt? In: ARG 75, 1984, S. 176–193; vgl. zuletzt seine Einlassungen in dem Disput: Reformationstheorien (wie Anm. 49). Die These von der „lutherischen Engführung", in der die Rechtfertigungslehre im Mittelpunkt gestanden habe, kann

schon deshalb nicht überzeugen, weil 1. nur drei der 35 untersuchten Predigtsummarien von 1522 stammen, alle anderen aber von 1523 bis 1529, als die Differenzierung bereits eingesetzt hatte oder voll zum Durchbruch gekommen war, und weil 2. in den Jahren 1518–1522, wo es tatsächlich so etwas wie eine lutherische Engführung in dem Sinne gab, daß Luthers Positionen eindeutig dominierten, eben nicht die Rechtfertigungslehre im Mittelpunkt von Verkündigung und Auseinandersetzung stand, sondern Ablaß, Kirchenkritik, Papst, Klerus, Mißbräuche, Sakramente etc. Symptomatisch für letzteres dürfte – neben den inkriminierten Artikeln Luthers in der Bannandrohungsbulle – die Zusammenfassung sein, die der ehemalige Rektor der Universität Frankfurt/Oder und Propst des Nicolaistifts Stendal Wolfgang Redorffer 1522 nach einem Besuch in Wittenberg von den dort gehörten lutherischen Lehren gab (vgl. dazu Arzneibüchlein von den Früchten des neuen evangelischen Lebens, Laube/Weiß, S. 419f.).

107 Moeller/Stackmann (wie Anm. 23), S. 301.

108 Ebd. S. 311.

109 Friedrich Engels, Der deutsche Bauernkrieg. In: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 7, S. 350.

Manfred Weißbecker

Die Geschichte der NSDAP (1920–1945). Überlegungen zu Ergebnissen und Defiziten ihrer Erforschung*

Unter jenen Historikern, die sich ernsthaft um die Erforschung der Geschichte des deutschen Faschismus mühen, besteht in einer Vielzahl von Fragen Übereinstimmung. Intentionalistisch dominierte, einzig und allein alles von Hitler herleitende Auffassungen sehen sich seit langem in den Rückwärtsgang verwiesen. Die politisch bedingte und instrumentalisierte Auffassung aus den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit, der Faschismus könne als „Betriebsunfall", als Ausnahmeerscheinung oder einzig als Produkt eines pathologischen Hirns abgetan werden, hat sich als unhaltbar erwiesen. Jüngst wurde dies deutlich in der Gegenüberstellung der beiden großen Hitler-Biographien von Joachim Fest aus dem Jahre 1973 und der des Briten Ian Kershaw von 1998. Letzterer suchte nach einer vermittelnden Position zwischen biographischer und gesellschaftsgeschichtlicher Methodik, nach einer Synthese unterschiedlicher Forschungsansätze und berief sich ausdrücklich auf Karl Marx, der davon gesprochen habe, daß die Menschen ihre eigene Geschichte machen würden, dies aber nicht unter selbstausgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.

Ebenso wanderten jene Einseitigkeiten, die der oft zitierten Dimitroff-Formel zugeschrieben werden können oder ihr schlicht unterstellt wurden, in den Orkus, und dies keineswegs erst in den letzten zehn Jahren. Beachtliche Forschungsergebnisse konnten trotz mancherlei Beschränktheit und konzeptionell-selektiver Schlichtheit[1] erbracht werden, auch wenn die bundesdeutsche Historikerzunft und erst recht die meinungsbestimmenden Medien davon kaum noch Notiz zu nehmen wünschen. Ohne jene Forschungen, auch ohne ihre Erklärungsansätze und Resultate wäre es u. a. Kurt

* Vortrag vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät am 18. Februar 1999 in Berlin. Der Beitrag führt den Artikel des Vf. fort, der unter dem Titel „Die Geschichte der NSDAP – ein aktueller Gegenstand der Faschismusforschung" in der Zeitschrift Berliner Debatte INITIAL, H. 5/1993, S. 59–70, erschien.

Pätzold und mir gewiß nicht möglich gewesen, jüngst das Buch „Geschichte der NSDAP 1920–1945“ vorzulegen[2], dessen Erscheinen wohl Anlaß zur heutigen Veranstaltung geboten hat, was mich wiederum veranlaßt, herzlich für die Einladung zu danken.

Nun, wie es auch immer um wissenschaftliche Streitpunkte und vor allem um die stets wirksamen außerwissenschaftlichen Beschränkungsversuche stehen mag: Heute wird das faschistische Regime – nach meiner Auffassung zu oft und zu leichtfertig als ein national-sozialistisches benannt – relativ einvernehmlich in jene Periode der deutschen Geschichte eingeordnet, die hauptsächlich von den beiden Weltkriegen, den Revolutionen der Jahre 1917/18 und den Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Hauptgruppen der Gesellschaft, ferner zwischen den Parteien konservativer Antidemokraten und demokratischer Republikaner, zwischen Faschismus und Antifaschismus geprägt worden ist. Und vor allem wissen wir im Ergebnis unzähliger Untersuchungen, angestellt in West und Ost, welches Ausmaß, welche Geschichtsmächtigkeit der deutsche Faschismus nicht zuletzt dank des Wirkens seiner Partei zu erreichen in der Lage war. Wann hat je die Führungsclique einer Partei die Welt so in Flammen zu setzen vermocht, wann systematisch Massenverbrechen organisieren können, wann den Menschen – auch den Deutschen selbst – solch unermeßliches Leid und Unheil aufgebürdet?

Der NSDAP gelang es, von einer der kleinsten Organisationen im deutschen Parteienspektrum der Weimarer Republik zur mitglieder- und wählerstärksten Partei zu werden, die es je in der deutschen Geschichte gegeben hat und wahrscheinlich in diesem Ausmaß nie wieder geben wird. Ihre Mitgliederkartei verzeichnete 55 Namen, als Hitler der Deutschen Arbeiterpartei beitrat, und 1943, bevor sie „kriegsbedingt“ eingestellt wurde, rund 6,5 Millionen. Danach sind noch Hunderttausende – lax formuliert – eingetreten worden, etwa bei den rigorosen Überführungsaktionen der Hitler-Jugend in die Partei anläßlich des jeweiligen „Führer“-Geburtstages. Genaueres ist nicht ermittelt, aber was besagen quantitative Angaben in diesem Zusammenhang überhaupt? Ein Beispiel mag das Problem veranschaulichen: Es war es sicher kein Zufall, daß sich Robert Ley, seines Zeichens Reichsorganisationsleiter der NSDAP, gerade in den letzen Phasen des Zweiten Weltkrieges intensiv um eine exakte zahlenmäßige Übersicht über die Parteigenossen bemühte und Ende 1943 einen umfangreichen Bericht über „Einsatz und Bewährung der

Parteigenossen im Wehr- und anderweitigen Kriegsdienst seit dem 1.9.1939 nach dem Stande vom 1.5.1943" vorlegte.

Die Zahl der Mitglieder wurde mit 6.542.261 angegeben, wovon 226.726 gefallen, gestorben, vermißt bzw. in Gefangenschaft geraten seien. 40,3 Prozent aller Parteigenossen stünden zur Zeit im „Wehr- oder anderweitigen Kriegsdienst". Das klingt nach einem hohen Anteil und sollte natürlich den Eindruck erwecken, die Partei sei vorbildlich, ehrenhaft usw. usf. Die Zahl wird jedoch erst nach einer Aufschlüsselung interessant: Diejenigen, die „Kriegsdienst" leisteten, machten nur 8,6 Prozent aus, dagegen standen in dem nicht näher definierten „Wehrdienst" 91,4 Prozent. Hinzu kam die bemerkenswerte Tatsache, daß die Hälfte der Parteimitglieder (3.277.482 = 50,1 %) bis dahin überhaupt keinen Wehr- oder Kriegsdienst geleistet hatte. Davon wiederum waren 1.035.715 (28,1 %, also fast ein Drittel!) Politische Leiter, die ihre Funktionen sowohl in der Partei als auch in den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden ausübten. Daraus läßt sich schlußfolgern: Die NSDAP hatte ihren „Wehr- und Kriegseinsatz" an der sogenannten „Heimatfront" zu absolvieren. Und: Sie führte Krieg im Innern als Voraussetzung des Krieges nach außen. Sie war also in vielfacher Hinsicht eine Kriegspartei. Sie erstrebte und entfesselte Kriege zur „Schaffung eines Großdeutschen Reiches aller Deutschen" – wie es in Punkt eins des Parteiprogramms hieß –, zur Gewinnung von „Lebensraum", der anderen Völkern sowohl den Raum als auch das Leben raubte.

Solche Zielsetzungen und die zu ihrem Erreichen verwendeten terroristisch-rassistischen Mittel lassen die NSDAP als eine bürgerliche Partei „neuen Typs" erkennen. Sie war eine faschistische Partei und damit *die* Partei *einer* der Ausgeburten der bürgerlichen Gesellschaft. Sie war eine der *möglichen* Folgen des Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger dieser Gesellschaft nach Maximalprofit und Expansion, einer ihrer *Versuche*, immanente ökonomische und/oder politische Krisen mit allen Mitteln bewältigen zu wollen, koste es was es wolle. Sie war Ergebnis und extremster Ausdruck von Bemühungen, effektivste Kapitalverwertungsbedingungen zu schaffen, selbst wenn dies nur durch eine Aufhebung der ursprünglichen aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und aller im Laufe der Zeit und insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen seiner Macht erreicht werden konnte. Die NSDAP verfolgte unter allen bürgerlichen Parteien das strikteste Modell des Kampfes gegen

die Arbeiterbewegung und strebte nach einer vollständigen „Ausrottung des Marxismus". Ihre auf solcher Zielsetzung beruhende Forderung nach einer „Nationalisierung der Arbeiter" ging einher mit der Entgegensetzung von Deutschen und „Nicht-Deutschen", mit der Konstruktion einer deutschen Volksgemeinschaft, die in Wohlstand und Ordnung leben könne, sobald sie sich „Lebensraum" erobere sowie „fremdrassische" Völker unterwerfe, verjage oder ausrotte.

* * *

Daß die NSDAP einer der wesentlichsten Bestandteile und „Säulen" des Regimes gewesen ist, darf allgemein als bekannt betrachtet werden. Allerdings sehe ich in den Fragen, *wie* sie zu wirken vermochte, *welcher* Mechanismen sie sich im einzelnen und zu unterschiedlichen Zeiten bediente, *worauf* sie sich verlassen konnte oder worauf nicht, wesentliche Defizite aller NSDAP-Forschungen. So wissen wir vor allem noch viel zu wenig über das Denken und Handeln jener „Parteigenossen", die nicht zum Stamm der sogenannten Hoheitsträger gehörten. Mit diesem terminus technicus jener Zeit – dabei sollte es übrigens bleiben – wurden rund 150.000 Reichs-, Gau-, Kreis- und Verbändeleiter bezeichnet. Im gesamten Apparat der NSDAP waren etwa eine Million hauptamtlicher und ehrenamtlicher Nazifunktionäre tätig. Was aber taten die anderen fünf bis sechs Millionen Mitglieder?

Als völlig willenlose Beitragszahler und bloße Akklamations-Verfügungsmasse wird man sie nicht abtun können. Es wäre z. B. zu untersuchen, weshalb führende Nazis häufig von „Karteileichen" sprachen oder vor allem in den letzten Kriegsjahren beklagten, daß „die augenblickliche Parteigenossenschaft ... noch keine aktivistische Kampfgruppe" darstelle.[3] Mehrere Gauleiter forderten von Bormanns Partei-Kanzlei die Einführung einer neuen Disziplinar- und Strafordnung. Im Generalgouvernement Polen solle sogar eine völlige „Neubildung des Parteiapparates" erfolgen, da dieser hier nur noch „ein Nebeninstrument der staatlichen Verwaltung und eine Fahnenträger- und Aufmarsch-Organisation" sei. Im Juni 1943 wurden alle „Mobilisierungs-Beauftragten" der NSDAP über die Handhabung der „Uk-Stellung" von Parteifunktionären instruiert; dabei erhielten sie unter anderem auch die Order, „besonders ins Auge springende politisch unzuverlässige Elemente" an die Front zu schicken. Etwas später hieß es dazu noch: „Wir haben ... keinen Anlaß, uns mit den Uk-Gestellten auch noch Mies-

macher und Defaitisten in der politisch schon schwach genug besetzten Heimat zu erhalten."

Tatsächlich wuchs die Unzufriedenheit der NSDAP-Führung mit den Geführten, je länger der Krieg dauerte. Bereits 1942 hatte Bormann eine Kampagne zur „Aktivierung der Partei" gestartet. In einer seiner unzähligen Anordnungen verlangte er im Dezember 1943 die entschiedene Fortsetzung der „begonnenen Aktivierungsmaßnahmen." Ein halbes Jahr danach forderte er erneut von den Politischen Leitern auf mittlerer und höherer Ebene, „alle Ansätze von Schwäche und schwankender Haltung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abzustellen". Einer der 42 Gauleiter konkretisierte dies mit den bezeichnenden Worten: „Da wo mit den Mitteln der Aufklärung, Propaganda und Schulung Andersdenkende nicht zu belehren sind, ist das *Abstempeln zum Volksverräter und Wehrkraftzersetzer* das einzig beste Mittel, das stets die gewünschte Wirkung erzielt." In einem Material des Schulungshauptamtes beim Reichsorganisationsleiter hieß es, angesichts der mehr als sieben Millionen Parteigenossen dürfe eigentlich die „schlechte Stimmung innerhalb des deutschen Volkes ... unmöglich sein."

Dennoch blieb die NSDAP bis zum Schluß intakt und in ihrem Sinne voll funktionsfähig. Dies darf auch als Resultat aller Aktivitäten des umfassenden, bereits in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sorgfältig vorbereiteten Organisationensystems gesehen werden, an dessen Spitze sie stand. Die einzelnen Gliederungen und angeschlossenen Verbände – gleich ob DAF, HJ, SA, SS u. a. m. – erfaßten wiederum selbst Millionen Deutsche und nahezu jeden Winkel der Gesellschaft. Wie keine andere deutsche Partei hatte die NSDAP nach 1933 einen bis dahin unbekannten, einen nicht für möglich gehaltenen flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung erreicht. Sie war zum Träger einer „Organisationen"-Gesellschaft geworden, in der sich kaum einer – ob Arbeiter oder Gewerbetreibender, ob jung oder alt, Mann oder Frau usw. – dem Einfluß ihres breit gefächerten Systems sogenannter Gliederungen, angeschlossener Verbände und betreuter Organisationen entziehen konnte. Nimmt man allein die Tatsache zum Vergleich, daß bis 1933 jede gesellschaftliche Schicht oder Gruppe – Frauen, Kinder, Lehrer, Ärzte usw. – mehrere Organisationen entsprechend der politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Parteienlandschaft besaßen und zudem große Teile der Bevölkerung – z. B. fast die Hälfte derer, die statistisch zur Arbei-

terklasse zählten – überhaupt keiner politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angehörten, läßt sich leicht ermessen, zu welch enormer Schlagkraft die Organisiertheit der deutschen Faschisten führen konnte.

Die Millionengefolgschaft der NSDAP stellte eine Voraussetzung ihres Erfolges dar und geriet zugleich zu einem ihrer wichtigsten Kennzeichen, obgleich sie zu keiner Zeit das Programm, den Kurs und das Ziel der Partei bestimmte – das tat ihre Führungsgruppe, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument und Faustpfand im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatten. Dennoch und noch einmal: Das faschistische Regime hätte ohne sie nicht funktionieren können. Ohne die „willigen" Helfer insbesondere aus ihren Reihen wären kein totaler Krieg, keine barbarische Okkupationspolitik und erst recht kein Völkermord zu realisieren gewesen, ohne sie hätte während des Zweiten Weltkrieges das System der rund 20.000 Zwangsarbeiterlager nicht geschaffen werden können, ohne sie wären nicht die meisten Deutschen bereit gewesen, den Krieg so sinnlos und opferreich bis „fünf Minuten nach zwölf" zu unterstützen.

Daß sich allerdings die meisten Deutschen dem Einfluß der NSDAP nicht entziehen wollten und sich sowohl mit den chauvinistisch-expansionistischen als auch mit den vorgeblich sozialistischen Ambitionen der Nazis identifizierten, sei hier ausdrücklich konstatiert. Diese Tatsache hat zu unterschiedlichsten Interpretationsversuchen geführt. Einer stellt die NSDAP als Arbeiter- bzw. als „Volkspartei" dar. Letztere Bezeichnung findet häufig Verwendung, um über das Merkmal sozialstruktureller Heterogenität hinaus grundlegende Unterschiede zu anderen Parteien markieren und die NSDAP quasi aus der deutschen Parteiengeschichte herauslösen zu können. Tatsächlich bedeutete ihre Existenz *den* Höhepunkt in der Geschichte jener Parteien, die im Unterschied zu den vorhergehenden Honoratioren- oder Wählervereinen, den Interessen-und Klientelparteien als Massenparteien oder – nach Sigmund Neumanns Begriffsinstrumentarium aus den zwanziger Jahren – als Mitgliederintegrationsparteien zu bezeichnen sind. Rund acht Prozent aller Bürger des sogenannten Großdeutschen Reiches gehörten am Ende des Krieges der NSDAP an. Die Korrelation zwischen Parteimitgliedschaft und dem Grad an Politisierung liegt auf der Hand, auch wenn dieser anhand von Zahlen sich kaum allein belegen, geschweige denn erklären läßt. Leider gehört auch die Frage, weshalb das gesamte nationalsozialistische Organisationensystem für viele ein durchaus

attraktives Integrationsangebot darstellte, immer noch zu den Forschungsdefiziten. Sicher muß die Tatsache Berücksichtigung finden, daß dieses dem einzelnen berufliche Chancen, eine Verbesserung seines sozialen Status und auch dankbar angenommene Möglichkeiten zu persönlicher Bereicherung bot. Die vielgestaltigen Organisationen der NSDAP können daher wohl auch als ein „Versicherungsunternehmen" betrachtet werden (wie dies beispielsweise Mallmann und Paul tun), dessen Inanspruchnahme vor den Unwägbarkeiten des Arbeitsmarktes schützen und den Umsatz der Gewerbetreibenden garantieren konnte oder als „Eintrittsbillet" in ein erfolgversprechendes Berufsleben, als Startposition im Ringen um sozialen Aufstieg empfunden werden konnte.

Massen zu gewinnen, ohne ihre Lage und ihre Interessen in irgendeiner Weise zu berühren, konnte und kann übrigens keiner politischen Partei gelingen. Jede versucht es auf ihre Weise. Der NSDAP lag, wie sie es in völliger Übereinstimmung mit dem konservativen Publizisten Arthur Moeller van den Bruck formulierte, an einer „Nationalisierung" der deutschen Arbeiter, mithin an der Gewinnung einer vorwiegend proletarischen Massenbasis. Dies ließ von vornherein jede Verwendung sozialpolitischer oder gar „sozialistischer" Formeln als zweckbezogenes Mittel erscheinen. Das Wesen einer faschistischen Partei läßt sich an ihnen nicht erkennen, eher an ihrer Programmatik und an ihrem taktischen Verhalten. So verwundert es eben nicht, daß die NSDAP während der zwanziger Jahre ihren „Nationalsozialismus" besonders in stark industrialisierten Teilen Deutschlands – im Gegensatz zu ihrem bayerischen Stammland – als „nationalen Sozialismus" anbieten wollte. Dazu wurde zeitweise sogar eine „Arbeitsgemeinschaft der nord- und nordwestdeutschen Gauleiter" gegründet, die das 25-Punkte-Programm revidiert, zumindest aber ergänzt wissen wollten. Diese Gauleiter galten als „Linke" in der NSDAP, wurden jedoch bald von der Münchener Parteileitung zur Räson gerufen.[4]

* * *

Für die Forschung stellt sich m. E. immer noch vorrangig die Frage, *weshalb* und *wie* die Eliten der Weimarer Gesellschaft es der NSDAP leicht gemacht bzw. ihr ermöglicht hat, aus ihrem ursprünglichen Zustand einer Splitterpartei heraustreten und sich zur erfolgreichen Massenpartei entwickeln zu können. Zu nennen wäre eine Vielzahl sich vor allem in der Zeit

der Weltwirtschaftskrise bündelnder Faktoren. Unter ihnen spielte m. E. eine entscheidende Rolle, daß die 1919/20 entstandene Partei vielgestaltige Förderung durch konservativ-deutschnationale Großindustrielle, Bankiers, Großagrarierer, Militärs, Beamte und Politiker anderer bürgerlicher Parteien erfuhr, welche sie – wohlgemerkt in Kenntnis des Programms und der Ideologie des Nationalsozialismus – für ihre eigenen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Zwecke auszunutzen und organisatorisch zu instrumentalisieren versuchten. Ein solches Bestreben kam letztlich allein der NSDAP zugute. Seither besagt eine der wesentlichsten geschichtlichen Erfahrungen: Wer damals, speziell in jenen 14 Jahren der Weimarer Republik, das Potential der Rechtesten unter den Rechten zu nutzen versuchte, trug dazu bei, es entscheidend zu fördern. Man denke an den bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, der den ersten Putsch der nationalsozialistischen Bewegung vorbereiten half und gleich dem Zauberlehrling die Geister nicht wieder los wurde, als sie ihm überflüssig erschienen. Man denke an das Münchener Volksgericht, das den Putschisten Hitler mit einem Urteil bedachte, in dem auch bei bestem Willen keine Strafe zu erkennen war. Man erinnere sich an die von den Deutschnationalen eigefädelte Kooperation mit der gerade von lediglich 2,8 Prozent der Stimmen in den Reichstag gewählten NSDAP gegen den Young-Plan, zu deren Ergebnis Hof- und Salonfähigkeit der deutschen Faschisten gehörten. Man denke schließlich an das Konzept, das unter den Stichworten „Einrahmung" und „Zähmung" in die Geschichte rechtskonservativ-nationalsozialistischer Bündnispolitik einging.[5]

Jede absichtsvolle Duldung, erst recht die ideelle und zunehmend auch die materielle Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen sowie der Versuch, die Partei der Nationalsozialisten – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, ermöglichten dieser, einen Status von „Normalität" zu erlangen. Indem die vielgerühmte „Mitte" der Gesellschaft die tagespolitische Einträglichkeit zum obersten politischen Prinzip erhob, machte sie sich selbst schließlich zum opferwilligen Spielball selbstzerstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie. Wer seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter Antifaschisten aller Richtungen sah, stärkte den Rechten den Rücken, der erleichterte die schrittweise Hinwendung nach rechts und lieferte zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen die drohende

Gefahr unterschätzt wurde. Wer den Demagogen einer rassereinen deutschen Volksgemeinschaft nach dem Munde redete, besorgte auch deren undemokratischen Geschäfte.

Zu fragen wäre jedoch nicht nur, unter *welchen* Bedingungen sich die NSDAP in der Weimarer Republik entfalten konnte, sondern in gleicher Intensität auch danach, *was* sie selbst unternommen hat, sich erfolgreich über eine Vielzahl anderer völkisch-nationalistischer und rassistisch-antisemitischer Parteien zu erheben. Ihre Ermöglichung durch die Gesellschaft setzte auch voraus, daß sie sich gleichsam selbst „möglich zu machen" fähig erwies. Natürlich hätte die NSDAP ohne den Nährboden einer wirtschaftlich krisengeschüttelten, aber ebenso ohne die politisch versagenden Eliten der deutschen Gesellschaft weder so enorm anwachsen und sich entfalten noch an die Macht gelangen können. Aber sie selbst erbrachte eben auch beträchtliche „Vorleistungen", um als Faktor bürgerlicher Politik anerkannt zu werden: Dazu gehörte insbesondere ihre sie von allen anderen Parteien unterscheidende Fähigkeit, programmatisch wie demagogisch an tatsächliche Ängste und vermeintliche Bedürfnisse der Massen anzuknüpfen sowie eine große Zahl von Mitgliedern und Wählern an die Erfüllbarkeit ihrer Heilsversprechungen dank terroristischer und rassistisch-friedloser Methoden glauben zu lassen. Zu ihren „Vorleistungen" gehörte die durchaus geschickte Verknüpfung ihres Konzeptes „national plus sozialistisch" mit dem Bemühen, Massen zu politisieren und für nationalistisch-rassistische Ideen zu mobilisieren.

Im Gegensatz zu der Vorstellung, die Geschichte der NSDAP stelle ein einziges Kontinuum an Aufwärtsentwicklung dar, lassen sich Stagnations- und Krisenzeiten der Partei gerade an bestimmten Momenten ihres Verhältnisses zu anderen faschistischen Organisationen festmachen. Das galt bereits im Juli 1921, als die Gruppe um den Parteivorsitzenden Anton Drexler eine Übereinkunft mit der Deutschsozialistischen Partei herbeizuführen suchte, das galt im Jahre 1924, als sich mehrere Organisationen – darunter vor allem die Deutschvölkische Freiheitspartei – um eine Nachfolgeschaft der im Putsch gescheiterten NSDAP bemühten, das galt 1928/29, als das Lager der Völkischen und die paramilitärischen Verbände überrollt werden konnte. Daß Hitler später jenen unter den „Parteigenossen" eine nahezu nibelungische Treue hielt, die besonders geholfen hatten, seinen kompromißlosen Kurs „Anschluß statt Vereinigung" durchzusetzen,

läßt sich am Beispiel Julius Streichers gut erkennen und als eine organisationslogische Kehrseite der personellen Querelen bezeichnen. Haßerfüllt ließ er demgegenüber alle jene umbringen, denen er vorwarf, die Geschlossenheit der Partei gefährdet zu haben, wie das Beispiel Gregor Strasser belegt.

* * *

Der bisher knapp und punktuell skizzierte Erkenntnisstand spiegelt sich nicht in der deutschen Publizistik und schon gar nicht in der medialen Vermarktung des Themas wider. Das Auseinanderfallen von Wissenschaft und zweckorientierter Darstellung in den Massenmedien dürfte auf keinem anderen Gebiet der Geschichte so erheblich sein. Fast könnte von einer geschichtspolitischen Barriere gesprochen werden, die der Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse und dem Dialog über sie aufgetürmt wird. Setzt man die Zahl jener Bücher, die sich mit Hitler beschäftigen, und die Darstellungen zur fünfundzwanzigjährigen Geschichte der NSDAP miteinander ins Verhältnis, so muß zum einen die Zahl 120.000 und zum anderen die Zahl fünf genannt werden; unter letzteren auch die von Dietrich Orlow und Michael Kater, die bislang nicht ins Deutsche übersetzt worden sind. Darüber hinaus kann von Konsens unter Historikern keine Rede sein, wenn die NSDAP vor allem unter parteiengeschichtlichen Aspekten und als Bestandteil der Geschichte des Parteienwesens in Deutschland betrachtet wird. Selbstverständlich findet sie in vielen Darstellungen Erwähnung. Wer aber nach Voraussetzungen und Wirkungen fragt, die ihr das Parteienwesen in Deutschland bot, wird in ihnen jedoch nur unzureichende Antworten finden. Denn wer sich nicht grundsätzlich davon lösen will, in Hitler das „Bewegungszentrum" der Geschichte zu sehen, sucht kaum danach, die Rolle der Partei und der sie ermöglichenden und fördernden Faktoren in den Blick zu nehmen.

Dies gilt insbesondere für die Zeit von 1933 bis 1945. Sie wird regelrecht als ein parteiengeschichtliches „Loch" behandelt. Man schaue nur in einige der als Standardwerke gepriesenen Darstellungen, gleich welcher Schule sie entstammen. Weder im 750-Seiten-Buch von Heino Kaack „Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems" noch in der „Geschichte der deutschen Parteien von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart" von Robert Hofmann – verbreitet vor allem durch die Bundeszentrale für politische Bildung – kann der Leser etwas über die NSDAP an der Macht und über ihren Platz

im faschistischen Herrschaftssystem erfahren. Ebensowenig Gehalt bieten Thesen, sie habe im Regime der braunen Diktatur einen untergeordneten Platz eingenommen und zunehmenden Bedeutungsschwund erlebt, zumal die NSDAP-Führung – was wenig erwähnt wird – die Wehrmacht und sich selbst die als die beiden ausschlaggebenden Grundfesten, die „Säulen" des Dritten Reiches, der Kriegsvorbereitung und schließlich auch der Kriegführung betrachtet hat. Schildträger und Waffenträger – so benannte Arno Breker seine Figuren, die im sogenannten Ehrenhof der Neuen Reichskanzlei aufgestellt wurden ...

Demgegenüber ist nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß aus der singulären Stellung der NSDAP innerhalb des 1933 geschaffenen Machtsystems nicht zu schlußfolgern ist, sie sei – da parlamentarischer Rahmen und andere Parteien gefehlt hätten – parteiengeschichtlich unwirksam und dem deutschen Parteienwesen nicht zugehörig gewesen. Die NSDAP war ihrem Charakter nach bürgerliche Partei, der Form nach eine auf dem Boden kapitaldominierter Verhältnisse entstandene und stehende politische Organisation, die in Wesen und Anliegen, in Struktur und Betätigungsfeld wesentliche Übereinstimmungen mit anderen bürgerlichen Organisationen aufwies. Sie alle miteinander zu vergleichen, also das Parteienwesen in Gänze und in seiner Wirkung auf seine einzelnen Bestandteile zu untersuchen, halte ich für erforderlich, wie überhaupt die Geschichte jeder politischen Partei zugleich eine Geschichte der durch das Parteienwesen gesetzten Rahmenbedingungen darstellt. Eine erstere herauslösende und letzteres vernachlässigende Forschung führt lediglich zu selektiven und fragmentierenden Ergebnissen. In dieser Hinsicht erlaubt auch eine strikte Gegenüberstellung bürgerlicher und proletarischer – bzw. modischer formuliert: demokratischer und totalitärer – Parteien keinen umfassenden Blick auf die geschichtliche Realität. Das Konstrukt solcher Parteigeschichte kann in aller Regel selbst als ein Resultat parteipolitisch orientierten oder gar parteiegoistischen Denkens gesehen werden.

Blicken wir kurz ins 19. Jahrhundert zurück. In ihm formierten sich die politischen Parteien aus Vereinen, Zirkeln, Verbänden, Fraktionen usw. Sie vertraten die Interessen einzelner Teile der in besitzend oder unvermögend, reich oder arm, oben oder unten, jung oder alt und in Geschlechter gespaltenen Bevölkerung. Ihre Machtorientierung und Existenzfähigkeit beruhten vorrangig auf dem alles überschattenden Konkurrenz- und Klientelprinzip

der bürgerlichen Gesellschaft. Allerdings erhoben sie von Anfang an zur Durchsetzung ihrer partiellen Anliegen zugleich den hehren Anspruch, im Interesse der Allgemeinheit – des Staates, der Nation, des Volkes, des Gemeinwohls usw. – fungieren zu wollen. Das entsprach nun zwar weder einer sprachlichen noch jeder gedanklichen Logik des Begriffs „Partei", wohl aber der Realität. Zunehmend sahen sich die Parteien gezwungen, zugunsten ihrer Wirksamkeit ein auf Erweiterung bedachtes Image zu schaffen und zu stützen. Umfassender und übergreifender sollte es sein als die unmittelbare, auffällig egoistische Klienteldienstbarkeit. Jeweilige konkrete Erscheinungsformen politischer Parteien ergaben sich daher zwar primär aus jeweiligen Klasseninteressen und -gegensätzen, jedoch keineswegs allein aus diesen. Sie wurden von einer Vielzahl geschichtswirksamer Faktoren geprägt, von sozialökonomischen Interessen ebenso wie von politischen Kräfteverhältnissen, von zentralstaatlichen oder föderalistischen Strukturen, von unterschiedlichen Traditionen des Parlamentarismus, von Führerpersönlichkeiten u. a. m.

Indessen scheint aber immer Parteiegoismus dominiert zu haben, überlappt und beeinflußt von parteienübergreifenden Interessen. Letztere richteten sich zunächst in durchaus emanzipatorischer Weise gegen feudalaristokratische Verhältnisse und monarchische Herrschaftsformen, mehr und mehr jedoch auf die Verteidigung erreichter bürgerlicher Besitzstände gegenüber dem Proletariat und dessen Parteien. Gerade in dieser Hinsicht unterlagen die Parteien 1918/19 in Deutschland nachhaltigen Wandlungsprozessen, wahrscheinlich sogar den umfassendsten, seit sie in Erscheinung getreten waren. Sie standen nun unter dem Druck in Bewegung geratener Massen, die sich politisierten und radikalisierten, die aus dem bestehenden Parteiengefüge auszubrechen drohten. Sie schufen – nahezu spontan, in unterschiedlichsten Formen und voller Unzulänglichkeiten – erstmalig andere Formen der Organisiertheit zugunsten bestimmter Interessen. Man könnte vielleicht von Korrektiven für die etablierten Parteien sprechen. Insbesondere die Arbeiter- und Soldatenräte, ansatzweise auch sogenannte Kulturräte und andere wiesen zeitweilig über die Grenzen hinaus, die den politischen Parteien – und hier nehme ich die Arbeiterparteien keinesfalls aus – nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind. Eine der Bewegungsformen dieses Prozesses vollzog sich nicht zuletzt in der Herausbildung neuer Parteien und parteiähnlicher Organisationen.

Die NSDAP spiegelte nicht nur allgemeine Merkmale und Organisationsprinzipien des deutschen Parteienwesens wider, sondern auch die mit dem Ersten Weltkrieg und den Revolutionen zutagetretenden neuen Erscheinungsformen deutscher Parteien. Es gelang ihr, die verbreitete Enttäuschung unter den Deutschen über die politischen Parteien für ihre Zwecke zu nutzen. Mit Vorliebe stellte sie sich nicht nur als eine „Bewegung", sondern auch als eine „Partei über den Parteien" dar. Die von Enttäuschung, Verärgerung, Hoffnungslosigkeit und Zukunftsangst getragene „Politik- und Parteienverdrossenheit" großer Teile der deutschen Bevölkerung trug dazu bei, daß schließlich eine an Radikalität und vermeintlicher Kompromißlosigkeit unübertroffene Organisation alle anderen zu überwältigen und eine das Parteienwesen eigentlich konterkarierende Einparteienherrschaft zu errichten in der Lage war.

Wie in jeder anderen Partei auch erkennbar, bemühte sich die Führung der NSDAP um Geschlossenheit, Einheitlichkeit und möglichst straffe Organisiertheit ihrer Mitgliedschaft. Divergierende Partei-"Flügel" wurden entschieden und mit taktischem Geschick bekämpft. Innere Differenzen – eine generelles Merkmal aller größeren Parteien – erreichten nicht jenen Grad, der für Hitler „Konkurrenz" hätte bedeuten können; stets ging es tatsächlichen wie potentiellen Kontrahenten um einen angemessenen Platz in der „zweiten Reihe". Im Unterschied zu anderen Parteien entstand so in der NSDAP ein neuartiges Interessengeflecht, welches weitgehend von absoluter Autoritätsakzeptanz und Übernahme des militärischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips, zugleich aber auch von Hausmacht- und Ressortpartikularismus, von Verbände-Egoismus und Pfründensicherungs-Trieb geprägt war. Dies eine Polykratie zu nennen und von Ämter-Chaos sprechen zu wollen, ist sicher möglich, daraus jedoch zu schlußfolgern, das Regime sei schwach und wenig effektiv gewesen sowie letztlich an sich selbst gescheitert, ist abwegig und bedient konservativ-nationalistischen Geschichtsrevisionismus. Die solchen Thesen immanente Frage, wie es denn hätte besser gemacht werden können, zielt auf historisierende Relativierung des Faschismus und mehr noch auf dessen Rechtfertigung. Vielleicht darf ich an dieser Stelle erneut aktuell werden und den Präsidenten des Thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz zitieren, der kürzlich berichtete, die rund tausend Neonazis im Freistaat würden die Verbrechen Hitlers nicht mehr leugnen, sie würden sie jetzt gutheißen.[6] Sicher stützte er seine

Erkenntnis auch auf die Besucherbücher der Gedenkstätte Buchenwald, in denen zunehmend Dank für Hitler artikuliert wird.[7] Das Schreckbild Faschismus wandelt sich auch dann unversehens in neue Vorbildlichkeit, wenn um Differenzierung bemühte Historiker beweisen wollen, manches sei am Nationalsozialismus doch „moderner" und richtungsweisener – sprich: besser – gewesen als sogenannte antifaschistische Volkspädagogik wahrhaben wolle.

* * *

Auf Übereinstimmungen in Zielsetzung und Formen politischer Parteien im einzelnen einzugehen bleibt keine Zeit, obgleich beispielsweise die Frage schon interessant wäre, weshalb wohl damals alle Parteien „Führer" auf den Schild hoben und es an kultischen Verehrungspraktiken nicht missen ließen. Benannt seien hier nur Ähnlichkeiten in der generell so charakteristischen Diskrepanz zwischen den Parteiapparaten und den Mitgliedern bzw. Anhängern. Ihr konnte sich auch die NSDAP – trotz ihrer Besonderheiten und ihrer Abgrenzungsbemühungen gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien – nicht entziehen. Mehr noch: Gerade sie beförderte und beschleunigte organisationsspezifische Entwicklungstendenzen politischer Parteien, denen so etwas wie ein für das Parteienwesen spezifiziertes Olympia-Motto zugrundelag: „Immer mehr Mitglieder – immer breiteren Anhang – immer festere Organisation". Aus dem Wesen gesellschaftlicher Organisiertheit erwuchs (und erwächst wohl immer wieder!) die Tendenz zu ihrer Oligarchisierung sowie zur Bürokratisierung sich ausweitender Parteiapparate. Solche Prozesse veranlaßten bereits vor dem Ersten Weltkrieg Soziologen und Politologen zu aufschlußreichen Untersuchungen. In ihrem Ergebnis stellte beispielsweise Robert Michels fest, daß die SPD, obwohl gerade sie die Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, eine fortschreitende innerparteiliche Entdemokratisierung nicht bekämpfen konnte und ihre Führung offensichtlich diese auch nicht einmal bekämpfen wollte. Er sprach von den Wirkungen eines „ehernen Gesetzes der Oligarchie", das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie ... Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen." Ferner hieß es bei ihm: „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation." Und schließlich: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft

der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden."[8]

Politische Parteien scheinen also ganz offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher zu sein, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele sowie ihre stets schönfärbenden Selbstdarstellungen vermuten lassen. Liegt hierin vielleicht auch einer der Gründe damaliger Hilflosigkeit und schließlichen Versagens antifaschistischer und nichtnationalsozialistischer Parteien? Zahlreiche Argumente aus deren Reihen erwiesen sich als null und nichtig – ich nenne nur den beschwichtigenden Satz: „Deutschland ist nicht Italien" Bitter rächte sich jede Verniedlichung des Problems, jedes Kleinreden der Gefahren, jede Spekulation auf einen Zerfall, jede Hoffnung auf ein Auseinanderbrechen dieser Partei, jede letztlich aus allzu egoistischen Gründen getroffene Entscheidung gegen antifaschistische Bündnisse und gemeinsame Aktionen aller vom Faschismus bedrohten Kräfte. Bekanntlich wurden die 2,8 % der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928 in der Presse nicht erörtert; auch nicht von der „Roten Fahne". Seither kann jeder wissen, daß Rechtsextremismus in keinem Falle als eine zu vernachlässigende Größe betrachtet werden darf, auch wenn er als relativ kleine Partei oder in einer Vielzahl unterschiedlicher Organisationen daherkommt. Sein – wenn ich es einmal so nennen darf – „Gemeinsamkeitspotential" war damals wesentlich größer als politische und strukturelle Differenzen vermuten ließen. An der Lern- und Organisationsfähigkeit rechtsextremer Parteien zu zweifeln, erwies sich – gestatten Sie bitte an dieser Stelle die Einfügung des Wortes: schon – zu Weimarer Zeiten als ein überaus verhängnisvoller Fehler. Zersplitterte Organisationen einer bestimmten Parteienrichtung müssen nicht auf immer und ewig Zusammenschluß und Vereinheitlichung fern bleiben, es sei denn, sie kultivieren Gegensätze um der Gegensätze und Nischenplätze in der Gesellschaft um eben dieser Nischen willen, und es sei denn, linke Streitsucht postuliere auch rechte Uneinigkeit ...

* * *

Wer sich mit der Geschichte der NSDAP befaßt, sieht sich unweigerlich auch vor die Frage gestellt, ob heute ein am Beispiel der NSDAP orientiertes „Modell" rechtsextremer Parteientwicklung erwartet werden kann oder nicht. Ja, vieles scheint in dieser Hinsicht durchaus möglich zu sein. Es exi-

stiert ein breites Fundament in Gestalt nationalistisch-rassistischer Netzwerke von Verlagen, Zirkeln, Vereinen, Gesellschaften usw., das ein notwendiges Vor- und Umfeld aller politischen Parteien darstellt. Unübersehbar agiert das nach wie starke rechtsextreme Potential. Weitaus furchterregender gilt mir jenes Potential, das die Gesellschaft einschließlich ihrer etablierten Parteien *für* den Rechtsextremismus bietet. Vieles spricht jedoch gegen eine neue NSDAP, deren Grundstock z. B. Jürgen Elsässer bereits in dem zu erwartenden Bündnis von NPD und DVU vermutet.[9] Die Zeit für Massenintegrationsparteien scheint vorüber zu sein. Heutzutage reihen sich kaum zwei bis drei Prozent der Bevölkerung in die politischen Parteien ein, d. h. wesentlich weniger als in früheren Zeiten. Sollte dieser allgemeine Rückgang des Grades direkter parteipolitischer Organisiertheit um die Rechten etwa einen Bogen machen? Eher ist zu erwarten, daß sich andere „Modelle" durchsetzen bzw. völlig neue entstehen, und zwar „jenseits des üblichen Faschismus" – wie Carl Amery meint.[10] Neue Technologien und mediale Möglichkeiten erlauben andere, wesentlich diffizilere und erheblich wirksamere Methoden der Massenbeeinflussung.

Auch kann die Tatsache, daß die NSDAP in die totale militärische Niederlage Deutschlands geführt hat und sie darin selbst zugrundeging, nicht unbedingt als förderlich für Nachfahren und Nachahmer gelten. Orthodoxer Neofaschismus einschließlich einer neuen faschistischen Massenpartei dürfte kaum eine Chance haben.[11] Wer heute nach den Perspektiven der Rechtsextremismus fragt, wird vor allem auch die veränderten Existenzbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft in Rechnung setzen müssen. Aus ihnen ergeben sich größere Differenzpunkte zwischen den ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden auf der einen Seite und den neuen Faschisten auf der anderen. Zu schauen wäre vor allem auf die neuen Erscheinungen in der deutschen Gesellschaft und auf die Rahmenbedingungen des Rechtsextremismus unserer Tage, wenn Antifaschisten nicht erneut hilflos agieren oder gar wieder einmal versagen wollen. Zu schauen wäre nicht zuletzt auch auf jene Wirkungen, die totalitarismustheoretisch begründete Absagen an die NSDAP erbringen, was ja nicht bedeuten muß und kann, doktrinäre und inhaltlich nicht begründbare Gleichsetzungen zwischen ihr und anderen Parteien – etwa der SED – zu akzeptieren; doch das wäre bereits ein neues, ein wichtiges und gründlich zu diskutierendes Thema ...

Erlauben Sie mir bitte, an dieser Stelle meinen Vortrag mit dem Hinweis auf das Nachwort unseres Buches über die Geschichte der NSDAP zu schließen. Hier schrieben wir, daß die Geschichte sich nicht einfach wiederholt, jedoch einmal gewonnene geschichtliche Erfahrungen, Herrschaftserfahrungen zumal, im Verlauf der Geschichte auch nicht einfach verlorengehen. Das nach 1945 zunächst abgewiesene Erbe des Faschismus wird längst schon an anderer Stelle auf seine Verwendbarkeit durchgesehen und sortiert, Teilstücke sind unter anderen Namen in der Erprobung.[12] Daher verstehe ich die Beschäftigung mit der NSDAP nach wie vor als ein Mittel der „Warnung", als ein äußerst aktuelles Thema, auch wenn neue Gefahren nicht notwendigerweise mit der Existenz und mit den bisherigen Erscheinungs-formen politischer Parteien verbunden sein müssen.[13]

Fußnoten

1 Dies belegen nicht zuletzt drei Episoden: Die erste stammt vom Anfang der 60er Jahre, als in Jena der Forschungsschwerpunkt „Geschichte der bürgerlichen Parteien" eingerichtet werden sollte. Kurt Hager sah sich damals zu der Bemerkung veranlaßt, es müsse zunächst die Vergangenheit der eigenen Bewegung erforscht sein, bevor man sich den Parteien des Klassengegners zuwenden könne. Die anderen begaben sich, als Kurt Pätzold und ich erstmalig über einem Manuskript zur Geschichte der NSDAP brüteten. Dem Erscheinen von „Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens" wurde 1981 nichts mehr in den Weg gelegt, als der oberste Ideologie-Manager der DDR sein Placet gegeben und gemeint hatte, im Personenregister sollten unter dem Buchstaben „H" doch mehr als Namen als nur die von Hitler, Heß, Himmler und Heydrich auftauchen. Wir betrachteten dies mit der Erwähnung von Honecker, Hoffmann und Hager als erfüllbaren Wunsch. Einem weiteren Verlangen wollten wir dagegen nicht folgen: Allen Ernstes hatte einer der Gutachter mit der Autorität eines großen Instituts im Rücken erklärt, es seien jene Kapitel vor 1929 glatt zu streichen, da die Geschichte dieser Partei erst mit der Weltwirtschaftskrise beginnen würde ...

2 Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920–1945, Köln 1998.

3 Siehe dazu ebenda, S. 471 und 478.

4 Zu fragen wäre daher in aktuellen Debatten, ob nicht rechtsextreme Organisationen in den neuen und von der Massenarbeitslosigkeit besonders hart betroffenen Bundesländern aus vergleichbaren Gründen ihrer Agitation und Wahlpropaganda wiederum einen „sozialistischen" Anstrich geben. Ich denke auch an die Erklärung Franz Schönhubers vor den Bundestagswahlen, er werde jene Partei wählen, die einen „maßvollen Patriotismus mit radikalen sozialen Reformen" verbinde, wobei in seinem Falle es mehr als bezeichnend sein dürfte, daß er in diesem Zusammenhang auch forderte, die „Prüfung von Sozialmodellen aus NS-Deutschland und dem faschistischen Italien hinsichtlich partieller Verwendbarkeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit" dürfe nicht länger „tabuisiert oder gar strafrechtlich verfolgt" werden. (Nation & Europa, H. 3/1998, S. 14)

5 Man denke auch an die nahezu rührseligen Nachkriegserzählungen und Unschuldsbeteuerungen, die z. Z. vor allem in der sogenannten Wehrmachtsdebatte sowie in den von Gewissenskonflikten triefenden Filmen des Herrn Guido Knopp vom ZDF wieder auftauchen. Siehe dazu meine Besprechung seines Buches „Hitlers Krieger" in: Neues Deutschland vom 2.11.1998, S. 12.

6 Thüringische Landeszeitung, 13.1.1999.

7 Die Zeit, 21.1.1999, S. 37.

8 Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911). Neu hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 3/1969.

9 Jürgen Elsässer: Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde. Mit einem Vorwort von Jürgen Trittin. Hamburg 1998, S. 69.

10 Carl Amery: Hitler als Vorläufer. Auschwitz – der Beginn des 21. Jahrhunderts, München 1998, S. 63.

11 Die steht in Gegensatz zur Meinung von Heinz Niemann, der vermutet, daß zu den Merkmalen des Faschismus im 21. Jahrhundert „eine populistische Massenpartei" gehören werde und es nicht unbedingt terroristischer Schlägertrupps gegen Linke, Ausländer und Juden bedürfe. (Neues Deutschland, 27.1.1998, S. 12).

12 Pätzold/Weißbecker, Geschichte der NSDAP 1920–1045, S. 521.

13 Möglicherweise läßt sich unser „kurzes Jahrhundert" nicht nur anhand der drei Weltkriege (Erster, Zweiter und Kalter Krieg) und der ihnen folgenden drei systemverändernden Entwicklungsschübe charakterisieren, sondern auch als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien und Parteitypen, von Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen sowie von vielgestaltigen Symbiosen staatlicher und parteigebundener Machtapparate bezeichnen. In Deutschland gab es den Parteienstaat in seiner Weimarer Ausprägung, die folgenreiche diktatorisch-terroristische Herrschaft der faschistischen Organisationen, den staatssozialistischen Machtmißbrauch „führender" Parteien; und gibt es die verheerende Okkupation des Staates durch machtmonopolisierende, sich selbst gleichsam verstaatlichende Großparteien. Erfreulich mutet allein die Tatsache, daß es immer auch alternative Organisationsformen gab, paradox aber, daß auch diese stets parteibezogen waren und sind. Neues ist kaum noch denkbar. Unabhängig davon, daß Schönredner gegenwärtiger Verhältnisse gern die Parteiendemokratie als Gipfelpunkt massenpartizipatorischer und emanzipatorischer Wirksamkeit bezeichnen, liegt der Gedanke nahe, daß sich die durch bisherige Parteien repräsentierten Existenzformen gesellschaftlicher Organisiertheit erschöpft haben. Folgt man ihm, würde es sich lohnen, über die Verbesserung der Verhältnisse durch einzelne Parteien, aber auch über generelle Alternativen zum bestehenden Parteienwesen nachzudenken. Auf jeden Fall kann ich mir keine mit Aussicht auf Erfolg agierende sozialistische Partei vorstellen, die nicht auch die parteiengeschichtlichen und die parteientheoretischen Aspekte ihres Ringens reflektiert, die nicht ihren Platz im Parteienwesen zu bestimmen trachtet und die nicht selbst ihre Organisationsformen dem Interesse der Zukunft zuzuordnen bereit ist.

Kurt Pätzold

Die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg Legendenbildung und Geschichtswissenschaft *

Kein zweites Ereignis in der Geschichte des 20. Jahrhunderts wurde von Historikern derart intensiv erforscht wie der Zweite Weltkrieg, der mit dem deutschen Angriff auf Polen in Europa begann und mit Japans Kapitulation in Asien endete. Die längst nicht mehr überschaubare Zahl an wissenschaftlichen Publikationen befaßt sich zumeist mit kriegs- und militärgeschichtlichen Ereignissen, mit strategischen, operativen und taktischen Plänen und deren Ausführung oder Scheitern, mit Teilkriegen, Feldzügen, Schlachten und selbst mit Gefechten. Wie nach jedem Krieg, seit deren Geschichte von Chronisten verzeichnet wird, war das Bedürfnis der Feldherren und Befehlshaber nach der Darstellung ihrer Taten und Verdienste groß. Es steigerte sich jeweils, wenn über die Anteile an Siegen oder Niederlagen gestritten wurde, sei es innerhalb von Staaten, sei es nach Koalitionskriegen die Staatsgrenzen überschreitend. Sozialgeschichtliche Fragestellungen, die sich auf den Kriegsalltag der Masse der Teilnehmenden, Soldaten und Zivilisten, richteten, traten gegenüber den traditionellen Kriegsgeschichten auch nach 1945 wieder weit in den Hintergrund und sind in vielen Ländern dort bis heute geblieben. Bald begann der Kalte Krieg die Weltkrieg-II-Forschungen zu beeinflussen und sie vielfach auch zu verderben.

In der Geschichte der Erforschung der Ereignisse und Zusammenhänge dieses Krieges läßt sich zwischen den Staaten eine bemerkenswerte Ungleichzeitigkeit feststellen. So trat die Historiographie des Landes, das in Europa lange Zeit die Hauptlast des Kampfes gegen den faschistischen

* Vortrag vor der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 20. Januar 2000. Die Anmerkungen sind mit Rücksicht auf den verfügbaren Platz verkürzt. Das war zu rechtfertigen, da der Autor zum Gegenstand in diesem Jahr eine umfassendere Abhandlung Ursprung und Geschichte der Wehrmachtslegende vorlegt, die im Leipziger Militzke Verlag erscheinen wird. (Die Redaktion)

Mächteblock trug, spät in Erscheinung. Sowjetische Publikationen von Gewicht – sei es nur im Faktologischen – gab es noch anderthalb Jahrzehnte nach Kriegsende nicht. Zu diesem Zeitpunkt, etwa 1960, hatten die Reihen der amtlichen und offiziösen Darstellungen der Weltkriegsgeschichte in mehreren Ländern – so in Großbritannien und in den USA – hingegen bereits zweistellige Zahlen erreicht. Selbst in Italien war eine entsprechende Ausgabe bis zum elften Band vorangekommen. Nichts deutet darauf hin, daß J. W. Stalin der Aufgabe, die Geschichte dieses Krieges schreiben zu lassen, besondere Bedeutung zumaß. Möglicherweise meinte er, daß seine aus der Kriegszeit stammenden und im unmittelbaren Nachkrieg gehaltenen Reden ausreichende Orientierung boten.

Auch in den Auseinandersetzungen und Wirren nach dem Tode des Generalissimus kam die sowjetische Geschichtsschreibung über den Krieg nur schwer in Gang. Die sich fortschleppende widerwissenschaftliche Ausprägung der Beziehungen zwischen Politik und Geschichtswissenschaft türmte neue Hindernisse auf. Das tat beispielsweise der Sturz des wichtigsten und verdienstvollsten unter den Heerführern und Generalstäblern an der Seite des Obersten Befehlshabers. Des Marschalls G. K. Shukow „Fall" mußte zur Begründung eines merkwürdigen Schrittes herhalten. Die Leitung der Arbeiten an der ersten mehrbändigen Darstellung des Krieges – seit ihrer Inangriffnahme war nach Kriegsende mehr als ein Jahrzehnt vergangen – wurde in Moskau nicht dem Militärgeschichtlichen Institut, sondern dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU übertragen. An deren Spitze trat mit E. A. Boltin ein Historiker, der es im Kriege bis zum Generalsrang gebracht hatte. Während einer Rede, die er auf der deutsch-sowjetischen Historikerkonferenz in Berlin 1957 hielt, erklärte er, daß die sowjetische Historiographie den namentlich in der Bundesrepublik inzwischen weit verbreiteten kritikwürdigen Darstellungen kein ins Gewicht fallendes Werk entgegengesetzt habe. Doch gab er ein optimistisches Zukunftsbild. Er kündigte eine fünfbändige Darstellung an.[1] Deren erster Band lag 1961 auch in deutscher Übersetzung vor. Die ebenfalls avisierte mehrbändige Sammlung von Dokumenten erschien hingegen nie. Boltin verlangte auch eine enge Zusammenarbeit der sowjetischen und der deutschen Historiker in der DDR, ein Schritt, der ihm vor allem als Hilfe für die letzteren galt.

In der DDR, das weisen ihre Beiträge der erwähnten Konferenz von 1957

und auch der folgenden von 1959 aus, wurden erst zu diesem Zeitpunkt unsichere und zaghafte Schritte auf dem Wege der Erforschung dieses Krieges gegangen.[2] Vordem waren auf dem noch ärmlichen Buchmarkt nahezu ausschließlich Publikationen aus der Feder von Politikern erschienen, die forschend und mit dem Hintergrund des Zeitzeugen Überblicke über den Zeitabschnitt von 1933 bis 1945 gaben.[3] Von den bürgerlichen Forschern ebenso wie auch aus der kleinen Gruppe von Historikern und anderen Gesellschaftswissenschaftlern, die aus dem Exil nach Deutschland und in die Sowjetische Besatzungszone zurückgekehrt waren, beschäftigte sich kaum jemand anhand von Quellen mit der Geschichte dieses Krieges, deren wichtigste zugriffsbereite damals die 42 bändige Veröffentlichung über den Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher waren. Leo Stern, durch seine Biographie dafür prädestiniert, spielte für die künftige geschichtspolitische Orientierung eine wesentliche Rolle, aber seine eigenen Beiträge erschöpften sich in polemischer Auseinandersetzung mit den westdeutschen Spezialisten der Kriegsgeschichte und den Arbeiten einflußreicher Publizisten.[4]

Eine denkwürdige Ausnahmestellung nahm in dieser Gruppe jedoch Albert Schreiner ein, der sich als Militärhistoriker bereits im Exil durch Veröffentlichungen ausgewiesen hatte, von denen der französische Generalstab, wären sie ihm nur die Aufnahme in das Lektüreprogramm seiner Kriegsschulen wert gewesen, 1940 viel hätte profitieren können.[5] Schreiner wurde der Autor des wegweisenden Aufrisses, der einer Darstellung der deutschen Geschichte von 1918 bis 1945 zugrunde gelegt werden sollte.[6] Die einschlägigen Bände erschien erst Jahre nach seinem Tode im Rahmen der 12bändigen Darstellung der deutschen Geschichte von den Anfängen bis zum Jahr 1945 und gelangten, als Hochschullehrbuch deklariert, vor allem in die Hände von Studenten.[7] Bevor eigene Forschungsarbeiten von Gewicht über den Zweiten Weltkrieg vorgelegt werden konnten, mußte sich in der DDR - wie auf anderen Feldern der Geschichtsschreibung auch – eine Spezialistengruppe für die Weltkrieg-II-Geschichte aus jungen Forschern erst entwickeln. An ihrer Ausbildung erwarb sich Ernst Engelberg während seiner Zeit als Hochschullehrer an der Leipziger Universität einen besonderen Anteil.

Erst in den siebziger Jahren gewannen Forschungen in der DDR auf diesem Felde internationale Reputation. Sie wurden vor allem in einer

Arbeitsgruppe des Zentralinstituts für Geschichte geleistet, die Wolfgang Schumann leitete. Der Titel des DDR-Unternehmens *Deutschland im Zweiten Weltkrieg* war Programm und bezeugte, das der Blickwinkel weit gewählt worden war. Von seinem Beginn bis zu seinem Abschluß waren die Arbeitsschritte an diesem Großunternehmen durch die Gleichzeitigkeit monographischer Untersuchungen und deren Verdichtung zu Kapiteln und Abschnitten des Werkes charakterisiert.

1974 lag der erste Band der ursprünglich auf vier Bände projektierten, dann auf sechs erweiterten Darstellung vor.[8] Er erregte, da ein westdeutsches Pendant ungeachtet des Umfangs der in der BRD entstandenen Einzeluntersuchungen nicht in Sichtweite war, augenblicklich besondere Aufmerksamkeit. Andreas Hillgruber, seit der Mitte der fünfziger Jahre mit der Weltkriegsgeschichte forschend befaßt, zuletzt Ordinarius an der Universität Köln und in der BRD unstreitig lange deren herausragender Kenner, erblickte im Erscheinen dieses Bandes eine Herausforderung. Er bemerkte, es könne der westdeutsche Vorsprung bei der Erforschung des Krieges verloren gehen und die DDR mit diesem Werk auch international, so in Staaten der Dritten Welt, Einfluß gewinnen. Die ostdeutsche Initiative bewirkte, daß in Westdeutschland ein ähnliches Vorhaben, dort unter der Federführung des dem Bundesministerium für Verteidigung nachgeordneten Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (damals Freiburg, jetzt Potsdam) in Angriff genommen wurde. Sie beeinflußte auch dessen Anlage. Das auf 10 Bände vorausberechnete Großwerk unter dem Titel „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" umfaßt bisher 6 Bände und hat in seinem Fortgang mehrere Krisen durchlaufen.

Als sich Historiker der DDR auf das Terrain der Weltkrieg-II-Forschung begaben, waren dort zwei Pflöcke bereits eingeschlagen. Der eine trug Hammer und Sichel, der andere den Bundesadler. Trotz des internationalen Zurückbleibens der sowjetischen Historiographie waren von ihr Grundaussagen über die Vorgeschichte und die Geschichte des Krieges gegen Ende der fünfziger Jahre bereits getroffen. Sie galten für die Forscher in der DDR als verbindlich. Das betraf die Rolle der UdSSR in den Vorkriegsjahren und während der Vorkriegskrise (mit den Auslassungen, die deutsch-sowjetische Verträge von August und September 1939 betreffend), die Ursachen und den Charakter des Krieges (mit den an die jeweiligen politischen Interessen angepaßten, folglich wechselnden Bewertungen durch Stalin und

ihm folgend durch die Führer der Komintern), die Anteile der Mächte und Kräfte an der Zerschlagung des faschistischen Blocks, die Politik der UdSSR in der Antihitlerkoalition und viele Fragen des Kriegsverlaufs, darunter die Ursachen für die verheerenden Niederlagen der sowjetischen Armee in den Jahren 1941 und 1942 (mit der Übertreibung der Rolle des „Überraschungsfaktors" und dem Verschweigen insbesondere der folgenschweren Enthauptung der Armeekader in den Jahren 1936 bis 1938).

Zu nahezu allen diesen Fragen hatte die „westliche", insbesondere die westdeutsche Historiographie ihre Sicht festgeschrieben, die – fixiert man die sowjetische am einen Ende einer Skala aller denkbaren Antworten – das entgegensetzte markierte. Den Schwerpunkt der bundesrepublikanischen Forschungen bildeten die Rolle der Wehrmacht, verengt auf ihre Feldzüge und Schlachten und die Hervorhebung ihrer Leistungen während der Kämpfe vom Nordkap bis in den Norden Afrikas und auf den Weltmeeren. Diese Ausrichtung war durch die erste Gruppe der Kriegshistoriker erfolgt, die mit Veröffentlichungen seit dem Beginn der fünfziger Jahre hervortrat und deren Bücher den Markt in der BRD alsbald überschwemmten. Unter den Autoren waren Feldmarschälle, Generale und Admirale, zahlreiche Offiziere, die als Generalstäbler ausgebildet und eingesetzt worden waren, und versierte Militärhistoriker Insgesamt war das ein hochgeschultes Personal, das die Feder führen konnte und sich teils schon seit 1939 auf die spätere Darstellung des Krieges, freilich lange mit anderen Erwartungen seines Verlaufs vorbereitet hatte. Viele ehemalige Generale und Offiziere der Wehrmacht begannen sich unmittelbar nach Kriegsende, als sie sich in britischer oder us-amerikanischer Gefangenschaft befanden, mit der Kriegsgeschichte zu beschäftigten. Anfangs taten sie das in direktem Auftrag der Siegermächte, für dessen Ausführung ihnen angenehme Bedingungen geschaffen wurden. Andere, wegen Kriegsverbrechen inhaftiert, debattierten in Gefängnissen und fertigten dort Manuskripte an. Während die einen sich an die reichlich vorhandenen Vorbilder der Memoirenliteratur anlehnten, die nach 1918 entstanden war, orientierten andere sich an Anlage und Stil jener militärgeschichtlichen Werke, die sie vordem an Kriegsschulen und -akademien benutzt hatten. Nicht selten wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie als Lehrbücher für die im Aufbau befindliche westdeutsche Armee bestimmt wären. Auch in einem Atomkrieg könnten die Weltkrieg-II-Erfahrungen nützlich sein, hieß es

beispielsweise aus der Perspektive eines Spezialisten der Panzerwaffe wie eines Fachmanns der Seeminen.[9]

Kaum jemand setzte sich mit den politischen Zusammenhängen auseinander, aus denen der Krieg entstand, oder schenkte seine Aufmerksamkeit der Frage, mit welchen Zielen er deutscherseits geführt worden war. Ein weiteres Interesse galt allenfalls der Frage, wann und wie er sich hätte gewinnen lassen oder wie man aus ihm hätte glimpflicher herauskommen können, nachdem die vermeintlichen Chancen des eigenen Sieges vorgeblich vertan worden seien. Die Militärs erklärten sich insgesamt für die Politik als unzuständig. Für den Weg in den Krieg trügen sie keinerlei Verantwortung. Meist betonten die Autoren schon einleitend, sie würden sich ausschließlich mit Fragen befassen, die in ihrem Aufgabenbereich gelegen hätten. Doch vergaßen sie nicht zu erwähnen, daß ihnen von den Politikern, und namentlich von Hitler, eine militärisch unlösbare Aufgabe gestellt worden sei.

Indessen gab es früh auch Werke, die von diesem Grundsatz abwichen. Eines davon stammte aus der Feder des früheren Generals der Infanterie Kurt von Tippelskirch, der als Oberquartiermeister IV im Generalstab des Heeres mit der Beurteilung fremder Heere befaßt gewesen war und während des Krieges als Divisionskommandeur, Oberbefehlshaber eines Armeekorps und schließlich einer Armee verwendet wurde. Noch im Frühjahr 1945 hatte er in Mecklenburg den aussichtslosen Kampf an der „Ostfront" fortgesetzt. Auch er kannte für das Geschehene nur einen Verantwortlichen: Hitler. Dem ließ Tippelskirch jedoch nicht einmal die letzte Urheberschaft am Kriege, denn, so schrieb er, 1939 hätte ein Krieg begonnen, an dem „nur eine Macht wirklich interessiert sein konnte – die Sowjet-Union". Auch für die Entstehung des Kalten Krieges, träfe sie die Hauptschuld.[10] Doch seien auch die Westmächte an den gegenwärtigen Zuständen nicht schuldlos, hätten sie doch das Bündnis mit der Großmacht im Osten rechtzeitig aufbrechen müssen. Diplomatisch wären Amerikaner, Briten und Franzosen weit hinter dem ihm – Tippelskirch – als Weise erscheinenden Politikern zurückgeblieben, die 1815 nach dem Sieg über Napoleon nicht die Franzosen für dessen Kriege haftbar gemacht hätten.[11]

Bereits ein Jahr zuvor war eine Publikation von Kurt Assmann erschienen, der schon im Haupttitel seines Werkes das „deutsche Schicksal" in die Betrachtung einführte. Der ehemalige Vizeadmiral, ein ausgewiesener Militärhistoriker, hatte in den dreißiger und vierziger Jahren am Amtlichen

Seekriegswerk zur Geschichte des Ersten Weltkrieges (6 Bde.) mitgearbeitet. Nach Kriegsende sei er, seiner Darstellung zufolge, einem Ruf der britischen Admiralität gefolgt und hatte 3 Jahre Gelegenheit erhalten, in London Studien unter Verwendung von Unterlagen „der anderen Seite" zu betreiben. Auch er ließ sich auf eine breitere Fragestellung ein und begann im Jahre 1933 und mit einer Charakterisierung Hitlers. Der dürfe nicht schwarz in schwarz gemalt werden, denn: „Es hat auch bei Adolf Hitler, vor allem in seinen Anfängen, manche weißen Stellen gegeben, das Unglück wollte es, daß sie von den schwarzen allmählich überwuchert und schließlich ganz erstickt wurden."[12] Assmann zufolge sei Hitler nicht auf Krieg, sondern auf seine Friedensaufgaben ausgewesen, eine Version, die vollständig des „Führers" Selbstdarstellung folgte, der von den „plutokratischen Kriegstreibern" behauptet hatte, sie hätten ihn durch ihr Kriegsgelüst mitten in seinem Friedenswerk gestört. Assmann behauptete wie Hitler, der Zweite Weltkrieg sei entstanden, weil der „Hilferuf" der Deutschen in Polen gehört werden mußte, der seinen Ursprung in den Grenzregelungen von Versailles gehabt hätte. Würde nun, schrieb er, die Oder-Neiße-Grenze Wirklichkeit, werde sie zur Ursache eines „neuen Weltbrandes" werden.[13] Keine Rede könne von deutschen Weltherrschaftsplänen sein, schrieb Assmann, habe doch Hitler von Großbritannien nichts gewollt, sehe man von den lediglich aus Prestigegründen verlangten einstigen deutschen Kolonien ab. Nicht Expansion, „Bekämpfung des Kommunismus" hätte sich Hitler zur Lebensaufgabe gemacht. Daß die Wehrmacht im Kriege dann Land für Land überfiel, hätten nur militärische Gründe erfordert und zeuge nicht von Eroberungsgelüst.[14] Auch die Generale der Wehrmacht würden nichts als den Frieden gewollt haben. Früher sei ein Militärführer, der nie in einem Kriege befehligt habe, in die Rolle eines Schriftstellers oder Dramatikers gelangt, dessen Werk zu seinen Lebzeiten nie aufgeführt wurde. Doch hätte sich mit dem Wandel des herkömmlichen zum „totalen Krieg" die Mentalität der Generalität verändert. Sie sei nicht mehr darauf aus gewesen, die Waffen auch zu erproben. Assmann konnte vier Jahre nach dem Hauptkriegsverbrecher-Prozesses eine so weitgehende Unkenntnis von dessen Verlauf und Urteilen voraussetzen, daß seine Behauptung ungewagt war, derzufolge „die Legende von dem angriffslustigen deutschen Generalstab" in Nürnberg völlig zusammengebrochen sei.[15]

Nach Friedensbeteuerungen handelte der Admiral dennoch ab, wie der

Krieg deutscherseits erfolgreicher hätte geplant und vorangetrieben werden können, und wie sich, wenn schon kein Sieg zu erringen gewesen war, der „unglückliche Ausgang des Krieges" hätte vermeiden lassen. Von Anfang an habe es an der genügenden Beratung Hitlers durch sachkundige Militärs gemangelt und so etwas wie die – bei den westlichen Alliierten üblichen – „round table conferences"[16] gefehlt. Jedoch habe die Vorsehung im Frühjahr 1941dem Führer geradezu die Hand gereicht. Die sei aber ausgeschlagen worden. Einmal in Griechenland am östlichen Nordrand des Mittelmeers angekommen, bot sich der Weg nach Suez und in den vorderen Orient an. Das geschlagene Frankreich hätte unter Pierre Laval zu einem Wechsel der Koalition gebracht, sodann Spanien als Kriegsverbündeter gewonnen, Gibraltar erobert werden können usw.[17] Den Überfall auf die UdSSR hielt Assmann für einen Fehler. Indessen: Zwar sei dies ein Präventivkrieg im engeren Sinne nicht gewesen, „doch auf lange Sicht gesehen" hätte Hitler die Situation richtig beurteilt, denn der „bolschewistische Imperialismus" wäre eines Tages aggressiv hervorgetreten. Nur Hitlers Ableitung aus dieser Erkenntnis sei falsch gewesen. Hätte er den Krieg gegen Großbritannien erfolgreich weitergeführt, dann wäre Deutschland stark und unangreifbar und die kommunistische Gefahr dauernd abgewendet worden. So aber existiere als Folge der deutschen Kriegsniederlage die Barriere gegen diese Gefahr nicht mehr.[18] Gegenüber dem Konzept von der ausgeschlagenen Hand der Vorsehung wurden die Erörterungen über den 1941 – nicht anders als einst unter Napoleons Befehl geschehen – um Wochen verspäteten Angriffsbeginn und die Frage, was die Einnahme von Moskau bedeutet haben könnte, zweitrangig.[19]

Assmann ließ sich, anders als viele andere Autoren, die in jenen frühen Jahren das Thema mieden, auch auf Erwägungen zu den Plänen ein, Hitler zu beseitigen. Zuerst hätten das die Westmächte durch das 1938 in München geschlossene Abkommen verhindert. Dann habe der Beginn des Krieges blockierend gewirkt, weil jeder Soldat verpflichtet gewesen sei, für den Sieg zu kämpfen. Danach machten militärischen Erfolge ein Vorgehen unmöglich, würden die Deutschen in diesem Moment einen Angriff auf den „Führer" am wenigsten verstanden haben. Doch auch die Etappen der Niederlagen seien für solche Aktion ungünstig gewesen, hätte sie doch nun keinerlei Erfolgsaussicht versprochen, weil die bedingungslose Kapitulation gefordert worden war. Hut ab bekannte und verlangte Assmann, der sich von

der „Bewegung des 20. Juli" distanzierte, am Ende versöhnend sowohl vor denen, die wie er den Eid auf Hitler gehalten, wie vor anderen, die ihn gebrochen hatten. Schimpf und Schande wünschte er hingegen auf alle herab, die als Verräter mit dem Feinde kollaboriert hätten.[20]

Die Herangehensweisen von Tippelskirch und Assmann, so einflußreich sie wurden, stellten Ausnahmen dar. Die übergroße Zahl der Abhandlungen blieb streng beim Detail. Davon kann hier nur ein Überblick gegeben werden. Bis zum Ende der sechziger Jahre gab es faktisch kein wesentliches Ereignis aus der Geschichte der Feldzüge der Wehrmacht, das nicht wenigstens eine, mitunter bereits mehrere spezielle Darstellungen erfahren hätte. Das galt nicht nur für kompakte Kriegshandlungen, sondern auch für einzelne Schlachten und selbst für Handstreiche, also für Narvik und Eben Emael, für Dünkirchen und El Alamein usw. Die meisten Publikationen aber hatten denKrieg gegen die UdSSR zum Gegenstand. In ihnen spiegelte sich nicht nur dessen Bedeutung wieder, sondern auch, daß die deutschen Hauptkräfte dort gekämpft hatten und die Niederlagen den Militärs mit Ostfront-Erfahrungen tief in das Gedächtnis eingeprägt waren. Auch die Sieger und neuen Verbündeten zeigten sich an der Durcharbeitung dieser Feldzüge besonders interessiert.

1960 lagen u. a. Untersuchungen über die Vorstöße der vier Panzerarmeen im Jahre 1941 vor, die im Konzept des geplanten „Blitzkrieges" die ausschlaggebende und siegbringende Kraft hatten darstellen sollen. Dabei war nahezu ausnahmslos von den Kriegshandlungen an der Front und in der Nähe der jeweiligen Hauptkampflinie die Rede. Die Rolle der Sicherungsdivisionen im Hinterland, das Schicksal der Kriegsgefangenen oder das der Zivilbevölkerung im eroberten Gebiet blieb ausgespart oder wurde nur ausnahmsweise erwähnt, wenn – wie im Falle des Feldmarschalls Erich von Manstein – später erhobene Anklagen und Gerichtsurteile das unumgänglich machten. Mehrfach wurde eingestanden und mit den altbekannten antibolschewistischen Argumenten gerechtfertigt, daß der Krieg im Osten sich von dem in anderen Gebieten unterschied, was in dieser Absolutheit der Aussage den Tatsachen des Krieges auf dem Balkan widersprach. Jedoch bot der „Ostkrieg" für die Darstellung der „Ritterlichkeit" der Kriegführung und für Lobhudeleien auf die „saubere Wehrmacht" wenig glaubhaft zu machendes Material.

Die Legende von der an den Verbrechen unbeteiligten Wehrmacht knüpf-

te sich vor allem an den Krieg „im Westen", in Nordafrika, an Luftkämpfe und Seeschlachten. Sie besaß ihren Ursprung bereits in Kriegszeiten, war sie doch seit 1939 in Zeitungen und Zeitschriften, in den Vorläufern der späteren „Landserhefte", durch die Filmwochenschauen und nicht zuletzt auch in Befehlen verbreitet worden. In einem Tagesbefehl des Kommandeurs an die Soldaten seiner Infanterie-Division, erlassen am 26. Oktober 1941, hieß es im Abschnitt „Manneszucht": „Die 251. Infanterie-Division wird eine Division sein und bleiben, die ... (im Kampf – K. P.) nie vergißt, ihren Ehrenschild rein und fleckenlos zu erhalten. Der Soldat des nationalsozialistischen deutschen Reiches ist kein Landsknecht, sondern Kämpfer und Vertreter des größten Kulturvolkes der Welt."[21] Was hier von einer Einheit behauptet wurde, beanspruchte der letzte Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 9. Mai 1945 für alle Soldaten. Nun wäre „ein fast sechsjähriges heldenhaftes Ringen zu Ende" gegangen. Nach großen Siegen, aber auch schwere Niederlagen sei die Wehrmacht einer gewaltigen Übermacht erlegen. Der deutsche Soldat habe für immer Unvergeßliches geleistet. Die wichtigsten Sätze gegen Ende des Berichts lauteten: „Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden." Und: „Der deutsche Soldat kann deshalb die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen".[22] Der Text enthielt das sprachliche Kernmaterial für den gewünschten Rückblick auf den Krieg lückenlos: Siege und Niederlagen, Übermacht, Eid, Treue, Gehorsam, Disziplin, Leistung, Ruhm, Ehre, Opfer, Stolz. Die Urlegende war formuliert, was folgte waren Bekräftigungen, Ableitungen und Variationen.

An ihnen arbeiteten Militärs, angefangen von ihren Zeugenaussagen in Nürnberg und dann in ihren für den Massenkonsum bestimmten Publikationen weiter, denn die Selbstgewißheit vorgebende Erklärung, das Urteil über sich und ihre Soldaten solle der Geschichte überlassen bleiben, hatten Generale und Admirale nicht sonderlich ernst gemeint. So findet sich in ihren Memoiren der von Karl Dönitz, Wilhelm Keitel und Alfred Jodl im Mai 1945 verabschiedete OKW-Schlußtext immer wieder. Der ehemalige Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Franz Halder, lobte in einem Geleitwort ein Buch, in dem er „die überall mitschwingende bewundernde Anerkennung des Geistes und der soldatischen Leistungen des deutschen Frontkämpfers und seiner Führer" angetroffen hatte.[23] Der ehemali-

ge Generalfeldmarschall Albert Kesselring forderte „Stolz auf die Taten unserer Wehrmacht".[24] Assmann hatte die „unvergleichlichen Leistungen der deutschen Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft" hervorgehoben.[25] Generaloberst Heinz Guderian, einer der Nachfolger auf Halders Platz an Hitlers Seite, hielt es sechs Jahre nach Kriegsende für angezeigt, den Ruhm seiner alten Soldaten „der Vergessenheit" zu entreißen.[26] Aus keiner der vielen Wortmeldungen sprach Trauer darüber, daß unter der Befehlsgewalt dieser Militärs, die unversehrt überlebt hatten, Millionen[27] Deutscher auf Schlachtfeldern elend umgekommen waren. Alle Toten und Tode schienen gerechtfertigt.

Mitunter, so bei Kesselring geriet die Sprache, in der über den Krieg berichtet wurde, in die Nähe der Berichterstattung über Sportereignisse, wenn es hieß, es seien „Klingen gekreuzt" worden, oder wenn von einem „Spiel" geschrieben wurde, das hätte gewagt werden sollen oder müssen.[28] Kesselring betonte seine Absicht, mit seinen Memoiren „ein Ehrenbuch für unsere Wehrmacht zu schaffen"[29] und „unseren hervorragenden deutschen Soldaten" ein „Denkmal zu setzen" [30], und verlangte, „stolz auf die Taten unserer Wehrmacht" zu sein.[31] Werner Baumbach, einer der hochdekorierten Kriegsflieger, bezeichnete den „Krieg im Mittelmeer" als „Ruhmesblatt in der Geschichte deutschen Soldatentums" und versicherte, der „Soldat an allen Fronten" habe „in diesem Kriege Leistungen vollbracht, denen eine objektive Geschichtsschreibung einmal die gebührende Würdigung nicht versagen wird.[32]" Nicht anders der letzte Militärkommandant von Paris, der den Truppen der Wehrmacht nachrühmte, daß sie „bis in den Tiergarten von Berlin dem Feinde Widerstand leisteten." Prophetisch schloß der einstige Infanteriegeneral: „Keine Worte werden je ausreichen, um das Heldenlied der deutschen Soldaten zu singen."[33] Das Traditionsverständnis von dem der ehemalige Generalleutnant Hans Speidel geleitet wurde, drückte sein auf die sogenannte Lapplandarmee gemünztes Lob aus, die zwar „keine nach außen hin glänzenden Waffentaten" vollbracht habe, jedoch „nicht minder groß leuchten Leistung und Haltung von Führung und Truppe, die auf scheinbar verlorenem Posten stärker waren als das Schicksal und in den Operationen ‚Birke' und ‚Nordlicht' Natur und Feind überwanden.[34]" Wieder und wieder tauchte in den Memoiren die „Welt von Feinden" auf, der sich die deutschen Soldaten solange erwehrt hatten. Wilhelm Ritter von Leeb, beim Überfall auf die UdSSR 1941 Oberbefehlshaber der Heeres-

gruppe Nord, wünschte sich, daß die Soldaten der Bundeswehr vom „gleichen Geist der Treue, der Hingabe, der Kameradschaft, des Durchhaltens und der Opferbereitschaft beseelt" sein mögen wie die der Wehrmacht. [35]

Heute wird nicht bestritten, daß dieses Geschichtsbild in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik vorherrschend wurde und dann Jahrzehnte dominierte. Daß es diesen Platz besetzen konnte, dafür war eine Anzahl begünstigender Bedingungen verantwortlich. Zuerst und vor allem die Tatsache, daß die Bundesrepublik sich auf dem Wege in einen neuen militärischen Verbund befand. Die Spezialisten der Wehrmacht, sofern sie nicht durch verbrecherische Befehle oder deren Durchführung extrem belastet waren, sollten für den Aufbau der Bundeswehr gewonnen werden. Außenpolitisch hatte das zur Folge, daß in den Staaten der einstigen Siegermächte und nunmehr der Verbündeten in spe Verfälschungen der Kriegsgeschichte immer weniger widersprochen wurde. Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer und der erste Bundespräsident, Theodor Heuß, setzten sich in persona für die moralische Rehabilitierung auch verurteilter Kriegsverbrecher ein. Als der einstige Fallschirmjägergeneral Bernhard-Hermann Ramcke, ein Haudegen schon des Ersten Weltkrieges, nach verbüßter Haft in die Bundesrepublik kam, wurde er gleichsam auf dem Heimweg von Adenauers Staatssekretär Franz Josef Strauß empfangen. Dann feierte ihn eine Volksmenge in der schleswig-holsteinschen Kleinstadt, in die er zurückkehrte, enthusiastisch. Wochen später sprach er auf einem Treffen von 5.000 ehemaligen Fallschirmjägern in Braunschweig und wandte sich gegen die Haltung des „Ohne uns", knüpfte an die Mitwirkung der „Ehemaligen" am Aufbau der Bundeswehr die Bedingung, daß alle „Kameraden" aus Haft und Gefangenschaft entlassen werden müßten.

Heuß trug zur Einnebelung der Vergangenheit u. a. durch eine – nach dem Ende seiner Präsidentschaft – gehaltene Rede anläßlich des 150jährigen Bestehens der Kruppwerke in Essen bei und konnte dort erklären, der inzwischen wieder an der Spitze des Konzerns stehende Chef sei wegen der doch in vielen Ländern üblichen und nicht als strafbar geltenden Waffenproduktion verurteilt worden. Zwölf Jahre nach dem Ende der Nürnberger Prozesse konnte auch er darauf vertrauen, daß sich kaum jemand an die Urteile sowie deren Begründungen zu erinnern vermochte, die Gerichte der Alliierten gegen Militärs, Politiker und Industrielle ausgesprochen und formuliert hatten. Zu dieser „Vergeßlichkeit" trug die Publikationspolitik lange bei.

Während in der DDR Dokumentenbände[36] erschienen, die eine Auswahl von Quellen lesbar machten, die von den verübten Kriegs- und Menschheitsverbrechen zeugten, und der Völkerrechtler und Rechtshistoriker Peter Alfons Steiniger schon vordem zwei Bände aus den Akten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses[37] vorgelegt hatte, existierte in Westdeutschland über Jahrzehnte nichts Vergleichbares.

Daß das verfälschte Geschichtsbild über den Zweiten Weltkrieg und die Wehrmacht so lange unangefochten blieb, besaß eine weitere Bedingung im Verhalten der Historikerzunft. Daß die bereits aus den faschistischen Jahren mit dem Regime verquickten und ihm dienenden Historiker kein Interesse an der Wahrheitsfindung besaßen, und sie besetzten die Lehrstühle der Universitäten, bedarf keines Kommentars. Doch wirkten die gesellschaftlichen Zustände in den fünfziger Jahren auch auf die Forscher einer neuen Generation. Auch sie wichen den Kernfragen aus und begaben sich ebenfalls auf das weniger unebene Feld der Darstellung von Kriegshandlungen. Auf diese Weise ließen sich Konflikte umgehen, und die beispielsweise in dem einflußreichen Arbeitskreis für Wehrforschung gewonnenen Kontakte der meist jüngeren Forscher mit den einstigen Wehrmachtsgeneralen blieben unbeschädigt. An der Wiege der zunftmäßigen bundesrepublikanischen Weltkrieg-II-Historiographie standen Militärs, die wachten, daß ihr und das Bild der Wehrmacht so rein blieb, wie sie es entworfen hatten. Andreas Hillgruber, der sich später auf diesem Gebiet hohes Verdienst erwarb, griff 1953 in den eben gegründeten *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* den amerikanischen Forscher Gerhard L. Weinberg an, der die These vom Präventivkrieg gegen die UdSSR anhand von Dokumenten zerzaust hatte.

In den siebziger Jahren wurden diese Wege verlassen. Den herausragenden Beitrag zur Erforschung der Weltkriegsgeschichte leisteten Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes unter dem Leitenden Direktor Manfred Messerschmidt, der über den Kreis der Spezialisten hinaus durch sein geschichtspolitisches Engagement und zudem infolge seiner Mitwirkung in der Kommission bekannt wurde, die sich mit der Kriegsbiographie des früheren Generalsekretärs der UN und damaligen österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim befaßte. Mit Bezug auf die quellengesättigten Publikationen dieser Expertengruppe und im Hinblick auf den Beitrag, den Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München unter dem Direktorat Martin Broszats geleistet hatten, konnte rechtens

gesagt werden, es biete die zuerst 1995 gezeigte Ausstellung des Hamburger Instituts mit dem Titel *Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944* nichts Neues, d. h. nichts, was nicht in der Bundesrepublik gewußt werden konnte, vorausgesetzt nur, es hätte ein Interesse an solchem Wissen existiert.

Nur eben: weder der Staat noch einflußstarke parteipolitische Kräfte hatten ein solches Interesse geweckt, sondern vielmehr war durch sie der Legendenbildung lange Vorschub geleistet worden. Dagegen waren die Historiker und anderen Sozialwissenschaftler nie – um den hier im Sinne der Militärs benutzen Begriff zu gebrauchen – angetreten. Die Motive dieses Verhaltens mögen mehrschichtig sein und vom Selbstverständnis der Zunft bis zur politischen Konfliktscheu reichen. Unstrittig ist, daß so über Jahrzehnte ein friedliches Nebeneinander zwischen den Verfechtern der Legende und denen bestand, die massenhaft Wissen anhäuften, das diese Legende komplett widerlegte. Letztere konstatierten nun, es sei mit dieser Ausstellung erreicht worden, was sie zu erzeugen außerstande gewesen waren. Die Fragen beginnen jedoch erst hinter dieser Feststellung.

Die Spezialisten in der DDR-Historiographie haben sich mit der Literatur, die in der Bundesrepublik über den Zweiten Weltkrieg erschien, permanent in kritischen Besprechungen befaßt, sofern es sich um Werke wissenschaftlicher Natur handelte. Seit 1975 durch eine Konferenz in Weimar mit internationaler Beteiligung auch persönliche Kontakte mit Forschern aus der BRD hergestellt waren, riß die Verbindung über die Grenze nicht mehr ab. Die ostdeutsche Forschergruppe wurde gleichberechtigtes Mitglied in der Internationalen Kommission zur Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und entsandte einen ihrer Vertreter auch in deren leitendes Gremium. Auf den im Abstand von fünf Jahren stattfindenden Kongressen der internationalen Historiker-Organisation hielt diese Kommission eigene Sitzungen ab. Spezialisten aus der DDR waren daran regelmäßig als Vortragende beteiligt.

Von veränderten Beziehungen der Forscher in den beiden deutschen Staaten zeugte die mit dem Blick auf den fünfzigsten Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges in Angriff genommene Arbeit, die den Titel *Die deutschen Eliten und der Zweite Weltkrieg* erhalten sollte. Kurz vor deren Abschluß wurde das Vorhaben durch eine Intervention aus dem Zentralkomitee der SED gestoppt, ohne daß dafür auch eine nur die DDR-Betei-

ligten überzeugende Argumentation gegeben wurde. Die derart Bevormundeten halfen obendrein, die wahren, aber ungenannten Gründe mit einer eigenen Erklärung einzunebeln. Die jeweiligen Aufsätze erschienen dann in der DDR und in der BRD in gesonderten Druckwerken.[38]

Wie auf anderen Feldern des Faches auch brachen die in den Jahren der Zweistaatlichkeit entstandenen Beziehungen nach 1990 mit der Liquidierung der Institute alsbald und abrupt ab, die in Berlin und Potsdam an den Forschungen über den Zweiten Weltkrieg vor allem beteiligt gewesen waren. Dazu mag auch der frühe Tod Martin Broszats, des Leiters der Instituts für Zeitgeschichte München, beigetragen haben, eines Mannes von außerordentlicher Sachlichkeit, der sich für diese Arbeitskontakte in der Bundesrepublik besonders eingesetzt hatte. Im Unterschied zu den rabiaten Verfahren der Beseitigung ganzer Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Hochschulen wurde mit der Forschergruppe der am Potsdamer Institut für Militärgeschichte tätigen Angehörigen der Nationalen Volksarmee vergleichsweise moderat verfahren. Das jetzt dorthin übergesiedelte, vordem in Freiburg etablierte Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr unterhält lose, aber beständige Kontakte mit einstigen DDR-Spezialisten.

Darin mag sich auch Respekt vor einer Leistung äußern. Ein einziges auf die Erforschung der Geschichte des 20. Jahrhunderts gerichtetes Vorhaben der Historiker der DDR hat das Jahr 1990 überdauert. Es geht in seinem Ursprung auf die 6-bändige Darstellung *Deutschland im Zweiten Weltkrieg* zurück. Nach deren Erscheinen wurde in den achtziger Jahren die Dokumenten-Edition *Europa unterm Hakenkreuz* in Angriff genommen, wobei daran gedacht war, jeweils zu den 50. Jahrestagen des deutschen Überfalls einschlägige Quellen in einem Band zu publizieren, der insbesondere die politischen, ökonomischen, militärischen und sonstigen Interessen der Besatzungspolitik erfaßte. Diese Reihe begann 1988 mit dem Band über (den Sonderfall) Österreich und die Tschechoslowakei zu erscheinen[39] und fand 1989 und 1990 mit den Bänden über Polen und Frankreich ihre Fortsetzung. Nach dem Ende der DDR und des Verlags der Wissenschaften wurde das Projekt jedoch nicht abgebrochen. Das Bundesarchiv Koblenz, heute Berlin-Lichterfelde, nahm es auf, so daß es inzwischen vollständig und mit einem analytischen Band abgeschlossen werden konnte.[40] Es dürfte für längere Zeit zur Standardliteratur gehören. 1999 ist auch die von Dietrich

Eichholtz verfaßte und 1969, 1984 und 1996 gedruckte dreibändige *Geschichte der Kriegswirtschaft* in einem internationalen Verlag als Reprint erschienen. Überblicksdarstellungen und Dokumenten-Editionen aus DDR-Zeit sind heute in Antiquariaten gefragt und dort selten und zu erheblichen Preisen zu kaufen. Sie sind in Handapparaten mancher Universitätsbibliotheken greifbar, deren Installateure indessen von Ort zu Ort ganz unterschiedlich und manche als Bücherstürmer verfuhren.

Um so mehr verwunderte 1998 die Herausgabe einer in Auswahl vorgelegten Bibliographie zur Weltkrieg-II-Forschung, die auf Veranlassung des erwähnten internationalen Komitees entstand und von einem niederländischen Historikers angefertigt worden war. Sie ignorierte die Publikationen aus DDR-Zeit und von ostdeutschen Forschern glatt. Auf eine Initiative der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung hin wurde darauf mit einem Protest reagiert, der nicht nur den Eingang von Entschuldigungsschreiben deutscher und ausländischer Mitgliedern des leitenden Gremiums zur Folge hatte, sondern auch die Einladung, durch den Druck eines gesonderten Bandes das falsche Bild zu korrigieren.[41] Das Manuskript wurde inzwischen übersandt.

Die Deutschen in der Bundesrepublik haben über die ominöse Jahrhundertschwelle sowohl die lange Buchreihen füllende Produktion von wissenschaftlicher Literatur über den Zweiten Weltkrieg mitgenommen wie auch die Wehrmachtslegende. In den Buchhandlungen sind in 15. Auflage die beiden wohl meist verkauften Memoirenwerke von Wehrmachtsbefehlshabern wohlfeil zu kaufen, von Mansteins *Verlorene Siege* und Guderians *Erinnerungen eines Soldaten*. Daß die Ausstellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944 einer Reparatur unterzogen werden mußte, ließ nicht nur aus dem Kreise ihrer bekannten, weil früher schon hervorgetretenen Gegner Stimmen laut werden, sie gehöre für immer in die Rumpelkammer. Jüngst hat der Leiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, dessen Berufung und Wirken einen Bruch mit der Tradition der Einrichtung markiert, sich in die Frontlinie gegen die Ausstellung begeben und ihren Autoren die Schuld dafür angelastet, daß sich rechtsextreme Kräfte durch sie herausgefordert sahen und ihr Einfluß erstarkte.[42] Horst Möller, einer der einflußreichen Historiker der Bundesrepublik, trug alle wesentlichen Argumente erneut vor, die in Leserbriefspalten von Regionalzeitungen überall gedruckt wurden, wo die Ausstellung zu sehen war. Diese

sei „im Kern" verfehlt und mißlungen. Sie betreibe Legendenbildung und „schaukele" alte Legenden gar hoch. Möllers Forderung lautet, es müßten die Verbrechen „der Anderen" zusammen mit denen der Deutschen gezeigt werden, so beispielsweise, daß deutsche Kriegsgefangenen in der UdSSR „ebenso elend zugrunde gingen" wie sowjetische in deutschen Lagern. Verlangt wird, zwischen „völkerrechtlich anerkannten Formen der Bekämpfung von Partisanen" und „der massenhaften und willkürlichen Erschießung von Zivilisten" zu unterscheiden. Behauptet wird, daß diese Bekämpfung deutscherseits die Antwort auf den „von Stalin massenhaft völkerrechtswidrig, systematisch und unter Anwendung zum Teil barbarischer Kampfmethoden" organisierten Partisanenkampf gewesen sei. Es müsse, das sei die entscheidende Frage, die Barbarisierung des Krieges im 20. Jahrhundert untersucht werden, die das Resultat des Wirkens von Ideologien und hier wieder des „Nationalsozialismus" und des „Bolschewismus" wäre. Im Grunde zielt der Vorstoß darauf, die Wehrmacht zu einer „normalen Armee" im eben zu Ende gegangenen Jahrhundert zu erklären. Daß nicht zu leugnende Verbrechen vorkamen, wird u. a. der Tatsache angelastet, daß „die national-konservativ, preußisch, traditionalistisch orientierten Offiziere (in der Wehrmacht) längst eine kleine Minderheit" darstellten und auch damit erklärt, daß die an Menschenzahl schwache kleine „regierende" Militärverwaltung im Jahre 1942 im eroberten sowjetischen Gebiet, das inzwischen dreimal so groß gewesen sei wie die heutige Bundesrepublik, schließlich nicht den Überblick behalten konnte. Diese Wortmeldung zeigt am deutlichsten an, daß der Streit um die Wehrmacht in eine neue Phase eingetreten ist.

Fußnoten

1 Evgeni A. Boltin, Über den Stand und einige Probleme der Erforschung der Geschichte des zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (fortan: ZfG), VI (1958), H. 5, S. 990f.

2 Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957, Bd. 2, Berlin 1958 und Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, 5 Bde., Berlin 1960–1962.

3 Walter Bartel, Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933–1945, Berlin 1956. Das Manuskript erschien zuerst als ein vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut im Auftrag des Ministerium für Volksbildung herausgegebener Lehrbrief (Geschichte Nr. 20).

Es wurde seit 1955 in einer erneuten Ausgabe auch in den 12. (Abitur-)Klassen der allgemeinbildenden Schulen verwendet. Zuvor: Otto Winzer, Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands 1933–1945, Berlin 1955).

4 S. beispielsweise sein Referat im Protokoll der deutsch-sowjetischen Konferenz von 1957 (Anm. 2): Leo Stern, Die Haupttendenzen der reaktionären Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg.

5 (Albert Schreiner), Hitler treibt zum Krieg. Dokumentarische Enthüllungen über Hitlers Geheimrüstungen. Hg. Dorothy Woodman, Paris 1934.

6 Albert Schreiner, Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1918–1945). In: ZfG, II (1954), H. 5, S. 702ff.

7 Der Zeitraum der faschistischen Diktatur wurde in zwei Bänden behandelt: Erich Paterna u. a., Deutschland 1933–1939, und Deutschland 1939–1945, jeweils Berlin 1969 (= Lehrbuch der deutschen Geschichte – Beiträge, Bd. 11 u. 12).

8 Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Wolfgang Schumann, 6 Bde. Bd 1: 1974, 2: 1975, 3: 1979, 4: 1981, 5: 1984, 6: 1986, sämtlich Berlin.

9 Aus einer Vielzahl von ähnlichen Äußerungen s. Ferdinand Maria von Senger und Etterlin, Die deutschen Geschütze. Mit einem Geleitwort von Dipl. Ing. Generalleutnant Erich Schneider, München 1960, 2. Aufl. und Winfried B. Hagen, Operative Probleme des Minenkrieges. In: Jürgen Rohwer (Hg.), Seemacht heute. Beiträge führender amerikanischer und deutscher Fachleute. Mit einem Geleitwort von General Heusinger, Oldenburg 1957, S. 218f.

10 Kurt von Tippelskirch, Geschichte des zweiten Weltkrieges, Bonn 1951, S. 6 u. 605.

11 Ebenda, S. 606.

12 Kurt Assmann, Deutsche Schicksalsjahre. Historische Bilder aus dem zweiten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte, Wiesbaden 1950.

13 Ebenda, S. 541f.

14 Ebenda, S. 537ff.

15 Ebenda, S. 471.

16 Ebenda, S. 534. Auch Kesselring, ob aus eigenem Überlegen oder Assmann folgend, fand heraus, daß es an einem Kriegskabinett und an einem „wohldurchdachten" Kriegsplans gefehlt habe. Albert Kesselring, Gedanken, S. 44.

17 Ebenda, S. 529 u. 532f.

18 Ebenda, S. 536f.

19 Ebenda, S. 285.

20 Ebenda, S. 486.

21 Zitiert in Hans Meier-Welcker, Aufzeichnungen eines Generalstabsoffiziers 1939–1942. Hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg 1982 (= Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges, 26) S, 217.

22 Die Wehrmachtsberichte 1939–1945. Bd. 3: 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945, München 1985, S. 569.

23 (Generalmajor) Hans Doerr, Der Feldzug nach Stalingrad, Versuch eines operativen Überblicks, Darmstadt 1955.

24 Albert Kesselring, Gedanken zum zweiten Weltkrieg, Bonn 195,. S. 192.

25 Kurt Assmann, Deutsche Schicksalsjahre. Historische Bilder aus dem zweiten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte, Wiesbaden 1950, S. 533.

26 Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 423.
27 Die Ermittlung einer auch nur annähernd genauen Zahl der deutschen Kriegstoten war auch mehr als vier Jahrzehnte nach dem Ende des Krieges noch nicht erfolgt. S. dazu: Rüdiger Overmanns, Die Toten des Zweiten Weltkrieges in Deutschland. In: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, hg. von Wolfgang Michalka, München 1989, S. 858ff.
28 Albert Kesselring, Gedanken, S. 192 und 50.
29 Albert Kesselring, Soldat bis zum letzten Tag, S. 43.
30 Ebenda, S. 457.
31 Ders., Gedanken zum Zweiten Weltkrieg, Bonn 1955, S. 192.
32 Werner Baumbach, Zu spät?, S. 207 u. 15.
33 Von Choltitz, Soldat unter Soldaten, S. 315.
34 Hans Speidel zu Hermann Hoelter, Armee in der Arktis. Die Operationen der deutschen Lappland-Armee, Bad Nauheim 1953. Die Operationen bezeichnen Tarnnamen für die Rückzugsbewegungen aus Finnland nach dessen Ausscheiden aus dem Kriege im September 1944.
35 Deutscher Soldatenkalender, Jg. 1955. Zitiert in: Fritz Köhler, geheime Kommandosache. Aus den Dokumenten des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, Berlin 1956, S. 172.
36 Herausgegeben wurden Dokumente, die aus den Verhandlungen vor in Nürnberg in den Jahren 1946 bis 1948 tagenden us-amerikanischen Gerichtshöfen herrührten, den sog. Nürnberger Nachfolgeprozessen. Es handelte sich um die Fälle 3, 5, 6, 7, 9, 12. Die bibliographischen Angaben s. Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg", 1982, Nr. 1–4, S. 210f., Nr. 2260–2265.
37 Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Peter Alfons Steiniger, 2 Bde., Berlin 1957.
38 Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989 u. Ludwig Nestler (Hg.), Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg, Nachtrag zu einer verhinderten deutsch-deutschen Publikation, Berlin 1990.
39 Wolfgang Schumann/Ludwig Nestler (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945) Achtbändige Dokumentenedition. Bd. 1: Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei, Dokumentenauswahl und Einleitung von Helma Kaden u. a. Berlin 1988.
40 Europa unterm Hakenkreuz. Analysen, Quellen Register. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1996.
41 Reaktionen auf den Offenen Brief von Historikern aus der DDR an das Comité international d'histoire de la deuxième mondial. In: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, 1999, H. 13, S. 132ff.
42 Horst Möller, Eine Blamage, wahrlich keine Pionierleistung. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Januar 2000, S. 8.

Ulla Plener

Theodor Leipart oder: Wie fruchtbar ist eine reformorientierte Weltsicht für die Emanzipation der Lohnarbeitenden?*

Am Ende des Jahrhunderts werden Bilanzen gezogen. Das heutige Thema soll in die Bilanz der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung eingeordnet werden. Diese wird in ihrer traditionellen Gestalt mehr und mehr Geschichte, aber sie hat dieses 20. Jahrhundert nachhaltig (in Teilen wohl auch zukunftsträchtig) geprägt.

Worin besteht die emanzipatorische – antikapitalistische – Leistung dieser Arbeiterbewegung?

Welchen Anteil haben daran ihre reformorientierten Teile?

Ist eine evolutionäre Entwicklung hin zu einer sozial gerechten, humanen, demokratisch organisierten Gesellschaft möglich?

Ein einzelnes Menschenleben ist überfordert, auf solche Fragen eine erschöpfende Antwort zu geben. Aber es kann das Nachdenken darüber anregen. Das Lebenswerk von Theodor Leipart scheint mir dafür geeignet zu sein.

Wer war Theodor Leipart (1867–1947) ?

Vor 1933 galt er bei Kommunisten als schlimmster Verräter der Arbeiterinteressen. An seinem Grabe sagte 1947 der Kommunist Wilhelm Pieck, nunmehr einer der beiden Vorsitzenden der SED, in Leipart „ehren wir den großen Arbeiterführer und Sozialisten", sein Name werde in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung „für alle Zeiten eingetragen" sein. Auch Fritz Tarnow, 1947 nach wie vor Mitglied der SPD und überzeugter Gegner der SED, aber drei Jahrzehnte lang ein enger Mitstreiter Leiparts, schrieb im (nicht veröffentlichten) Nachruf auf diesen: Sein Name werde in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung neben dem von Carl Legien „für alle Zeiten erhalten bleiben".

---

* Vortrag, gehalten vor der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 18. Februar 1998.

Wieso sollte Leipart unvergessen bleiben?

Weil er, um mit F. Tarnow fortzufahren, neben Carl Legien der Schöpfer und Gestalter der freien, sozialistisch orientierten gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung war (1893–1919 stand er an der Spitze des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (DHV); 1921–1933 war er Vorsitzender des ADGB). Und die Geschichte dieser Bewegung war „unter dem Strich eine Erfolsstory, ein historischer Bestseller besonderer Art": Die Sammlung eines großen Teils der Industriearbeiter in einer Massenbewegung war nämlich keine Zwangsläufigkeit, sondern Ergebnis einer „beispiellosen historischen Kraftanstrengung des hochqualifizierten, handwerklich geschickten Facharbeiters", der „die Organisationskultur der deutschen Gewerkschaftsbewegung bis in die letzte Faser geprägt" hat und „die historische Schlüsselfigur der Massendemokratie dieses Jahrhunderts" ist.[1] Für diesen Facharbeiter stand Leipart – neben einigen weiteren Gewerkschaftern – ganz vorn.

Aber schon wenige Jahre nach der Totenehrung war Leipart vergessen. In der SED – im Zuge ihrer Stalinisierung, die die sozialdemokratische Tradition in ihr zurückdrängte und schließlich eliminierte. In der SPD, deren Mitglied er volle sechs Jahrzehnte war, ist er nach seinem Eintritt in die SED 1946, den er auch öffentlich begründete, weitgehend zur Unperson geworden. Jüngst wurde er sogar aus dem Kreis deutscher Demokraten ausgeschlossen: In das Lexikon „Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten" (Stuttgart/Weimar 1997) wurde der Beitrag über ihn nicht aufgenommen – dafür enthält es Namen wie Gustav Noske und Konrad Adenauer.

Warum heute an Leipart erinnern?

Drei Gesichtspunkte sollen genannt werden.

Zum einen geht es schlicht darum, einen Menschen der Vergessenheit zu entreißen und zu ehren, dessen Lebenswerk zu Ergebnissen führte, die den meisten von uns heute noch zugute kommen, aber kaum jemand weiß etwas davon.

Zum anderen ist es die aktuelle Diskussion um die Geschichte der Arbeiterbewegung in diesem 20. Jahrhundert. U. a. geht es da um Verantwortlichkeiten für bestimmte Entscheidungen, besser: Fehlentscheidungen ihrer einzelnen Teile. Nicht zuletzt gilt es, die Verschiedenheit der sozialistisch orientierten Weltsichten zur Kenntnis zu nehmen, zu akzeptieren und sie nach

ihrer tatsächlichen Produktivität für die Emanzipation der Lohnarbeitenden und der Gesellschaft insgesamt zu befragen, – also auch Stellenwert und Leistung reformorientierter sozialistischer Kräfte sachlich zu überdenken: Waren sie alle wirklich Gegner des Klassenkampfes? Wollten sie einen Reformweg wirklich anstatt und im Gegensatz zur Umwälzung der Gesellschaft? Oder verstanden sie die von ihnen vertretene Reform als Bestandteil des Klassenkampfes und wollten so die Gesellschaft umwälzen – und wie das?

Und schließlich die aktuelle Diskussion über Antikapitalismus und die Gestaltbarkeit der heutigen, von bestimmten Fraktionen des Kapitals dominierten Gesellschaft; über Inhalte und Formen des notwendigen Widerstands gegen die „Tyrannei der neoliberalen Sachzwänge" (F. Deppe). Ist gestaltender antikapitalistischer Widerstand auf dem Wege von Reformen möglich, die an sozialer Gleichheit, Demokratie, Solidarität und Kooperation orientiert sind?

Theodor Leipart als Persönlichkeit

Hier soll nicht der chronologische Ablauf von Leiparts Leben widergegeben, auch nicht seine vielfältige gewerkschaftliche Tätigkeit nachgezeichnet werden.[2] Es ist vor allem die Persönlichkeit vorzustellen, nicht zuletzt deshalb, weil in der Historiographie der Arbeiterbewegung der „Faktor Persönlichkeit" (gemeint ist der Charakter, die Persönlichkeitsstruktur) kaum oder nicht berücksichtigt wurde, obwohl er für die konkreten Abläufe der Ereignisse, für Entscheidungen – auch Fehlentscheidungen – nicht selten bestimmend war.

Theodor Leipart wurde 1867 in der Familie eines unselbständigen Damenschneiders in Neubrandenburg geboren. „Bittere Armut und große Kinderschar daheim" waren seine bleibenden Kindheits- und Jugenderlebnisse; er mußte Drechsler lernen statt Gärtner, wie er, überaus stark naturverbunden, es wollte; 1886 trat er mit 19 Jahren in Hamburg der Gewerkschaft, kurz darauf auch der sozialdemokratischen Partei bei.

Seitdem war und blieb die Triebkraft seines langen Lebens und Wirkens das Bestreben, dem einzelnen Arbeiter zu seiner **Würde als Mensch** zu verhelfen. Er wollte – ganz nach Marx – „das Selbstgefühl des Menschen, die Freiheit" gerade **im Arbeiter** erwecken; für ihn war in der Tat auch und gerade dieser als „Mensch das höchste Wesen für den Menschen", und er folgte – offensichtlich spontan, von Erlebnissen seiner Kindheit und Jugend

getrieben – dem „kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist". (MEW, 1: 338, 385) – „Achtet eure Persönlichkeit, schafft euch Selbstbewußtsein an, fordert euer Recht!" – das war stets seine Devise. Als aktiver Gewerkschafter bekannte er sich „zur humanitären Idee als der letzten und tiefsten, die uns bewegt". Der Arbeiter sollte nicht „Zubehörteil zur Fabrik" sein, ihm sollten alle Lebensgenüsse offenstehen. Und es sollte in ihm „auch der Wille entwickelt werden, die Selbstgestaltung des Lebens sich in einer Richtung vollziehen zu lassen, die zum Aufstieg der Arbeiterklasse im ganzen führt".

Dafür wirkte er stets selbstlos, dafür gab er seine ganze Kraft, seinen ganzen Geist, seine ganze Zeit hin – anders, als es das übliche Bild eines „Gewerkschaftsbonzen" zeichnete. Nie strebte er nach parlamentarischen und Ministersesseln – die Gewerkschaften waren sein ein und alles.

Seine wichtigste persönliche Eigenschaft war wohl die **Toleranz**, auch gegenüber Andersdenkenden. Schon sehr früh setzte er sich z. B. für ein Zusammengehen der Richtungsgewerkschaften ein und fragte (1905), ob es nicht richtiger wäre, gegenüber den anderen Arbeiterorganisationen immer wieder hervorzuheben, daß „wir eigentlich Brüder sind und die gleichen Interessen haben"; daß die abweichende Überzeugung gegenseitig respektiert und man sich „über ein Hand in Hand Arbeiten zur Verbesserung der gemeinsamen Verhältnisse verständigen" sollte. „Es ist doch nicht jeder ein ausgemachter Dummkopf oder ein schlechter Kerl, der eine andere Meinung hat... Warum sollten wir also uns in... Haß gegen die eigenen Klassengenossen verrennen, nur weil sie anders denken als wir?" Diese Haltung nahm Leipart später auch gegenüber kommunistischen Arbeitern ein. Seine überaus tolerante Art war vermutlich ein (eher noch: der) Grund dafür, daß er sich stets für Verhandlungen, für einen Ausgleich, für einen Kompromiß einsetzte.

Theodor Leipart war zutiefst vom letzten Drittel des „langen 19. Jahrhunders", das (nach Hobsbawm) bis 1914 dauerte, geprägt. Es waren Jahrzehnte der relativ friedlichen kapitalistischen Entwicklung in Europa, vom bürgerlich-liberalen Zeitgeist, aber auch schon von der schnell wachsenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gekennzeichnet – und sie waren Leiparts „hohe Zeit" (1914 war er 47 Jahre alt; von den 14 Seiten der Erinnerungen an sein Leben, 1945 niedergeschrieben, waren 10 diesem Lebensabschnitt gewidmet).

Als er in die Arbeiterbewegung eintrat, war die Situation der Lohnarbeitenden noch weitgehend vom materiellen und geistigen Pauperismus bestimmt – die Arbeiterschaft da herauszuführen, darin sah er die Kulturmission der Gewerkschaften. Sie sei zugleich, so hob er ständig hervor, ein Dienst am ganzen Volk, da die Arbeitenden seine Mehrheit bildeten. Das erlebte Elend seiner Klasse blieb für ihn Zeit Lebens der Maßstab für das von den Gewerkschaften (und von ihm selbst) Geleistete.

Vom Beginn seiner gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit an war Theodor Leipart als Sozialdemokrat ein Verfechter von Reformen – des stetigen schrittweisen Vorgehens. Der Klassenkampf der Arbeiter lasse sich, schrieb er 1905, „soll er nicht jeglichen Erfolg bis zu dem fragwürdigen großen Kladderadatsch aufsparen, sondern fortgesetzt Erfolge bringen, nicht in bestimmte Formen drängen". Er wollte mit der Emanzipation schon jetzt und hier, im Kapitalismus, beginnen. In der sozialistischen Gesellschaftsordnung sollte sie dann vollendet werden.

An den von Bebel erwarteten „großen Kladderadatsch" mochte er nicht glauben. Dafür teilte er mit Bebel die unerschütterliche Gewißheit, daß die Arbeiterklasse schließlich siegen und ihre volle Emanzipation durchsetzen werde. Bis zum 2. Mai 1933 blieb er ein historischer Optimist. Erstaunlich ist, mit welcher Kontinuität er den vor 1914 gewonnenen Einsichten bis zu seinem Lebensende gefolgt war.

Sehr bildunshungrig und lesefreudig, erwarb sich Leipart ein umfangreiches Wissen als Autodidakt. (Seine weit mehr als Tausend Bände zählende – über die Nazi-Jahre gerettete, bis heute erhaltene – Bibliothek enthält neben Werken sozialistischer Autoren seiner Zeit Bücher aus allen Wissensgebieten). Das ihm in den zwanziger Jahren nachgesagte „verschlossene Wesen" rührte vermutlich aus dem frühen Tod seines einzigen Sohnes, der als siebzehnjähriger Freiwilliger auf einem Schlachtfeld des ersten Weltkrieges gefallen war.

Leipart war ein Patriot und Internationalist in der Tradition der II. Internationale, die sich auf „nationale Säulen" stützte. Im ersten Weltkrieg ein Vaterlandsverteidiger, aber kein Kriegsbegeisterter, erhielt er durch die Kriegsjahre hindurch die von ihm 1904 initiierte Internationale Union der Holzarbeiter aufrecht...

Abschließend sei noch einmal aus F. Tarnows Nachruf zitiert: „Theodor Leipart war ein grundsauberer und redlicher Mensch, von einer Vornehm-

heit des Charakters, die das Wort vom Adel der Persönlichkeit rechtfertigt. Sein Platz war immer dort, wo positiv gearbeitet wurde... Ein ausgesprochener Realpolitiker... Wer ihm näher kam, entdeckte einen Menschen mit einem glühenden Idealismus für die Sache, der er sein Leben gewidmet hatte. Mit Theodor Leipart hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen ihrer größten Führer und einen ihrer besten verloren."

Reformorientiertes Emanzipationstreben – objektiv bedingt

Die Emanzipation des Arbeiters und der Arbeiterklasse auf dem Wege von Reformen – das war der Inhalt der gewerkschaftlichen Tätigkeit Leiparts.

Unter Emanzipation verstand er – so kann aus seinen Reden und Schriften geschlossen werden – die Freiheit des einzelnen Menschen von Abhängigkeiten jeder Art, seine Selbstbestimmung als Persönlichkeit.

Reformorientierte Bestrebungen in der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung haben wir Historiker lange Zeit mit den Unzulänglichkeiten der subjektiven Erkenntnis lohnarbeitender Menschen über die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Existenz erklärt; und wir lasteten dieses „nicht richtige Erkennen" dem Einfluß sozialdemokratischer Theoretiker, Politiker, Gewerkschafter an, denen wir „bürgerliche" Positionen und die (bewußte gar) „Bindung der Arbeiterklasse an den Kapitalismus" unterstellten. Erst in den 80er Jahren griffen wir die schon von Marx, Engels und auch Lenin gewonnene Einsicht (Vgl. Engels MEW 2, 344/345; Marx MEW 23, 765; Lenin LW 27, 206) auf, daß Reformdenken, -verhalten und -handeln von der kapitalistischen Wirklichkeit selbst stets aufs neue hervorgerufen werden, daß sie aus den Widersprüchen der Klassenlage der Lohnarbeitenden erwachsen: Es ist der Doppelcharakter der Lohnarbeit im Kapitalismus, das kapitalistische Lohnarbeitsverhältnis, das bei lohnabhängig Arbeitenden ständig und spontan antikapitalistischen Protest ebenso hervorruft wie das möglichst vorteilhafte „Sicheinrichten" in den gegebenen Umständen. Das wird in ihren Organisationen (von ihren Denkern, Politikern, Funktionären) in sehr unterschiedlicher Weise reflektiert. Die Vielfalt politischer Kräfte, die sich dem uneingeschränkten Profitstreben des Kapitals zugunsten sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit entgegenstellen, also sozialistisch orientiert sind, ist objektiv begründet. Die Verschiedenheit der antikapitalistischen oder dem Kapital gegenüber kritisch eingestellten

Kräfte ist legitim, und deshalb ist die gegenseitige Akzeptanz dieser Kräfte erforderlich.

Ist Protest mit Revolutions-, Anpassung mit Reformbestreben gleichzusetzen? In der Reformorientiertheit eines Leipart überwog, so meine These, der Protest – aber dieser sollte in Formen durchgesetzt werden, die Konfrontation (physische Gewalt gar) und damit verbundene Opfer für die Lohnarbeitenden vermieden.

Zu den theoretischen Prämissen des Praktikers Leipart

Leipart war kein Theoretiker, kein „Denker", erhob auch nie diesen Anspruch; er war ein Praktiker und verstand sich nur als ein solcher. Aber seiner praktischen Tätigkeit lag natürlich eine bestimmte Weltsicht zugrunde – und diese war eine sozialistische.

Seinen sozialistischen Standpunkt begründete er ethisch und ökonomisch. Sozialismus wurde als eine höhere, weil gerechte im Vergleich zur bestehenden, Rechtsordnung auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln erläutert: „Der Entwicklungsprozeß der privatkapitalistischen Produktion zur gesellschaftlichen ist der Befreiungskampf des Proletariats in allen seinen Phasen, die gesellschaftliche Produktion seine ökonomische Befreiung", auch die Grundlage „langen Lebens und der Glückseligkeit". – „Der Sozialismus fordert die Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, ohne Unterschied des Geschlechts, in wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Beziehung." Immer wieder wurde die Rechtmäßigkeit und Sittlichkeit der sozialen Frage aus dem Menschsein abgeleitet: Die menschliche Arbeit allein sei „der wahre Rechtsgrund des Eigentums"; als Mensch sei der Arbeiter gleichberechtigt mit dem Besitzenden. Aus dieser Position wurden in den freien Gewerkschaften schon seit den letzten 90er Jahren Ideen abgeleitet, die die Wirtschaft als „öffentliche Angelegenheit" artikulierten. Das mündete später – während der November-Revolution 1918/1919 und in den 20er Jahren – in Konzepte der Wirtschaftsdemokratie.

Gerechtigkeit und der Kampf um das „höhere Recht" waren zentrale Begriffe, auch nach der Jahrhundertwende. Der Rechtsbegriff wurde als „Waffe im Emanzipationskampfe" erläutert. „Der Kampf ums Recht" schließe „alles in sich, was die Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem, geistigem und kulturellem Gebiete" erstrebe. Nicht aus-

zuschließen, daß solche Gedankengänge von den in der „Neuen Zeit" 1887 veröffentlichten Ausführungen von Engels/Kautsky angeregt wurden: „...Jede kämpfende Klasse muß also ihre Ansprüche in der Gestalt von Rechtsforderungen in einem Programm formulieren." (MEW, 21: 509)

Der Zusammenhang Menschsein – Gerechtigkeit (gleiches Recht) – Eigentumsordnung – Wirtschaftsdemokratie war für das gewerkschaftliche Wirken eines Leipart seit den 90er Jahren grundlegend.

Die auf Marx zurückgehende Analyse kapitalistischer Ausbeutungsmechanismen und die daraus abgeleiteten Zukunfts- und Wegvorstellungen verflochten sich hier mit einer ethischen Begründung des eigenen Tuns und des Sozialismus. Letzteres wohl weniger unter dem Einfluß des damals in Mode kommenden (akademischen) Neukantianismus oder ethischen Sozialismus. Vielmehr wirkte da bei Menschen wie Theodor Leipart wohl das – von Engels schon in den 40er Jahren anhand des englischen Chartismus und der „Bewegung der Arbeiterklasse in Deutschland" festgestellte – spontane Streben (lohn)arbeitender Menschen nach Emanzipation, nach „der sozialen gleichen Berechtigung in der Demokratie", nach „sozialer Glückseligkeit", die die „Messer-und-Gabel-Frage" einschließt: „gute Wohnung, gutes Essen und Trinken, gutes Auskommen und kurze Arbeitszeit" (Engels: MEW, 2, 444, 450, 560f., 612; vgl. auch Marx: Ebenda, 1, 390)

Mit diesem Standpunkt verband sich bei Leipart und seinen Mitstreitern vom Beginn ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit an die Überzeugung: Die Zukunft der Arbeiterklasse liege in ihrer materiellen und geistigen Höherentwicklung, nicht in ihrer Verelendung. Das wurde auf Lebenszeit die Leitlinie des gewerkschaftlichen Wirkens von Leipart und bildete wohl den Hauptansatz seines stetigen Eintretens für eine breit gefächerte Reformpolitik.

Der Reformorientiertheit Leiparts lag eine Staatsauffassung zugrunde, die sich wesentlich auf Engels' Darstellung des Staatsursprungs gründete und von der eigenen Erfahrung gestützt wurde: Die letzten Jahre des Sozialistengesetzes gehörten zu seinem politischen Grunderlebnis, das auch später – ob in Stuttgart (seit 1893) oder Berlin (seit 1908) immer wieder durch Zusammenstöße mit der Staatsmacht „aufgefrischt" wurde. Das wilhelminische Kaiserreich wurde als Klassenstaat erlebt und so bezeichnet.

Und zugleich nahm er diesen Staat – auch das nach Engels – als „die Zusammenfassung der zivilisierten Gesellschaft" (MEW 21: 28; 170/171),

als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen. Und so wurde vom Staat erwartet, daß er nicht nur das Interesse der ökonomisch Mächtigen, sondern auch die Anliegen der Arbeiter vertritt oder per Gesetz die Arbeiterschaft in die Lage versetzt, gleichberechtigt mit den Unternehmern ihre Interessen realisieren zu können. Sein Staatsverständnis brachte Leipart 1915 so auf den Punkt: „Der Staat als die Gesamtheit eines Volkes angesehen, muß das Staatsinteresse, das heißt also das Volksinteresse, den Klasseninteressen und dem Wohl des einzelnen voranstellen."

Den Volksstaat sah Theodor Leipart später in der Weimarer Republik, dem errungenen „Rechtsstaat", verwirklicht, und er hatte zutiefst der Verfassung und der Gesetzlichkeit dieses Staates vertraut. Damit verbanden sich bei ihm nicht wenige Illusionen, die sein Handeln damals bestimmten...

Organisation und Bildung, nicht Aktion – die Hebel der Emanzipation

Als Leipart und Genossen in den 90er Jahren ihre sozialistischen Positionen erläuterten, betonten sie: Die proletarische Macht läge „in der Erkenntnis, (in) dem Wollen des Einzelnen, und die Garantie des Sieges (liegt) in der kondensierten Betätigung des Willens des Einzelnen – in der Organisation". So waren Bildung als Quelle der Erkenntnis und Organisation als „kondensierter Wille der Einzelnen" zentrale Felder, auf denen Theodor Leipart seit seinem Eintritt in die Gewerkschaft unermüdlich wirkte: mündliche und schriftliche Agitation sollte aufklären und bilden, um den Einzelnen für den aktiven Kampf zu gewinnen; immer mehr Einzelne sollten organisiert, die Organisation also ausgeweitet – auch zentralisiert – werden, um dem Gegner, dem Unternehmertum, schlagkräftig entgegentreten, ihm Zugeständnis auf Zugeständnis abringen zu können, gestützt auf die eigene zunehmende Stärke, nicht zuletzt auch – mit der wachsenden Mitgliederzahl – auf die finanzielle Kraft (nach Engels: „die Kraft einer wohlgefüllten Kasse – das 'Widerstandsgeld'", MEW 19: 258).

Daß Organisation in der Tat das zentrale Feld des proletarischen Klassenkampfes am Beginn und im Fortschreiten der Arbeiterbewegung war und zu sein hatte, muß an dieser Stelle nicht erläutert werden. Verwiesen sei nur (da Leiparts Argumente für die Organisation auch in der Wortwahl dem nahekamen) auf Marx' „Instruktion für die Delegierten des Zentralrats" (zum Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation) 1866, in der es um

die „internationale Vereinigung der Anstrengungen im Kampf zwischen Arbeit und Kapital mit Hilfe der Assoziation" ging und darüberhinaus der hohe Stellenwert der Gewerkschaften als „Organisationszentren der Arbeiterklasse" hervorgehoben wurde: Die Gewerkschaften sollten „sich nicht ausschließlich mit dem lokalen und unmittelbaren Kampf gegen das Kapital beschäftigen", sollten „begreifen, welche Kraft sie im Kampf gegen das System der Lohnsklaverei selbst darstellen"; sie sollten „lernen, bewußt als organisierende Zentren der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation". (MEW 16: 197)

In diesem Sinne gehörte Theodor Leipart zusammen mit Carl Legien 1890 zu den Gründern des ersten freigewerkschaftlichen Dachverbandes, der Generalkomission der Gewerkschaften Deutschlands; der Deutsche Holzarbeiter-Verband, an dessen Spitze er 1893–1919 stand, war nach dem Deutschen Metallarbeiterverband die zweite zentralisierte Industriegewerkschaft in Deutschland.

Immer wieder betonte Leipart den kulturellen, den Bildungsauftrag der Gewerkschaften, die „erwachende Arbeiterschaft zum Klassenbewußtsein" zu führen, damit sie ihren „Anspruch auf alle Güter der Kultur, ideeller und materieller Art", erhebe. – Und er initiierte konkrete Projekte, um das zu realisieren: Zeitschriften, Almanache, Jahr- und Handbücher, gewerkschaftliche Schulungskurse, schließlich auch die 1930 eröffnete Bundesschule des ADGB in Bernau – die spätere Hochschule des FDGB – u. a. m.

Er stritt stets für die Einheit der Arbeiterbewegung – der politischen in Gestalt der Sozialdemokratischen Partei wie auch der gewerkschaftlichen. Die während des ersten Weltkrieges erfolgte Spaltung der Partei hielt er für ein Unglück. 1946 trat er für die SED mit dem Argument ein: Die Spaltung schwäche die Bewegung; ihre größten Erfolge habe sie vor 1914 erzielt, als es nur eine Arbeiterpartei gegeben hat.

War Leipart ein Organisationsfanatiker? Vgl. Rosa Luxemburg im Januar 1919: „Deutschland war das klassische Land der Organisation und noch mehr des Organisationsfanatismus, ja des Organisationsdünkels. Um 'Organisation' willen hatte man den Geist, die Ziele, die Aktionsfähigkeit der Bewegung preisgegeben." (GW 4: 524)

Ja, Leipart war ein Organisationsfanatiker. Daß er dabei Geist und Ziele der Bewegung aufgegeben hätte, muß bestritten werden – für sie hat er mit der „Waffe Organisation" bis zuletzt gewirkt. Aber sein Verhältnis zur Ak-

tion sollte eigehender geprüft werden. Damit ist nämlich ein grundsätzliches Problem der reformorientierten Arbeiterbewegung verbunden, das einer Diskussion bedarf.

Rosa Luxemburg (sie steht hier für den aktionsorientierten, revolutionären Teil der alten Arbeiterbewegung) vertraute bis 1914 zutiefst der spontanen Aktion „der Massen", vor allem der Arbeiterklasse, die sie wohl als „kollektives Subjekt" (F. Deppe) verstand. Das Verhältnis von organisierter Arbeiterbewegung und Spontanität war schon immer widersprüchlich. Die organisierte Arbeiterbewegung war infolge des objektiv bedingten, spontanen Demokratiestrebens der Lohnarbeitenden enstanden, und sie blieb seine Trägerin bis tief in die 70er (teilweise noch 80er) Jahre dieses Jahrhunderts hinein. Sie war an ihrem Beginn selbst Ergebnis einer spontanen sozialen Bewegung der Lohnarbeitenden und blieb dieser immer auf das engste verwandt. Und zugleich, in Organisationen mit sich fortschreitend bürokratisierenden Apparaten konstituiert, suchte sie (genauer: suchten die meisten ihrer Führer und Funktionäre, die Apparate eben), die außerhalb ihrer Grenzen agierenden, aus den gesellschaftlichen Bedingungen heraus immer wieder neu entstehenden spontanen Bewegungen „einzubinden" und sie in „organisierte Bahnen" zu lenken. Dafür standen auch und gerade die freien Gewerkschaften - und Gewerkschafter vom Typ eines Leipart.

Leiparts Verhältnis zur Aktion läßt sich anhand der Stellung zum ökonomischen und politischen Streik nachvollziehen.

Den ökonomischen Streik, also eine Aktion in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern um die Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, hielt er für unerläßlich, auch während des Krieges. Aber diese Waffe sollte erst „als letztes Mittel" angewandt werden, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein sollten. Und das vor allem deshalb, um den Arbeitern **möglichst wenig Opfer** aufzubürden und die finanziellen Mittel der Organisation (das „Widerstandsgeld") zu schonen.

Die Aktion, gegen die Leipart sich sehr strikt wandte, war der politiscche Massenstreik, der eine Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt bedeutete. Nach Leiparts Überzeugung würde er unter den Bedingungen des kaiserlichen Deutschland den **Bürgerkrieg** heraufbeschwören und damit hohe **Opfer** an „Gut und Blut" der Arbeitenden kosten. In einer Auseinandersetzung mit der holländischen Sozialistin Henriette Roland-Holst (mit der

Rosa Luxemburg befreundet war) schrieb er 1905: Bei einem politischen Massenstreik ginge es nach Roland-Holst um einen Revolutionsstreik, und bei diesem „steht für die kämpfende Arbeiterschaft alles auf dem Spiel, wagt sie Freiheit und Leben. Dieser Streik ist eine neue Form des Bürgerkrieges, in dem sich die offene Brust und das ungeschützte Herz (der Arbeiter) der bewaffneten Militärmacht gegenüberstellen..." Die optimistischen Annahmen von Roland-Holst, „daß eine Regierung gegen den Generalstreik... keine Gewalt anwenden" werde, und ihre Hoffnung, „daß das Militär und die Polizei gerade durch den Generalstreik selbst zur Revolution übergehen" würden, nannte Leipart eine Illusion, und er teilte sie nicht.

In der Polemik gegen den politischen Massenstreik berief sich Leipart nicht auf Engels, dessen Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich" 1895 in Berlin veröffentlicht wurde. Aber der Gleichklang der Gedanken ist besonders in zwei Punkten nicht zu übersehen: 1. Engels hielt Straßen- und Barrikadenkämpfe für veraltet, einen Sieg der Straßenkämpfer über das Militär für eine Seltenheit; „ein Zusammenstoß auf großem Maßstab mit dem Militär, ein Aderlaß wie 1871 in Paris" könnte „das stetige Anschwellen der sozialistischen Streitkräfte in Deutschland" aufhalten oder gar zurückwerfen, der Entscheidungskampf würde „mit schweren Opfern verknüpft" sein, und „wir (sind) nicht so wahnsinnig, ihnen (den „Ordnungsparteien") zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen", statt die Gesetzlichkeit für den weiteren Aufstieg der „sozialistischen Streitkräfte" zu nutzen. 2. Die „mächtige Armee des Proletariats", „täglich wachsend an Zahl, Organisation, Disziplin, Einsicht und Siegesgewißheit", sei „weit entfernt, den Sieg mit einem großen Schlag zu erringen", sie müsse „in hartem, zähen Kampf von Position zu Position langsam vordringen". – „Langsame Arbeit der Propaganda und parlamentarische Tätigkeit sind auch hier als nächste Aufgabe der Partei erkannt." (MEW, 22: 515–525)

Als Leipart zehn Jahre nach Engels gegen den „einen großen Schlag" polemisierte, hatte er wohl die Gewaltbereitschaft der Herrschenden realistisch eingeschätzt und – wie Engels – aus Gründen der Humanität Gewalt in Form von Straßenkämpfen u. ä. als ein Mittel der Arbeiterschaft abgelehnt. Dagegen setzte er auf Organisation und die „langsame Arbeit der Propaganda". Ob die Arbeiter glaubten und hofften, schrieb er, „durch diesen einzigen Akt revolutionärer Energie ihre Forderungen endgültig verwirkli-

chen zu können, oder ob sie wissen, daß die Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse nur schrittweise vor sich gehen kann (!) und daß die im Kampf (!) errungenen Abschlagszahlungen (!) nur gestützt und erhalten werden können durch die dauernde machtvolle Organisation der Arbeiter – darum handelt es sich."

Leipart und Genossen zeigten sich gegenüber dem politischen Massenstreik noch in einem weiteren Punkt als Realpolitiker: Sie lehnten ihn auch deshalb ab, weil nur ein Bruchteil der Massen, die für einen Erfolg nötig wären, bereit sei, Opfer für ein politisches Recht zu bringen. Auch da gibt es einen Gleichklang mit Engels' oben zitierter „Einleitung" von 1895. Als Gewerkschafter orientierte sich Leipart an der „langen, ausdauernden Arbeit", die, wie Engels schrieb, notwendig sei, damit die Massen begriffen, „wofür sie mit Leib und Leben eintreten" sollen. Selbstlose „Opferfreudigkeit und höchsten Idealismus" erwartete er als Realpolitiker von „den" Massen – im Gegensatz zu Rosa Luxemburg – nicht. Die geduldige Arbeit der Gewerkschaften hielt er 1905 wie 1919 und noch im Januar 1933 für die eigentlich revolutionäre Tätigkeit.

Aber in einem Punkt unterschied sich Leipart von Engels grundlegend – und da ist auf Rosa Luxemburgs Kritik am Organisationsfanatismus zurückzukommen: Er unterschätzte generell die gestaltende Kraft des sozialen Zwangs, den machtvolle außerparlamentarische Aktionen der Vielen auf die ökonomisch Mächtigen und die Regierenden (sowie auf das Massenbewußtsein) auszuüben vermögen. Außerparlamentarische Aktionen spielten in seinem Denken stets eine zweitrangige oder (vom ökonomischen Streik abgesehen) keine Rolle im Vergleich zur Organisation. (Eine Ausnahme war das Eintreten Leiparts nach dem Rathenau-Mord 1922 für außerparlamentarische Aktionen und – anders als der Parteivorstand der SPD – für ein Zusammengehen aller Arbeiterparteien, die KPD eingeschlossen, zum Schutz der Republik.)

Nicht zuletzt resultierte eine solche Position aus dem reformorientierten Demokratieverständnis. Dieses war zwar ein radikales, da es auch die soziale Freiheit anstrebte, aber es richtete sich überwiegend oder gänzlich auf den parlamentarischen Kampf. Es schloß außerparlamentarische Massenaktionen (Straßendemonstrationen) als unmittelbarste Form der politischen Einflußnahme der Mehrheit (also der Lohnarbeitenden, der werktätigen Bevölkerung) auf Entscheidungen in der Politik weitgehend oder völlig aus.

Hierin liegt wohl die Grenze der Reformorientiertheit, von der hier die Rede ist. Möglicherweise war es in der Vergangenheit gerade diese Grenze, die das Tempo der gesellschaftlichen Veränderungen im Kapitalismus in Richtung einer humanen und sozial gerechten Gesellschaft an bestimmten Schnittpunkten der Entwicklung gehemmt hat.

Die abschließende Wertung der Möglichkeiten, durch Massenaktionen (z. B. einen Generalstreik) bestimmte Entwicklungsrichtungen – so in Deutschland im Januar/Februar 1933 – zu verändern, steht in der historischen Forschung aus. Es hat wohl auch wenig Sinn, im Nachhinein (und aus sicherer Entfernung) über die möglichen Ergebnisse zu spekulieren und die damals Aktiven – so auch Leipart – wegen Mangels an Aktionsbereitschaft zu verurteilen. Dort, wo solche Versuche stattgefunden haben, führten sie vor 1945 – auch im „zivilisierten" Europa – tatsächlich zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen bzw. zu Bürgerkriegen und forderten hohe Opfer. So im revolutionären Deutschland 1918/1919, wo es (Ironie? Tragik der Geschichte?) sozialdemokratische Politiker waren, die zur Waffengewalt griffen und ein Blutbad anrichteten; dafür steht vor allem der Name Noske. Ähnlich (aber nicht von Sozialdemokraten zu verantworten) im nachrevolutionären Deutschland 1920 nach der Abwehr des Kapp-Putsches.

„Der ruhige und stille Kampf der Gewerkschaften... – das ist die fruchtbare, die revolutionäre Sozialistentätigkeit"

Leiparts konkreter gewerkschaftlicher Kampf folgte dem schon genannten Leitmotiv: Nicht in der Verelendung liege die Zukunft der Arbeiterklasse, sondern in ihrer materiellen und geistigen Höherentwicklung. Diese sollte schrittweise – und das im Kampf (das NB!) – realisiert werden.

Der Kampf wurde auf mehreren Ebenen geführt.

Die zentrale Ebene bildeten, zunehmend nach der Jahrhundertwende (und durch die Kriegsjahre hindurch), **Verhandlungen mit Unternehmerverbänden** um bessere und möglichst einheitliche Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft (Lohnhöhe, Arbeitsschutz, Arbeitsnachweis, Arbeitszeit) und deren vertragliche Bindung in Tarifverträgen. Einem Leipart ging es dabei auch um die Anerkennung der Gewerkschaften als eines neben und gegenüber den Unternehmern gleichberechtigten Partners. Tarifverträge waren (und sind) eine Form der Mitbestimmung der Gewerkschaften über die Situation der Lohnarbeitenden. Gegen Argumente aus den

eigenen Reihen, sie würden den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften aufheben, meinte er, sie seien „keine Freundschaftsbündnisse mit dem Unternehmertum, sondern nur Waffenstillstandsverträge", die es den Arbeitern ermöglichten, die Arbeitsbedingungen ohne Streik, also mit möglichst geringen Opfern, durchzusetzen. Es ging um die – nach Marx – „große Streitfrage... zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr", die die politische Ökonomie der Bourgeoisie ist, und der „Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet". (MEW, 16: 11, 192) Von zentraler Bedeutung war dabei das Ringen um kürzere Arbeitszeit – seit 1889 um den Achtstundentag.

Leipart und Genossen argumentierten – ähnlich wie Marx – vom Standpunkt des allgemeinen Kulturfortschritts: „Die Aufwärtsbewegung des Proletariats auf den verschiedenen Gebieten steht in einer ganz bestimmten Wechselwirkung: Steigt das Niveau in wirtschaftlicher Beziehung, so hebt es sich auch in intellektueller und moralischer Beziehung, und umgekehrt feuert die Erhöhung des geistigen Niveaus die Arbeiter an, sich auch eine wirtschaftliche Besserstellung zu erkämpfen. Darauf beruht aber die Möglichkeit einer jeden proletarischen Emanzipationsbestrebung."

Die schon vor dem Krieg erreichten Tarifverträge und dann die „Kriegsarbeitsgemeinschaften" mit den Unternehmern 1914–1918 (aus der Sicht Leiparts dienten sie in erster Linie dem Schutz der Lohnarbeitenden) führten – beschleunigt vom Druck der Revolution – zum „November-Abkommen" 1918 (auch Stinnes-Legien-Abkommen genannt). Darin wurde für ganz Deutschland und alle Industriezweige der Achtstundentag vereinbart, die Gewerkschaften landesweit als Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter sowie Kollektivvereinbarungen für Betriebe u. a. m. festgeschrieben. Angesichts der Revolution sollte es vom Standpunkt der Unternehmerverbände eine Schutzfunktion für sie erfüllen. Das Abkommen (an dessen Zustandekommen Leipart einen höheren Anteil hatte als Legien) war aber auch ein großer Schritt bei der Durchsetzung der politischen Ökonomie der Lohnarbeit gegen diejenige des Kapitals.

Auf der **politischen Ebene** ging es – im Sinne der notwendigen Durchsetzung von Rechtsforderungen – um die **soziale Gesetzgebung**. Schon vor 1914 setzte sich Leipart dafür ein, daß das von den Gewerkschaften ent-

wickelte Unterstützungswesen auf die staatliche Ebene gehoben werde. Er stritt für eine Reichsversicherungsordnung, für den Ausbau der kommunalen Arbeitsvermittlung, für die staatliche Arbeitslosenversicherung, den gesetztlich gesicherten Arbeitsschutz, die Arbeitsgerichtsbarkeit. In die Weimarer Verfassung wurden – unter dem Eindruck der Revolution und aufgrund gewerkschaftlicher Vorschläge (auch eines Leipart) – 1919 (im Unterschied zum Grundgesetz der BRD 1949) soziale Grundrechte aufgenommen wie Schutz der Arbeitskraft, Recht auf Arbeit und auf eine gesunde Wohnung. In den 20er Jahren führte Leiparts persönlicher und der Gewerkschaften Einsatz zu einem weiteren wesentlichen Fortschritt bei der sozialen Sicherung der Lohnarbeitenden: Für verschiedene soziale Bereiche wurde ein Rechtsanspruch gesetzlich fixiert. Die Gewerkschaften wurden an den dafür zuständigen Institutionen beteiligt; zur Finanzierung wurden die Unternehmer herangezogen. Den bis heute wirksamen Ertrag faßte der Historiker Hans Mommsen 1977 so zusammen: „In allen wesentlichen Punkten ist das sozialstaatliche Instrumentarium der Bundesrepublik während der Weimarer Zeit entwickelt oder institutionalisiert worden. Das gilt für das Arbeits- und Tarifvertragsrecht, das System der Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsschutz- und Arbeitszeitregelungen wie den Komplex der Betriebsverfassung"; wenn auch das System der Weimarer Sozialpolitik ein Torso geblieben sei, eine Fülle sozialpolitischer Maßnahmen von bleibender Bedeutung sei realisiert worden und: „Vergleicht man das, was während jener 14 krisenhaften Jahre der Weimarer Republik, die unter denkbar ungünstigen ökonomischen Bedingungen standen, auf sozialpolitischem Gebiet getan worden ist, mit den entsprechenden Maßnahmen in den mehr als zweieinhalb (und nunmehr fünf – U. P.) Jahrzehnten bundesrepublikanischer Entwicklung, so ergibt sich für Weimar eine bemerkenswert positive Bilanz..."[3]

Diese Bilanz sollte auch der persönlichen Bilanz Theodor Leiparts zugeschlagen werden, denn für alle genannten Teilgebiete setzte er sich gerade im Jahrzehnt 1919-1929 mit großem Nachdruck ein. Und dabei sah er – wie später Wolfgang Abendroth – im „Erlangen von Gesetzesregeln, von Verfasssungrechtsregeln, die zu ihren (der unterdrückten Klasse) Gunsten nutzbar sind", ein „Problem des Klassenkampfes und nichts anderes", und „das Weiterführen, das Austragen dieser Rechtsregeln führt diesen Kampf weiter". – „Wenn man so will, kann das Verfassungsrecht als ein jeweiliger

Klassenwaffenstillstand gelten, aber im Fortgang des Klassenkampfes, nicht als Klassenfrieden. Ein Klassenwaffenstillstand mit dem Zweck, im Klassenkampf... die physische Gewaltsamkeit auszuklammern und durch andere Formen der Gewalt... zu überspielen. Die physische Gewaltsamkeit auszuklammern, ist in der Normalsituation der Fortbewegung ihres historischen Prozesses die angemessene Weise der Existenz der menschlichen Gesellschaft."[4] Gerade das war der erklärte Standpunkt Leiparts, und in diesem Sinne wirkte er.

Schließlich sollen als eine weitere Ebene emanzipatorischer gewerkschaftlicher Initiativen die in den 20er Jahren entwickelten **Ideen der Wirtschaftsdemokratie** genannt werden. Sie waren mit Versuchen verbunden, in die Eigentumsverhältnisse einzudringen und Gemeineigentum zu schaffen.

Die betriebliche Mitbestimmung der Arbeiter wurde, wie erwähnt, schon seit der Jahrhundertwende gefordert, und zwar wegen der Menschenwürde des Arbeiters: sein Mitbestimmungsrecht sei ein Menschenrecht. Während der Revolution und seitdem wurde sie zu einem Bestandteil tarifvertraglicher Regelungen. Zur Sozialisierung der Wirtschaft hieß es 1919, sie könnte nicht in einigen Wochen oder Monaten durchgeführt werden, sie würde sich „nur langsam und allmählich vollziehen" können. Für Leipart und Genossen ging es dabei subjektiv nicht um den Schutz des Kapitaleigentums, sondern darum, wie es so zu vergesellschaften sei, daß materielle Opfer für die Lohnarbeitenden vermieden würden und die Wirtschaft weiter funktionsfähig bliebe. (1926 trat Leipart für die Fürstenenteignung, 1946 für die Enteignung der Kriegsverbrecher ein.)

Erste konkrete Vorstellungen über Wirtschaftsdemokratie in Industriezweigen und auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wurden u. a. von Leipart auf dem ADGB-Gründungskongreß 1919 vorgetragen und auf dem DHV-Kongreß 1919 von F. Tarnow unterbreitet. Einiges davon fand praktisch Eingang in die Weimarer Verfassung (Art. 159 und 165). In den 20er Jahren war es Leipart, der das Problem Wirtschaftsdemokratie im ADGB „zum Forschungsgegenstand erhoben" hatte – ein Ergebnis war das bekannte, unter Leitung von Fritz Naphtali 1928 entstandene Buch. Die Notwendigkeit der Wirtschaftsdemokratie begründete Leipart 1928 wie schon früher so: „Das eben ist der große Unterschied zwischen der rein privatkapitalistischen Wirtschaft und unserer Auffassung von Volkswirtschaft, daß wir die

Wirtschaft frei machen wollen von dem privaten Profitinteresse und sie geleitet und getrieben sehen wollen lediglich von dem allgemeinen Volksinteresse. Der Inhalt des Begriffs Wirtschaftsdemokratie ist für uns in erster Linie, daß die Wirtschaft nicht länger Privatangelegenheit der Unternehmer sein soll, sondern eine öffentliche Angelegenheit, die das ganze Volk angeht. Wirtschaftsdemokratie in unserem Sinne bedeutet den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft." Die Volkswirtschaft könne „auf die Dauer gar nicht gedeihen, wenn das Besitzrecht der Unternehmer und ihr Profitinteresse noch länger über das Allgemeinwohl gestellt bleiben". Sollten die Gewerkschaften nicht, fragte er 1931, „versuchen, den Kapitalismus zu biegen, solange die Kraft noch nicht ausreicht, ihn zu brechen? Ist es nicht möglich, allmählich, aber unaufhaltsam dem kapitalistischen Wirtschaftssystem planwirtschaftliche Gedankengänge aufzuzwingen, also mit der Zeit ein sozialistisches Reis nach dem anderen auf den Baum des Kapitalismus aufzupfropfen?"

Die Gewerkschaften sollten sich, so Leipart 1926, „nicht darauf beschränken, nur diese grundsätzliche Forderung (nach Wirtschaftsdemokratie) zu vertreten, sondern daneben auch durch eigene Initiative und durch zielbewußte Entfaltung der eigenen Kräfte der Arbeiterklasse in die Wirtschaft eindringen und Einfluß auf sie gewinnen". Sie sollten den Unternehmern das „Recht der Alleinherrschaft streitig" machen, die Wirtschaft in Richtung der angestrebten Wirtschaftsdemokratie drängen, einen Weg zum Gemeineigentum erschließen und Grundsteine für die angestrebte Gemeinwirtschaft legen, also für „ein System der Wirtschaft, das ausschließlich die Deckung des Bedarfs zum Ziele hat".

So wurden auf Leiparts Initiative eine Reihe „sozialistischer Inseln" ins Meer der kapitalistischen Wirtschaft gesetzt. Dazu gehörten: Genossenschaften, auch warenproduzierende; die „Volksfürsorge" (gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-AG, unter Leiparts Teilnahme schon 1913 gegründet); die „Deutsche Wohnungsfürsorge AG für Beamte, Angestellte und Arbeiter" (Dewoge, 1924 gegründet); die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG (1924 eingerichtet, von Leipart schon 1913 als ein Mittel im Emanzipationskampf angedacht) u. a. m.

Die wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen und Initiativen stellten also durchaus die Eigentumsfrage: Die Kapitalbesitzer sollten die Verfügungsgewalt über das Eigentum nicht allein ausüben, sondern sie mit den

Lohnarbeitenden teilen. Auch so schlug sich das radikale, weil auf soziale Gleichheit gerichtete, Demokratieverständnis in der reformorientierten Arbeiterbewegung nieder. Der angestrebte evolutionäre Weg der schrittweisen Emanzipation der Lohnarbeitenden schloß die Eigentumsordnung ein.

Leipart war einem „Gewaltsamkeit ausschließenden", kooperativen, reformorientierten Weg zur Emanzipation des Arbeiters und der Gesellschaft gefolgt und hatte dabei auf Organisation gesetzt – aber das unter Bedingungen eines konfrontativen Zeitalters. Nicht zuletzt daraus erklären sich die Widersprüche und Defizite seiner Praxis, vor allem in den 20er und ersten 30er Jahren. Und doch hatte sich auf diesem Weg das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in so mancher Hinsicht zugunsten der Lohnarbeitenden verändert.

Die emanzipatorische Leistung der sozialistischen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert, deren Repräsentant und Akteur in dessen erstem Drittel auch Theodor Leipart war, könnte (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) so zusammengefaßt werden:

Sie hat – nicht nur in Deutschland – eine demokratische Staatsform durchgesetzt: die Republik, den Rechtsstaat, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht (auch für Frauen), die kollektiven und individuellen Freiheiten der Persönlichkeit. Sie hat bedeutende, gesetzlich gesicherte soziale Rechte sowie betriebliche und staatliche Sozialleistungen errungen, die die spezifischen Interessen der Lohnarbeitenden im Sinne ihrer materiellen und geistigen Höherentwicklung betrafen: kürzere Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitsnachweis, Arbeitslosenunterstützung, Sicherung bei Krankheit und im Alter, Bildung u. a. m. (Diese Errungenschaften entsprachen meistens auch den Erfordernissen der Kapitalverwertung, aber sie mußten trotzdem immer gegen den Widerstand des Kapitals durchgesetzt werden.) Sie hat dem Kapital gewisse Mitbestimmungsrechte in Betrieben und Unternehmen (in einigen Ländern auch regionale und gesamtnationale Wirtschaftsorgane, in denen die nationalen Gewerkschaftsverbände vertreten sind) abgetrotzt, was ebenfalls gesetzlich verankert wurde. Sie hat dafür gesorgt, daß die gesellschaftliche Stellung ihrer Organisationen, vor allem der Gewerkschaften, anerkannt wurde.

Ist das lediglich als Integration der Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaft zu bewerten? Oder wurde diese Gesellschaft verändert, indem gegen den Willen und gegen den Widerstand des Kapitals (und mancher Re-

gierungen) Regelungen und Maßnahmen im Sinne der lohnarbeitenden Mehrheit, also noch auf dem Boden des Kapitalismus „ein Stück" politischer Ökonomie der Lohnarbeit gegen die politische Ökonomie des Kapitals, durchgesetzt wurden, was zugleich kulturellen Fortschritt und Bewegung in Richtung der Emanzipation der Lohnarbeitenden bedeutete?

Hatten Leipart und Genossen die Versöhnung der Gegensätze praktiziert? War der Kompromiß, den er in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern suchte und oft fand, mit Versöhnung gleichzusetzen? Oder war er etwas dem Gegner Abgerungenes, ihm Aufgezwungenes, also ein Ergebnis des sozialen Zwangs, des Kampfes?

War also Leiparts Position eine prokapitalistische? Oder war sie nicht vielmehr eine antikapitalistische, in deren Gefolge Maßnahmen realisiert wurden, die den Kapitalismus in Westeuropa – im Vergleich zum 19. Jahrhundert – humaner, demokratischer, sozialer gestaltet haben? Hat nicht diese Position mehr Ergebnisse im Sinne der Emanzipation erbracht als der aktionistische, auf die schnelle „Beseitigung" des Kapitalismus orientierte Wille der Kommunisten? (Was nicht heißen soll, daß diese an dem Positiven der Gesamtbilanz der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht ihren Anteil gehabt hätten!)

Sind nicht das Wirken von Leipart und Genossen und seine Ergebnisse ein Anhaltspunkt dafür, daß die Evolution der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist – hin zur sozialen und kulturellen Emanzipation des Einzelnen und der Gesellschaft? – Aber das gewiß nicht im Selbstlauf, sondern – im Sinne eines Leipart – durch stetiges Wirken demokratischer Kräfte in diese Richtung.

Zum Schluß noch einmal Fritz Tarnow: „Seiner ganzen Denkungsart nach mußte Leipart als Gewerkschaftspolitiker den Weg der 'realen Möglichkeiten' gehen. Nicht etwa als ob er als nüchterner Rechner nur Gegenwartsmöglichkeiten gesehen hätte. Er war überzeugter Sozialist mit der glühenden Sehnsucht nach einer Umgestaltung der Gesellschaftsordnung und dem festen Glauben an die Verwirklichung dieses Ziels. Aber sein scharfer Verstand und seine unbestechliche Wahrheitsliebe auch gegen sich selbst warnten ihn vor der Illusion und dem Selbstbetrug von Wunschträumen. Sozialismus kann nicht erträumt, er muß durch soziale Gestaltung gemacht werden, und jeder praktische Schritt auf diesem Wege ist revolutionärer als ein noch so radikaler Wortresolutionismus – das war die feste

Grundlage seiner sozialistischen Weltanschauung. Er sah schon frühzeitig, daß selbst nach einer Eroberung der politischen Macht die Verwirklichung der sozialistischen Ziele nur in einem Entwicklungsprozeß möglich sei (und) daß dieser Prozeß bereits in der Gegenwart begonnen habe..."

Anmerkungen

1 Eberhard Fehrmann: Eine List der Geschichte. Soziologie und Gewerkschaftsbewegung heute, in: Sozialismus, Hamburg, H. 11, 1996, S. 32/33.

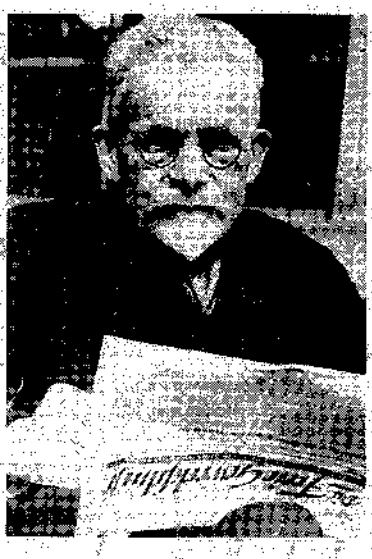
2 Dazu U. Plener: Theodor Leipart: Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz. Ein Lebensbild mit Dokumenten, 2 Bände, trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1999.

3 H. Mommsen: Staatliche Sozialpolitik und gewerkschaftliche Strategie in der Weimarer Republik, in: Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, Hg. von U. Borsdorf u. a., Köln 1977, S. 64, 65.

4 W. Abendroth in: Der Kampf um das Grundgesetz, Frankfurt/M. 1977, zit. nach H. Klenner: Recht und Gerechtigkeit, in: Marxistische Lesehefte 1, Berlin 1998, S. 94/95.

Biographien europäischer Antifaschisten

Ulla Plener



Theodor Leipart (1867–1947)

Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz –
Ein Lebensbild in Dokumenten

1. Halbband: Biographie

trafo verlag
dr. wolfgang weist

trafo verlag 2000 • 1. Halbband • 388 Seiten
ISBN 3-89626-079-0 • DM 39,80

Dietrich Hoffmann

Von der Schwierigkeit, zwischen Denken und Handeln zu vermitteln – und ihre Folgen für die 'Formationsentwicklung' im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert

(Bemerkungen zu: Wolfgang Eichhorn/Wolfgang Küttler, Geschichte in möglichen Perspektiven denken, in Sitzungsberichte, Band 34)

1. Warum die 'Denkstarre' überwunden werden muß

Die Frage nach der Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis ist nicht eben neu. Wahrscheinlich führt es nicht zu neuen Einsichten, sie abstrakt zu betrachten. Etwas anders liegt die Sache jedoch, wenn man konkret zu ergründen versucht, warum etwas, was vernünftig gedacht werden kann, nicht befriedigend getan bzw. zufriedenstellend verwirklicht wird.

Innerhalb der praktischen und zugleich politischen Philosophie haben diejenigen, die sich den Ideen der Aufklärung insgesamt verpflichtet fühlten und deshalb sowohl Freiheit als auch Gleichheit und Brüderlichkeit durchzusetzen bestrebt waren, die Vertreter der sogenannten 'Linken', spätestens 1989 die Erfahrung gemacht, daß ihre Utopien, ihre Hoffnungen auf die Möglichkeit einer besseren, fortschrittlicheren Welt bisher nirgends befriedigend realisiert wurden. Auch wenn viele es geahnt, zumindest befürchtet hatten, setzte der endgültige Zusammenbruch des Realsozialismus ihrem offenbar illusionären Denken zunächst ein Ende. REINHARD MOHR hat unter dem Titel 'Von der Revolte zur Denkstarre' die Folgen der Erlebniskatastrophe analysiert, bezeichnenderweise in der Zeitschrift DER SPIEGEL.[1] Es kennzeichnet die gegenwärtige Situation des 'beredten Schweigens', daß sich Periodika wie DER SPIEGEL, der ausdrücklich als 'Nachrichten-Magazin' firmiert, zunehmend zu 'Meinungs-Foren' wandeln – und Diskussionen, für die man sich wissenschaftliche Rationalität wünschen würde, darin mit journalistischer Emotionalität geführt werden, auf dem Markt sozusagen, wo die Meinungen dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen sind. Immerhin ist der Teil der Diagnose, der im Slogan der 'Denkstarre' gipfelt, evident. „Noch nie", schreibt MOHR, „ist die deutsche Linke so schwach, so orientierungslos, so marginalisiert gewesen wie jetzt – und so theorielos.[2]" Was der Autor zur Abhilfe empfiehlt,

wird leider nicht ebenso deutlich, denn er erteilt den Bemühungen zur Rettung des Begriffs Utopie ebenso eine Absage wie dem Aberglauben, „die theoretische Denuntiation des schlechten Ganzen" durch Gesellschaftskritik „bringe sozusagen zwangsläufig das Bild jener endgültig besten aller Welten hervor, an deren Realisierung die Mehrheit der Menschen zutiefst interessiert sein müßte".[3] Er scheint einen an den gegenwärtigen Problemen ansetzenden Praktizismus zu bevorzugen, der ihre unmittelbare Lösung im Blick hat und zu diesem Zweck die „nüchterne Prosa der alltäglichen demokratischen Praxis"[4] verwendet. Auch dazu benötigt man zwar eine theoretische Orientierung, aber sie muß nicht den Ansprüchen genügen, die an eine Gesellschaftstheorie gestellt werden. Diese Haltung entspricht zwar dem postmodernen Individualismus, erzeugt aber die Befürchtung, daß das, was auf diesem Wege *anders* wird, nicht zum *Besseren*, sondern zum *Schlechteren* führt, da es jede Einheitlichkeit der Intentionen vermissen läßt, von ihrer Verbindlichkeit ganz zu schweigen.

Es ist deshalb aus meiner Sicht zweckmäßig, den sehr viel mutigeren Vorschlag von WOLFGANG EICHHORN und WOLFGANG KÜTTLER zu prüfen, die nach einer überaus sorgfältigen – von ihnen als 'knappe Skizze' bezeichneten – Beschreibung „der wichtigsten Revolutions- und Formationsprozesse" des 19. und 20. Jahrhunderts feststellen: „Wir halten wenig von dem postmodernen Gerede gegen die 'großen Erzählungen' schlechthin. Es gibt keine wichtigere Kulturaufgabe ..., als begründete Erwägungen und Visionen über eine Welt zu erarbeiten, in der die Entwicklung der produktiven Kräfte der Menschen der Wohlfahrt aller und der freien Entwicklung der menschlichen Individualität dient und die Verwendung der produktive Kräfte in destruktive verhindert wird".[5] In der Tat: Wenn die Sinnfrage nicht mehr gestellt und zur Orientierung menschlichen Verhaltens bloß noch auf subjektive Zwecke gesetzt würde, entstünde eine chaotische und zudem unpolitische Praxis, über die keinerlei Verständigung mehr möglich wäre, auch in 'nüchterner Prosa' nicht. *Blinder* Aktionismus wäre die Folge, wie THEODOR W. ADORNO aus ähnlichem Anlaß bemerkt hat.[6] Vielleicht könnte man sich auf die Notwendigkeit eines kritisch erweiterten 'Pragmatismus' einigen, wie ihn JOHN DEWEY propagiert hat, um den 'deutschen' Rationalismus und den 'englischen' Empirismus zu versöhnen.[7] Unter dieser Perspektive kann mit Aussicht auf einen gleichsam *mittleren* Erfolg darüber nachgedacht werden, wie es weitergehen soll.

2. Anthropologisch bedingte Hindernisse alternativen Handelns

Meine grundsätzliche Zustimmung zum utopischen Denken und zur konzeptuellen Anstrengung bedeutet freilich nicht, daß ich der Argumentation von EICHHORN und KÜTTLER in allen Punkten folge. Die Autoren müßten nach meiner Auffassung zusätzlich zweierlei deutlich machen: erstens, daß das ihnen vorschwebende Ziel mit Hilfe der verwendeten Theorie besser zu bestimmen und sicherer zu verfolgen ist, als mit anderen, vor allem aber zweitens, daß es unter den gegebenen Bedingungen der Praxis überhaupt zu verwirklichen ist. Wenn ich den Beitrag richtig verstanden habe, übernehmen EICHHORN und KÜTTLER für die Bezeichnung der Aufgabe von FRIEDRICH ENGELs die – wie sie sagen – Formel, „daß die Menschen 'Herren ihrer eignen Vergesellschaftung' werden" sollen.[8] Nach der verwendeten Theorie bedeutet dies, daß sie trotz der Erfahrung des bisherigen Scheiterns zur „Formierung gesellschaftlicher, primär sozialökonomischer Strukturen" fähig werden sollen[9], und zwar im Sinne einer dauerhaften Kompetenz.

Unter pädagogischem Aspekt tritt dabei eine interessante Analogie in den Blick. ENGELs bzw. EICHHORN und KÜTTLER erstreben mit 'Formation' eine aufs Soziale gerichtete menschliche Fähigkeit, die wir individual als 'Bildung' bezeichnen. „Bildung ist Verfügung des Menschen über sich selber"[10], schreibt HEINZ-JOACHIM HEYDORN – und fügt hinzu: „Bildung enthält somit die Aufhebung jeder Unterdrückung des Menschen, damit notwendigerweise die Aufhebung der Klassengesellschaft".[11] Im Mittelalter – um die Genese des Begriffs wenigstens anzudeuten – war von 'formatio' die Rede, wenn man das meinte, was unter veränderten kulturellen Umständen später als Bildung bezeichnet wurde, und jeder Versuch, den deutschen Begriff *adäquat* ins Englische oder Amerikanische zu übersetzen, läuft auf 'formation' hinaus: geistesgeschichtlich begegnet man in diesem Umkreis mithin immer wieder der Vorstellung, daß individuelle und kollektive Mündigkeit zwei Seiten des Entwicklungsprozesses sind.[12]

Ich drücke dies etwas kryptisch aus, um an dieser Stelle nicht auf den in der Vergangenheit unter marxistisch orientierten Pädagoginnen und Pädagogen häufig geführten Streit darüber eingehen zu müssen, ob die Bewußtseinsbildung dem Klassenkampf vorangehen und ihn befördern könne, oder ob das richtige Bewußtsein erst zu erreichen ist, wenn man ihn gewonnen

hat. Wichtiger scheint mir zu sein, daß das Setzen auf Mündigkeit in jedem Falle mit einer optimistischen Anthropologie einhergeht. Da es kaum möglich ist, eine Verbesserung des Menschen oder gar der Gesellschaft durch die Menschen anzustreben, ohne anzunehmen, sie wollten dies auch, haben die oben erwähnten Linken meistens unterstellt, die Individuen seien an einer auf Selbständigkeit gerichteten Bewußtseinsbildung interessiert – und die Angehörigen der benachteiligten Klassen beabsichtigten, ihre Sozialisation selbst zu übernehmen. Diesen Annahmen entgegengesetzte Erfahrungen wurden mit den gesellschaftlichen Verhältnissen bzw. den Produktionsverhältnissen erklärt und dem Stande der Produktivkräfte zugerechnet. Auf eine Prüfung der Auffassungen mit Hilfe einer modernen Anthropologie wurde dabei verzichtet und vor allem die Einwände der Psychoanalyse gegen eine Überschätzung der Rationalität des Menschen bzw. die daraus resultierende Fehldeutung der Gründe seines Verhaltens wurden nicht zur Kenntnis genommen. SIEGFRIED BERNFELD ist eine – aus meiner Sicht – rühmliche Ausnahme, aber er war es auch, der die Grenzen der Erziehung sehr eng steckte und das Treiben von Erzieherinnen und Erziehern mit dem tragischen Schicksal des Sisyphos verglich.[13] „Der Mensch ist Sklave der seelischen Abläufe in ihm, aus denen er schließlich besteht", lesen wir bei BERNFELD.[14] Da die „Erziehung ... die Summe der Reaktionen einer Gesellschaft auf die Entwicklungstatsache"[15] ist, werden durch sie als gesellschaftlichem Prozeß – und ihre Schwester, die Bildung, als persönlichem Vorgang – keine ewigen Menschheitsideale erreicht[16], sondern allenfalls die Zustände, die das Individuum bzw. die Gemeinschaft für sich in der jeweiligen historischen Situation als befriedigend empfinden. Die Beschreibung der 'Formationsentwicklung' im 19. und 20. Jahrhundert von EICHHORN und KÜTTLER liefert, auch wenn die Autoren dies vielleicht gar nicht beabsichtigen, den Beweis dafür, daß die Menschen jedenfalls in politischen Dingen auf individuale und soziale Mündigkeit meistens verzichtet haben; vor allem, weil sie die damit verbundene Verantwortung scheute, wollten sie in diesem Zusammenhang weder Herr über sich selbst noch mit anderen gemeinsam Herren ihrer Vergesellschaftung sein. Sie nahmen – und nehmen – ihre Entfremdung sozusagen 'freiwillig' hin. ERICH FROMM hat die 'Furcht vor der Freiheit'[17] als eine dem *leichtfertig* unterstellten Drang nach der Freiheit antagonistisch entgegengerichtete Triebkraft menschlichen Verhaltens beschrieben. Tatsächlich haben in der

Vergangenheit Individuen die Bewußtseinsbildung häufig aufgegeben und Sozien ihren Befreiungskampf fast stets abgebrochen, sobald ihnen jemand die damit verbundenen bzw. die daraus resultierenden Schwierigkeiten abzunehmen versprach. Am schnellsten lösten sie sich davon, wenn darüber hinaus Kompensationen angeboten wurden. *Massenhaftes* Bemühen um individuale oder soziale Selbständigkeit ist innerhalb der in Rede stehenden ökonomischen Gesellschaftsformationen und ihrer Entwicklung deshalb nicht zu beobachten.

Für FROMM ergibt sich aus seiner Analyse ein kompliziertes Wechselverhältnis zwischen Individuen bzw. Sozien einerseits und Gesellschaftsentwicklungen bzw. 'Wirtschaftsströmungen' andererseits. Er schreibt: „Trotz der wechselseitigen Abhängigkeit wirtschaftlicher, psychologischer und (daraus hervorgehender – D.H.) ideologischer Kräfte besitzt doch jede derselben auch eine gewisse Unabhängigkeit. Dies gilt vor allem von der wirtschaftlichen Entwicklung ... Die psychologischen Kräfte werden zwar von den äußeren Lebensbedingungen geformt, aber ... sie sind Ausdruck menschlicher Bedürfnisse, die zwar umzuformen, aber nicht auszutreiben sind. In der ideologischen Sphäre finden wir eine ähnliche Autonomie; sie beruht auf den Gesetzen der Logik und dem im Verlauf der Menschheitsgeschichte erworbenen Wissen".[18] Ohne die Berücksichtigung der 'menschlichen Bedürfnisse' machen sowohl die Theorie als auch die Praxis von Menschenveränderung und Gesellschaftsverbesserung bildlich gesprochen 'die Rechnung ohne den Wirt'.

GEORG WILHELM FRIEDRICH HEGEL, KARL MARX und SIGMUND FREUD sind sich über die Ursachen dieses beklagenswerten Phänomens übrigens völlig einig. „Das rein einzelne Tun und Treiben des Individuums bezieht sich auf die Bedürfnisse, welche es als Naturwesen, d.h. als seiende Einzelheit hat ... Die Arbeit des Individuums für seine Bedürfnisse ist ebensosehr eine Befriedigung der Bedürfnisse der anderen als seiner eigenen, und die Befriedigung der seinen erreicht es nur durch die Arbeit der anderen", heißt es in der Phänomenologie des Geistes.[19] Man muß diese Sätze mit der Betonung auf dem Begriff 'Bedürfnisse' lesen und sie so realistisch deuten, wie KARL MARX zum Beispiel: „Die Ware ist ... ein äußerer Gegenstand, ein Ding, daß durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt. Die Natur dieser Bedürfnisse, ob sie z. B. dem Magen oder der Phantasie entspringen, ändert nichts an der

Sache."[20] Daß das Fressen dabei vor der Moral kommt, ist keine literarische, sondern eine wissenschaftliche Tatsache.

ABRAHAM H. MASLOW spricht von einer 'Bedürfnishierarchie', bei der zwischen den 'biologischen' und den 'höheren' Bedürfnissen, zu denen auch solche nach individualer und sozialer Verwirklichung gehören, ein großer Zwischenraum liegt.[21] In ihm ist an zweiter Stelle jenes 'Sicherheitsbedürfnis' angesiedelt, das – gleichsam Hamlets Zaudern begründend – jeder Veränderung entgegensteht.

Wie tief der begründete Zweifel an einer zu optimistischen Sicht des Menschen gehen muß, erkennt man aber erst mit Hilfe FREUDs. Er geht von vornherein davon aus, daß das Verhältnis des Individuums zu sich selbst und die Beziehungen zu den anderen, „auffallend den wirtschaftlichen Beziehungen ... im kapitalistischen Staat" gleichen, wie FROMM formuliert: „Jeder arbeitet für sich, individualistisch auf eigene Gefahr und nicht in erster Linie gemeinschaftlich". Die Abhängigkeit ist also gleichsam eine doppelte: die Bedürfnisse sind vorhanden, noch ehe das Individuum mit anderen in Berührung tritt, sie werden nicht nur ökonomisch umgeformt, sondern sie formen auch die ökonomischen 'Angebote' um: „So gleicht das Feld menschlicher Beziehungen im FREUDschen Sinne einem Markt; es ist ein Tauschplatz zur Deckung biologisch gegebener Bedürfnisse, und die Beziehung zum Partner ist immer nur ein Mittel zum Zweck, nie Ziel an sich".[22] Alles andere ist nicht utopisch, sondern illusionär, idealistischer Kinderglaube sozusagen. Es versteht sich dabei von selbst, daß die erwähnten Bedürfnisbegriffe nicht deckungsgleich sind, aber sie stellen idealistische, materialistische und realistische Varianten des einschlägigen psychischen Faktors dar.

3. Ökonomisch bedingte Hindernisse alternativen Handelns

Aber nicht nur die konstitutionellen Schwächen des Menschen, sondern auch die konventionellen, d. h. die auf mehr oder weniger stillschweigenden Übereinkünften beruhenden, scheinbaren Stärken einzelner Produktivkräfte lassen daran zweifeln, daß individuale und soziale bzw. kollektive Mündigkeiten erreicht werden können. Die „Gestaltungsmöglichkeiten von Entwicklungsprozessen in der Dialektik von Produktivkraftentwicklung

und Produktionsverhältnissen", die EICHHORN und KÜTTLER erwähnen[23], können augenscheinlich mit Erfolg *nicht* politisch, sondern mit einem hinreichenden Transformationsdruck *nur* ökonomisch, also vom Kapital genutzt werden. Sogar die Politik hat inzwischen fast überall aufgegeben, ökonomische Prozesse steuern zu wollen; da die Politikerinnen und Politiker sich davon überfordert fühlten, haben sie unter dem Slogan 'Deregulierung' den geordneten Rückzug angetreten, sich damit aber auch aus der Verantwortung gestohlen – und die 'eigengesetzliche' Optimierung des Kapitalismus erst richtig angeheizt. Etwas genauer ausgedrückt: Wer sich aufgrund der erwähnten Schwächen um die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse, d. h. um die Selbsterhaltung Sorgen machen muß, kann sich nicht um die Gestaltung seiner Lebensverhältnisse kümmern. Diejenigen, die dies könnten, arbeiten vorzugsweise an der Selbstgestaltung, d. h. sie gehen der Erfüllung ihres Anerkennungs-, Besitz- und Machtstrebens nach. Aus diesen Gründen sind die Emanzipation und die Mündigkeit der einen auch in der jüngeren Geschichte immer die Indoktrination, die Manipulation und die Unmündigkeit der anderen gewesen, die sie *erdulden* mußten. Was in den letzten beiden Jahrhunderten als Kampf von Weltanschauungen und die Auseinandersetzung um die Richtigkeit und Gerechtigkeit von Lebensweisen ausgegeben wurde, war von Anfang an oder wandelte sich zum Gegenstand von Auseinandersetzungen über Besitz und Macht. Der 'neue' oder 'flexible' Kapitalismus[24], oft beschönigend als 'neoliberaler' bezeichnet, in Wirklichkeit aber auf eine Weise 'entfesselt', daß EDWARD LUTTWAK von einem 'Turbo-Kapitalismus'[25] schreibt und andere von 'Hyperkapitalismus' reden, ist eine direkte Folge der Tatsache, daß es den Kapitaleignern zusammen mit dem Besitz zunehmend darum geht, die Macht, mit dem er bewahrt und vermehrt werden kann, *direkt*, d. h. ohne Delegation an einen oft 'unzuverlässigen' demokratischen Staat auszuüben. Dies geschieht am besten 'global'[26]. ELMAR ALTVATER hebt hervor, daß bereits MARX erkannt hat, daß die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen, im Begriff des Kapitals selbst gegeben ist.[27] Da Marktwirtschaften Geldwirtschaften sind und es sowohl den Kapitaleignern als auch ihren Managern bei dem Betrieb um den Profit geht, greifen sie zum Zwecke der Kapitalvermehrung – notfalls auch zur Erzielung bloß 'virtueller' Gewinne – rücksichtslos ein: nicht eine 'invisible', sondern die 'visible hand' wird wirksam.[28] Das schließt nicht aus, daß sich die 'Bosse' die Politik ökono-

misch und/oder ideologisch verpflichten, wenn sich die Möglichkeit bietet, z.B. durch die Hergabe von Spenden bzw. durch die Drohung mit der Aufgabe des 'Standorts Deutschland'.[29] Jeder Glaube daran und jede Hoffnung darauf, daß der Formationsprozeß nicht nur inneren Gesetzmäßigkeiten folgt, die sich in dem historischen Geschehen gleichsam 'objektivieren', sondern daß man sie zum Zwecke der Steuerung nutzen kann, ist ebenfalls illusorisch. Man sollte sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Arbeit ihre Chance auf eine revolutionäre Veränderung der Produktionsverhältnisse verspielt – und das Kapital sie genutzt und gewonnen hat; es gibt keine „Alternative des Beginnens einer neuartigen formationellen Entwicklungsreihe"[30] mehr.

Da das Fatale an jedem Formationsdenken ist, daß es als Beleg für die Wirksamkeit einer 'invisible hand' mißverstanden und die Annahme von Gesetzmäßigkeiten mechanistisch übertrieben werden kann[31], sollte man davon keinen Gebrauch mehr machen. Es tut der MARXschen Geschichtstheorie keinen Abbruch, wenn man zugibt, daß die angenommene Gesetzlichkeit zu allgemein und damit nicht reliabel genug ist, um komplexe gesellschaftliche Verhältnisse wie die gegenwärtigen zu diagnostizieren *und* die anschließende Entwicklung en detail zu prognostizieren; was EICHHORN und KÜTTLER eindrucksvoll nachweisen, ist lediglich, daß es gelingen kann, ökonomische Ereignisse *nachträglich*, sozusagen theoretisch-historisch in einen vernünftigen Zusammenhang zu bringen, aus zeitlicher Distanz und gewissermaßen en gros. Die interessierende praktisch-politische Frage ist nicht, ob es einen von den Vorstellungen und den Wünschen unabhängigen objektiv-realen Gesellschafts- und Geschichtsprozeß gibt[32], sondern, ob er mit hinreichender Sicherheit in der Gegenwart aufgedeckt und perspektivisch in die Zukunft extrapoliert werden kann.[33]

Die Schwierigkeit der angemessenen Analyse der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse durch Individuen und Sozien verhindert ihre günstige Veränderung auch deshalb, da die Medienindustrie die wirksame Fortsetzung der Aufklärung verschüttet, auf die ALTVATER am Ende seines oben erwähnten Aufsatzes verhalten setzt. Er meint von der 'Hymne auf die Globalisierung', die von interessierter Seite gesungen wird, daß sie „vielleicht ... ein Abgesang an die Aufklärung" sei, dann aufzählend, was aus seiner Sicht notwendig wäre: „Aufklärung über die Sachzwänge des Marktes, ... Aufklärung über die falschen Alternativen gesellschaftlicher Gestal-

tung."[34] Dies erinnert an HEYDORNs Feststellung: „Die politische Hoffnungslosigkeit setzt allein auf Bildung, die unermüdliche Wühlmaus"[35], deren Pessimismus er allerdings anschließend sogleich zurücknimmt, indem er anmerkt, daß sie 'aus der Institution' nicht zurückgezogen werden dürfe, da ihr Beitrag an keiner anderen Stelle geleistet werden könne. Dabei muß man akzeptieren, daß er Bildung für eine Angelegenheit einzelner hält, für ein notwendig elitäres Ereignis. Was wir hören, ist jedoch kein Abgesang, sondern allenfalls sein Nachhall, und an Bildung festzuhalten eher eine Konsequenz von Verzweiflung als von Hoffnungslosigkeit.

Der neue Kapitalismus hat sich mit einer nach seinen Prinzipien funktionierenden Medienindustrie umgeben – und zugleich im Internet unangreifbar gemacht. Wenn die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten nicht wären, erführen die Menschen durch die wirksamsten Massenmedien nur, was dem Kapital nützt; in jedem Fall ist es für *alle* schwierig, in der schieren Menge der sogenannten Informationen diejenigen ausfindig zu machen, die zu einer Aufklärung beitragen könnten. Damit hat der Kapitalismus, wie HANS MAGNUS ENZENSBERGER formuliert, auch 'digital' gesiegt.[36] Gerade in den Medien, deren Inhalte nur ein Vorwand für die Möglichkeit der Manipulation in Richtung auf ein bestimmtes Verhalten sind, wird der Mensch durch den Konsumenten ersetzt, Werte durch Preise, Intimität durch Voyeurismus – vom Stile der TV-Sendung 'Big brother' –, das Forum durch den Markt etc. Die Bevölkerung – um nicht zu sagen 'das Volk' – ist nur noch Kaufkraft, und damit gerade nicht mehr in erster Linie Arbeitskraft, wie es im klassischen, dem 'unvermittelten' Kapitalismus der Fall war. Auch das war bereits eine höchst inhumane Verengung; die deformierende Verlagerung des Schwergewichts auf Konsumtion wurde aber erst möglich, als der Kapitalismus nicht mehr befürchten mußte, daß seine humanen Defekte dadurch wirksam stigmatisiert werden könnten. Eine Industrie zum Schutze der Industrie: damit hat der Kapitalismus eine neue Qualität erreicht.

Die Hauptleistung der Medienindustrie, als 'Bewußtseinsindustrie', besteht aber nicht in der einfachen Verdummung, sondern darin, daß durch ihre Tätigkeit eine hochgradige Fragmentierung der Bewußtseine erreicht wird.[37] Mit den Zuspitzungen der Industriegesellschaft hat sich eine „neue soziologische Struktur" ergeben. Dabei handelt es sich um „funktionelle Differenzierungen ... von Fraktionen, die ... in sich sehr inhomogen sind ...

Vom Klassenbewußtsein in irgendeinem hergebrachten Sinne kann ohnehin keine Rede mehr sein."[38] RICHARD SENNETT beschreibt anschaulich die damit einhergehende Segmentierung der Gesellschaft und den sich dabei entwickelnden 'homo davosiensis'. Er ist der Gewinner im System des neuen Kapitalismus, geht keine langfristigen sozialen Bindungen mehr ein und nimmt die notwendige individuale Persönlichkeitsspaltung hin: „Die wahren Sieger leiden nicht unter der Fragmentierung, sie regt sie vielmehr an, an vielen Fronten gleichzeitig zu arbeiten; das ist ein Teil der Energie, die den irreversiblen Wandel antreibt ... Auf den Charakter jener, die keine Macht haben, wirkt sich das neue Regime ganz anders aus".[39] Der Homo davosiensis ist gerade kein Gebildeter, gleichwohl bedeutet der Prozeß der Fragmentierung, daß dann, wenn überhaupt noch individuale Mündigkeit erreicht wird, sie das Entstehen von sozialer bzw. kollektiver unter den herrschenden Bedingungen eher verhindert als begünstigt. Die Segmentierung verläuft nach der Ansicht ENZENSBERGERs auch deshalb erfolgreich, weil „das herrschende Regime mit einem ganz neuen Tugendkatalog ... operiert ..., der alle früheren ethischen Codes außer Kraft setzt. Prämiert werden Eigenschaften, die früher eher als verdächtig galten. Als wichtigste Kardinaltugend gilt die Flexibilität."[40] Damit schließt sich der Kreis: Die *verlangte* Flexibilität resultiert nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche, und sie erzeugt Schwäche, wie SENNETT nachweist.

Diese Erkenntnis hat inzwischen dazu geführt, daß unter dem Stichwort 'Partizipation' darüber diskutiert wird, wie durch aktive Beteiligung einzelner und kleiner Gruppen erreicht werden kann, daß individuale und soziale Mündigkeit entsteht. Sie muß *praktisch* erreicht werden, d. h. unter 'Absehen' von den augenscheinlich nicht verfügbaren politischen Utopien bzw. den fehlenden alternativen ökonomischen Modellen.[41] Daraus könnte dann ein 'anderes' perspektivisches Handeln entstehen, wenn das hinzugenommen wird, was EICHHORN und KÜTTLER am Ende ihres meine Überlegungen anregenden Aufsatzes fordern, nämlich „die Analyse von Interessenverbindungen und möglichen Bündnissen für Gegenmächte in konkreten Existenzfragen sowohl unterschiedlicher Regionen als auch der Welt im ganzen".[42]

Fußnoten

1 REINHARD MOHR: Von der Revolte zur Denkstarre. In: DER SPIEGEL 2/2000, S. 164–174.
2 A.a.O., S. 164.
3 A.a.O., S. 170. Das war genaugenommen die Vorgehensweise der Kritischen Theorie der sogenannten Frankfurter Schule, von der sich JÜRGEN HABERMAS, dessen Schüler REINHARD MOHR ist, allerdings inzwischen gelöst hat.
4 A.a.O., S. 174. Bei dieser Definition handelt es sich um eine Äußerung von TONY JUDT, die MOHR verwendet, ohne sie genau nachzuweisen.
5 WOLFGANG EICHHORN/WOLFGANG KÜTTLER: Geschichte in möglichen Perspektiven denken. Formationsentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozität 34(1999)7, S. 31.
6 „Feindschaft gegen Theorie im Geist der Zeit, ihr keineswegs zufälliges Absterben, ihre Ächtung durch die Ungeduld, welche die Welt verändern will, ohne sie zu interpretieren, während es doch an Ort und Stelle geheißen hat, die Philosophen hätten bislang bloß interpretiert – solche Theoriefeindschaft wird zur Schwäche der Praxis." THEODOR W. ADORNO: Marginalien zu Theorie und Praxis. In: DERS.: Stichworte. Kritische Modelle 2. Frankfurt am Main 1969, S. 169–191. Zitat S. 176.
7 JOHN DEWEY: Die Erneuerung der Philosophie (1948). Hamburg 1989, S. 145. Der Vorschlag muß allerdings sorgfältig geprüft werden, da man durchaus eine Brücke von DEWEYs Ansichten zur Postmoderne schlagen kann, z. B. zu den Auffassungen PAUL FEYERABENDs (vgl. FEYERABEND: Erkenntnisse für freie Menschen. Veränderte Ausgabe. Frankfurt am Main 1980). Und außerdem ist zu beachten, daß das Ziel DEWEYs nicht Veränderung, sondern 'Vollendung' von vorliegenden Bewegungen ist (vgl. DEWEY: Die Erneuerung der Philosophie. A.a.O., S. 42).
8 EICHHORN/KÜTTLER, Geschichte in möglichen Perspektiven denken. A.a.O., S. 43.
9 Ebenda.
10 HEINZ-JOACHIM HEYDORN: Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs. Frankfurt am Main 1972, S. 120.
11 A.a.O., S. 121. HEYDORN beruft sich bei seiner Diskussion des Bildungsbegriffes häufig auf FRIEDRICH DANIEL ERNST SCHLEIERMACHER, verständlich angesichts dessen Neigung, universelle und individuelle Ziele in der Erziehung (sic!) miteinander zu verbinden. SCHLEICHERMACHER besitzt aber keinen wirklich attraktiven Bildungsbegriff. Diesen findet man zu jener Zeit eher bei JOHANN GOTTLIEB FICHTE, dem Antipoden. „Die erste Bedingung aller menschlichen Bildung", heißt es bei ihm, „ist unumschränkte Selbständigkeit ... Wer nach fremder Einsicht wollen muß, ist nicht frei" (FICHTE: Die Republik der Deutschen. Aus den Jahren 1806/07. In: DERS.: Sämtliche Werke. Hg. v. I.G. FICHTE. Leipzig 1844–46. Band 7, S. 535). FICHTE betont ausdrücklich, daß jeder Mensch einmal selbständig werden soll.
12 DIETRICH HOFFMANN: Bildung – Halbbildung – Unbildung. Der Verfall eines pädagogischen Sachverhalts. In: DERS. (Hrsg.): Rekonstruktion und Revision des Bildungsbegriffs. Vorschläge zu seiner Modernisierung. Weinheim 1999, S. 15–48, bes. S. 18f.
13 SIEGFRIED BERNFELD spielt auf die These JOHANN FRIEDRICH HERBARTs an, daß die Pädagogik als Wissenschaft zum einen von der praktischen Philosophie abhänge, von der sie das Ziel der Bildung, und zum anderen, von der Psychologie, von der sie den

Weg, die Mittel und die Hindernisse gezeigt bekomme (vgl. HERBART: Umriss pädagogischer Vorlesungen. Göttingen ²1841, S. 1), wenn er feststellt: Die Erziehungswissenschaft wird erst dann „breit und solid ... sein, wenn statt der Ethik die Sozialwissenschaft, und zwar in ihrer härtesten und lebendigsten Form, der Marxschen, die Psychologie, in ihrer tiefsten und lebendigsten Form, der Freudschen, (sic) ergänzen wird" (BERNFELD: Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung [1925]. Frankfurt am Main ²1967, S. 67).

14 A.a.O., S. 56.

15 A.a.O., S. 51.

16 A.a.O., S. 40.

17 ERICH FROMM: Die Furcht vor der Freiheit. Frankfurt am Main 1966. FROMM ist nicht ganz so skeptisch, was die menschliche Triebstruktur betrifft, wie SIGMUND FREUD (vgl. a.a.O., S. 18f.).

18 A.a.O., S. 288f. Vgl. dazu in Anmerkung 24 die Auffassungen von JOHANN HEINRICH PESTALOZZI.

19 GEORG WILHELM FRIEDRICH HEGEL: Phänomenologie des Geistes. Leipzig 1907, S. 232. Einige Zeilen davor heißt es – eigentlich noch klarer, aber nicht so häufig zitiert: „Das rein einzelne Tun und Treiben des Individuums bezieht sich auf die Bedürfnisse, welche es als Naturwesen, d.h. als seiende Einheit hat" (ebenda).

20 KARL MARX: Das Kapital. Erster Band. Frankfurt am Main 1972, S. 49.

21 ABRAHAM H. MASLOW: Motivation und Personality (rev. ed.). New York 1970. Vgl. PHILIP G. ZIMBARDO/RICHARD J. GERRIG: Psychologie. Berlin ⁷1999, S. 324f. ZIMBARDO und GERRIG halten die von mir eher aus Skepsis erwähnte Theorie von MASLOW für zu 'optimistisch', da in ihr zugleich angenommen werde, daß jeder Mensch „das Bedürfnis nach ... voller Entfaltung seines Potentials hat" (a.a.O., S. 325). Die Autoren kritisieren vor allem, daß Macht- und Dominanzstreben sowie Aggressionsneigung dabei nicht berücksichtigt werden.

22 FROMM: Die Furcht vor der Freiheit, A.a.O., S. 19.

23 EICHHORN/KÜTTLER: Geschichte in möglichen Perspektiven denken, A.a.O., S. 40.

24 Vgl. RICHARD SENNETT: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin 1998. SENNETT beschreibt eindrücklich, welche Veränderungen in der Entwicklung der Persönlichkeiten von Menschen aufgrund der Spielregeln des gegenwärtigen Kapitalismus stattfinden. Dabei wird der Circulus vitiosus deutlich, der dadurch entsteht, daß die Menschen im Geschichtsprozeß sowohl Täter als auch Opfer sind, und zwar dialektisch – und das heißt *zugleich*. Der erste Pädagoge, der nach meinem Wissen diesen Gedanken aufschrieb, war J. PESTALOZZI. „So viel sah ich bald", formulierte er in dem Buch 'Meine Nachforschungen über den Gang der Natur in der Entwicklung des Menschengeschlechts', „die Umstände machen den Menschen, aber ich sah eben so bald, der Mensch macht die Umstände ..." (PESTALOZZI: Ausgewählte Schriften. Hg. v. W. FLITNER, Godesberg 1949, S. 222). PESTALOZZI ist 'optimistisch', d. h. er formuliert diesen Satz, um die Kraft hervorheben zu können, die den Menschen befähigt, die Umstände nach seinem Willen zu lenken. Dies ändert aber nichts daran, daß der kraftlose Mensch unterliegt – und mächtige Umstände sogar kräftige Menschen überwältigen können.

25 EDWARD LUTTWAK: Turbo-Kapitalismus. Gewinner und Verlierer der Globalisierung. Hamburg 1999.

26 Aus Raumgründen kann ich an dieser Stelle nicht darauf eingehen, daß die sogenannte Globalisierung im Kern eine Amerikanisierung ist. Der vorgeschobene Begriff soll rechtfertigend davon ablenken und zugleich eine Zwangsläufigkeit suggerieren, die ohne den aggressiven Ökonomismus der amerikanischen Wirtschaft gar nicht bestünde.

27 ELMAR ALTVATER: Die prästabilierte Harmonie, die unsichtbare Hand und die moderne Globalisierung. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Band 23. Berlin 1998, S. 5–38, Hinweis S. 16f.

28 Vgl. a.a.O., S. 23ff.

29 KURT BIEDENKOPF hat sich vor kurzem in einer Fernsehsendung gebrüstet, daß es die geschichtliche Leistung der CDU sei, nicht nur Katholiken und Protestanten, sondern auch Kapital und Arbeit miteinander 'versöhnt' zu haben. Daß einzelne Funktionäre der SPD und der Grünen sich etwas darauf zugute halten, daß das fortschreitet, was ich weiter unten ökonomische Amerikanisierung nenne, um den positiven Klang des Begriffes 'Globalisierung' zu vermeiden, zeigt das ganze Ausmaß der Verdunklung des Bewußtseins, die eintritt, wenn man zu schieben glaubt, in Wahrheit aber geschoben wird. FREUD nannte das 'Rationalisierung', MAX HORKHEIMER und ADORNO sprachen, die Sache vom Individualen ins Soziale übertragend, von 'Ideologisierung' (im engeren Sinne, d.h. in dem der Kritischen Theorie).

30 EICHHORN/KÜTTLER: Geschichte in möglichen Perspektiven denken. A.a.O., S. 38.

31 A.a.O., S. 16.

32 Vgl. Philosophisches Wörterbuch. Hg. v. G. KLAUS/M. BUHR Leipzig 111975. Band 2, S. 888–889, Hinweis S. 888.

33 Dies müßte auch dann feststehen, wenn man eine Aussage darüber machen wollte, ob ein katastrophaler Abbruch der erreichten Hochzivilisation „bis hin zu den ja tatsächlich faßbaren Gefahren des Untergangs der Gattung homo sapiens" droht (EICHHORN/KÜTTLER: Geschichte in möglichen Perspektiven denken. A.a.O., S. 38).

34 ALTVATER: Die prästabilierte Harmonie ... A.a. O., S. 36.

35 HEYDORN: Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs. A.a.O., S. 127.

36 HANS MAGNUS ENZENSBERGER: Das digitale Evangelium. In: DER SPIEGEL 2/2000, S. 92–101, Hinweis S. 97.

37 Wenn man es weniger aufgeregt ausdrücken will, kann man auf die soziologische Feststellung der fortschreitenden Individualisierung und Entsolidarisierung verweisen. Vgl. ULRICH BECK: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986.

38 ENZENSBERGER: Das digitale Evangelium. A.a.O., S. 100. BECK weist darauf hin, daß von den zunehmenden sozialen Ungleichheiten in der gegenwärtigen Gesellschaft deshalb kein bedeutender Druck ausgeht, weil sich die Betroffenen 'jenseits von Klasse und Schicht' befinden bzw. nicht in solchen Strukturen sozial miteinander verbunden sind (BECK: Risikogesellschaft. A.a.O., S. 121f.). Vgl. auch die Beschreibung der 'Milieus' bei GERHARD SCHULZE: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt am Main [6]1996, bes. S. 169ff. „Insgesamt gesehen sind die Medien ein Depolitisierungsfaktor, der seine Wirkung vor allem bei denjenigen Bevölkerungsteilen entfaltet, die bereits am meisten depolitisiert sind, also mehr bei Frauen als bei Männern, mehr bei denen mit niedriger Schulbildung als bei denen mit hoher, mehr bei den Armen als bei den Reichen" (PIERRE BOURDIEU: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Frankfurt am Main 1999, S. 107). Die eigentliche Gefahr dieses Vorgangs beruht auch für BOURDIEU auf der Überwältigung der Menschen durch den 'free trade faith' der neoliberalen Utopie, wie er sagt, die die weltanschauliche Alleinherrschaft angetreten habe (a.a.O., S. 137).

39 SENNETT: Der flexible Mensch. A.a.O., S. 79f. Er spricht von Homo davosiensis, weil sich die Erfolgreichen wie zum Beispiel Bill Gates absichtsvoll in Davos präsentieren. Die

Resignation SENNETTs wird in folgenden Feststellungen erkennbar: „Meine Eltern und Großeltern gehörten der amerikanischen Linken an. Mein Vater und mein Onkel kämpften im Spanischen Bürgerkrieg, zunächst gegen die Faschisten, gegen Ende des Krieges aber auch gegen die Kommunisten ... Meine eigene Generation mußte ihre Hoffnungen begraben, als der revolutionäre Aufschwung von 1968 ... versickerte" (A.a.O., S. 77).

40 ENZENSBERGER: Das digitale Evangelium. A.a.O., S. 100.

41 Vgl. DIETRICH HOFFMANN: Partizipation. Zur pädagogischen Verwendung eines politischen Begriffs. In: DERS. (Hrsg.): Rekonstruktion und Revision des Bildungsbegriffs. A.a.O., S. 232–250.

42 EICHHORN/KÜTTLER: Geschichte in möglichen Perspektiven denken. A.a.O., S. 48.

Johannes Irmscher

Von der Aufklärung zur Manipulation
Das mahnende griechische Beispiel

Zum Beitrag von Herbert Hörz, Wissenschaft als Aufklärung? Von der Postmoderne zur Neomoderne. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 28(1999)1)

Daß Wissenschaft und Aufklärung engstens zusammengehören, ja auf Partien geradezu identisch sind, hat der Vortrag, und zwar auf ein neues Mal, höchst eindrucksvoll vor Augen geführt. Dabei bediente sich der Vortragende eines sehr weiten, wenn man so will, dezidiert philosophischen Aufklärungsbegriffes, der sich jedenfalls nicht auf die historische Emanzipationsbewegung der Bourgeoisie beschränkte, deren Anfänge bereits im ausgehenden 16. Jahrhundert liegen, die aber im wesentlichen mit dem 17. und namentlich mit dem 18. Jahrhundert verbunden ist. Geht man hingegen so, wie es auch Herbert Hörz tat, von einem ursprünglichen und damit zugleich breiteren Aufklärungsbegriff aus – Aufklärung ist nach der Formulierung Immanuel Kants von 1781 „Ausgang das Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit"[2], so paßt dieser nicht nur für die Gegenwart und insbesondere für die bürgerliche Aufklärung, sondern ist zugleich auf ähnliche Phänomene in früheren Gesellschaften übertragbar.

In bezug auf das alte Griechenland hat man sich, nicht ohne eine gewisse Zögerlichkeit[3], mit Hegel bereit gefunden, im Hinblick auf die Sophistik von einer Aufklärungsbewegung zu sprechen. In der Tat kann die Leistung nicht hoch genug eingeschätzt werden, welche die griechischen Philosophen vollbrachten, indem sie die Aufmerksamkeit, die vordem vornehmlich den Naturerscheinungen gegolten hatte, auf die Gesellschaft und auf das Individuum hinlenkten; dabei begnügten sie sich jedoch nicht mit der Verzeichnung der Phänomene oder einer bloßen Faktologie[4], sondern waren stets darauf bedacht, die Beziehung des Subjekts zu jenen Phänomen zu reflektieren.

Verbunden war jene spezifisch-griechische Form der Aufklärung mit der Sophistik, und die auf solche Weise erfolgte Hinwendung von dem objektiv Seienden zum Subjekt des Menschen ist mit Recht als Wende des philosophischen Denkens charakterisiert worden[6]. Wenn bis dahin dem Objekt der Primat zukam, wurde nunmehr das Subjekt, das heißt der Mensch, in der

Formulierung des Sophisten Protagoras (Fragment 14)[7] zum Maß aller Dinge. Unter solchen Gegebenheiten war es voll begründet, wenn in der Literaturgeschichte das Auftreten der Sophisten als entscheidender Einschnitt betrachtet wurde[8].

Ein wesentliches Kriterium, das durch die Sophisten in das philosophische Denken eingeführt wurde, ist die Frage nach dem Nutzen, dem persönlichen oder gesellschaftlichen Nutzen. Was macht dabei den Unterschied zwischen dem Weisen und dem Nichtweisen aus? Zum differenzierenden Kriterium wird dabei die Fähigkeit, aus einer jeden Sache das Beste für sich und die Polis zu machen[9]. Diese Zielsetzung läßt sich ethisch kaum beanstanden. Der Gedanke wurde jedoch folgerichtig weitergeführt, und zwar von Protagoras selbst (Fragment 2). Der Sophist, so lehrte er, könne demgemäß imstande sein, „die schwächere Seite zur stärkeren zu machen"; dabei stieß er auf verständlichen Widerspruch, wie noch Aristoteles zu berichten wußte[10]. Nicht zufällig steht jener Satz in der „Rhetorik" des Weisen aus Stageiros. Denn die Rhetorik bot ja auf weite Strecken in Theorie und Praxis die Nutzanwendung aus jenen sophistischen Überlegungen. Mit einer gewissen Folgerichtigkeit führte somit ein direkter Weg von der sophistischen Aufklärung zur Manipulation.

Der Begriff Manipulation ist modern. Die Römer kannten nur die Grundbedeutung manipulus, „eine Handvoll, ein Bündel" und den sich darauf gründenden militärischen Terminus Manipulus (Manipel) = eine Einheit von für gewöhnlich 120 Mann; manipularius hieß der Soldat ohne Dienstgrad[11]. Das Kirchenlatein der ausgehenden Antike und des Mittelalters brachte bemerkenswerte Erweiterungen ein. Neben den geläufigen Bedeutungen wurde manipulus verwendet zur Bezeichnung eines liturgischen Gewandstückes = Manipel. Überdies bildete sich ein im klassischen Latein nicht belegtes Substantiv manipulatio mit der Grundbedeutung „Handgriff", aber auch mit der metaphorischen „Kunstgriff"[12]. Fest steht jedenfalls, daß der heutige Begriff der Manipulation beziehungsweise des Manipulierens in dieser (politischen) Ausprägung erst jüngsten Datums ist[13], mochte ihr Gegenstand im Alltagsgeschehen, aber auch in Biologie und Medizin[14], seit dem Zweiten Weltkrieg die allergrößte Bedeutung gewinnen. Indessen wußte bereits die Antike um den Ursprung der Manipulation aus der Aufklärung heraus und reflektierte mit dieser verbundene Gefahren. Diese Erkenntnis ist heute aktueller denn jemals vorher.

Anmerkungen

1 So Georg Klaus – Manfred Buhr, Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1964, S. 54ff.
2 Zitiert nach Friedrich Kluge – Alfred Götze, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 15. Aufl. Berlin 1951, S. 39.
3 Vgl. etwa Gurst bei Johannes Irmscher, Lexikon der Antike, 10. Aufl. Leipzig 1990, S. 76.
4 Bemerkenswertes über die antike Wissenschaft bei Strohmaier in: Irmscher a.a.O. S. 635.
5 Helmut Seidel, Von Thales bis Platon, Berlin 1980, S. 128.
6 Seidel a.a.O. S. 128.
7 Wilhelm Capelle, Die Vorsokratiker, Lizenzausgabe Berlin 1958, S. 331.
8 Wilhelm Schmid – Otto Stählin, Geschichte der griechischen Literatur, 1, 3: Die griechische Literatur bis zur attischen Hegemonie nach dem Eingreifen der Sophistik, München 1940, S. 12ff.
9 Seidel a.a.O. Z. 135.
10 Aristoteles, Opera, rec. Immanuel Bekker, 2. Aufl. (Olof Gigon), 2, Berlin 1960, S. 1402a.
11 Karl Ernst Georges, Ausführliches lateinisch-deutsches Handwörterbuch, 2. Aufl, (Heinrich Georges) 2, Hannover 1918, S. 798f.
12 Albert Sleumer, Kirchenlateinisches Wörterbuch, Limburg 1926, 38. 495.
13 Günter Kempcke, Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache 2, Berlin 1984, S. 756.
14 Vgl. den „Schlüsselbegriff" Manipulation in: Brockhaus Enzyklopädie, 19. Aufl., 14, Mannheim 1991, S. 148ff.

Joachim Heidrich

Walter Ruben (26.12.1899 – 7.11.1982) Anläßlich seines einhundertsten Geburtstages

Ruben stammte aus dem liberalen Hamburger Bürgertum und einem kulturinteressierten, wohlhabenden Elternhaus. Eine romantische Hinwendung zu den Kulturen der Antike und Indiens – so bekannte er selbst – bewog ihn, bereits als Gymnasiast ab 1915 Privatunterricht in Sanskrit zu nehmen, und zwar bei dem Norweger Sten Konow , der damals als Professor für Kultur und Geschichte Indiens am Kolonialinstitut der Hansestadt lehrte. Nach dem Schulabschluss 1917 wurde Ruben zum Militärdienst einberufen und lernte noch als Soldat die letzte Phase des Krieges kennen. Wieder heimgekehrt, begann er mit dem Studium der Indologie, das er ab 1919 – Konow ging nach Norwegen zurück – in Bonn bei Hermann Jacobi mit dem Schwerpunkt indische Logik fortsetzte. Der bedeutende Sanskritist Jacobi übte zwischen 1919 und 1931 als Lehrer und Ratgeber einen nachhaltigen Einfluss auf Rubens wissenschaftlichen Werdegang aus. Ein anderer Lehrer war der angesehene Philologe Heinrich Lüders in Berlin, bei dem Ruben 1923/24 drei Semester studierte. Neben dem Fach Indologie betrieb Ruben intensiv das Studium des Griechischen und Lateinischen sowie der Philosophie. Die Promotion erfolgte 1924 bei Jacobi mit einer Arbeit über „Die Lehre von der Wahrnehmung in den Nyāya Sūtras III.1". 1927 habilitierte Ruben ebenfalls bei Jacobi mit der Übersetzung und Interpretation der Nyā ya Sūtras. Eine Gelegenheit zur Annahme einer Privatdozentur bot sich ihm aber erst 1931 in Frankfurt am Main.

Die vorrangigen Gebiete Rubens waren Philosophie und Literatur. Darauf konzentrierten sich auch seine späteren Forschungen. Seine Interessen waren jedoch weitgefächert. Rubens Handhabung der altindischen Philologie verrät schon früh ein anderes Herangehen an die Materie, als es in der damaligen – und besonders der deutschen – akademischen Indologie üblich war. Der von Ruben eingeschlagene Weg erinnert an die Orientierung, die Generationen vor ihm ein herausragender deutscher Indologe, Christian

Lassen, den Vertretern seiner Zunft gegeben hatte. Lassen hatte in der Vorrede zur ersten Auflage seiner „Indischen Altertumskunde" von 1847 dazu aufgerufen, die Kenntnis der Sprache für das Verständnis der Schriften zu nutzen, sonst sei sie für die historische Forschung unbrauchbar. Dafür wiederum reiche die Kenntnis der grammatischen Formen und Wörter nicht aus, „sondern es muss noch die genaue Bekanntschaft mit dem ganzen Kulturzustand der Inder hinzukommen." [1] Eben dieses Bemühen finden wir bei Ruben. Ein weiterer Aspekt seines persönlichen Werdegangs ist zu nennen. Ruben beschäftigte sich in Bonn – angeregt durch Fritz Graebner und Fritz Kern – mit Ethnologie, speziell mit kulturhistorischen Fragen. Er machte die Bekanntschaft mit führenden Vertretern der Wiener Kulturkreislehre: W. Koppers, R. v. Heine-Geldern und O. Menghin. In Frankfurt unterhielt Ruben Kontakt zu dem von dem Ethnologen und Afrikanisten Leo Frobenius geleiteten Institut für Kulturmorphologie. Beeinflusst von diesen Persönlichkeiten und den durch sie repräsentierten Schulen wandte sich Ruben stärker der Methode des Kulturvergleichs zu.[2] Daneben beschäftigten ihn längerfristig angelegte Arbeiten. Bereits in Bonn unter Jacobi begonnene textkritische Untersuchungen zum Rāmāyana schloss Ruben in Frankfurt ab. Ihre Veröffentlichung 1936[3] diente als Grundlage für eine kritische Ausgabe des ersten Teils des Epos in Indien durch Raghu Vira 1938.

Ruben war aus dem Weltkrieg als Kriegsgegner und mit Sympathien für die politische Linke zurück gekommen. Die einsetzende Radikalisierung des politischen Lebens in Deutschland in den späten Zwanzigern weckte sein Interesse an politischen Fragen. In Bonn schloss er sich den Roten Studenten an. In Frankfurt wurde er Mitglied der Internationalen Arbeiterhilfe und besuchte die Abendschule für Marxismus (MASCH). Als in Deutschland die Nazis an die Macht kamen, zog sich Ruben von der Lehrtätigkeit zurück und lebte einige Zeit in einem Dorf im Odenwald bei Heidelberg, wo die Mutter einen Bauernhof besaß. 1935 folgte er – vermittelt durch H. Lüders – einem Ruf auf den indologischen Lehrstuhl der neugegründeten Historischen Fakultät an der Universität Ankara. Auf diese Weise entzog er sich der Gefahr rassistischer Verfolgung. Die folgenden 13 Jahre verbrachte Ruben mit seiner Familie in der Türkei.

Die Emigrationszeit bedeutete für Ruben die weitgehende Isolierung vom deutschsprachigen Wissenschaftsbetrieb und brachte viele Härten mit sich. Dennoch war sie zugleich eine fruchtbare Zeit. Von der Türkei aus rei-

ste Ruben 1936/37 zu einem sechsmonatigen Forschungsaufenthalt nach Indien. Zwei Monate lang untersuchte er die Ādiväsis (Stammesgruppen) in Chota Nagpur, besonders die Āsur. Die dort gewonnenen Erfahrungen überzeugten Ruben von der Bedeutung der Ur- und Frühgeschichte sowie der Ethnologie für das Studium der indischen Kultur. Die Resultate des Forschungsaufenthaltes sind in der Monografie „Eisenschmiede und Dämonen in Indien" [4] veröffentlicht. Als zentrales Thema behandelt der Verfasser; gestützt auf die Methode der Wiener Schule der Kulturkreislehre, die Herausbildung des Hinduismus als Ergebnis eines Synkretismus von vorarischen und arischen Vorstellungen. Etwa zeitgleich leitete Ruben in einem Aufsatz den Yoga aus schamanistischen Praktiken her[5], und in einer 1940 veröffentlichten Abhandlung „Über den Ursprung des indischen Dramas" griff er erneut auf ethnographische Quellen zurück[6]. Rubens Veröffentlichungen zu folkloristischen und mythologischen Themen nutzten die vergleichende Methode der finnischen Folklore-Schule, ausgeprägt z. B. in der Monografie „Ozean der Märchenströme."[7] In einem anderen Werk aus seiner Ankaraner Zeit, der Monografie „Krishna: Konkordanz und Kommentar der Motive seines Heidenlebens"[8], prüfte Ruben die Aussagen des Epos Mahabharata ebenfalls anhand ethnographischer Quellen. Er griff später wieder auf ethnographische Quellen zurück in seiner Untersuchung „Über die Literatur der vorarischen Stämme Indiens."[9] Hier analysierte er aufgezeichnete Märchen, Erzählungen und Lieder von Stammesgruppen in der Absicht, die „umgeschriebenen" frühen Schichten der indischen Literatur zu rekonstruieren und Aufschlüsse über die Lebensverhältnisse prähistorischer Gesellschaften zu gewinnen. Ein anderes Produkt seiner Ankaraner Zeit war Rubens Monografie über „Krishna. Konkordanz und Kommentar der Motive seines Heldenlebens".[10]

Von August 1944 bis Januar 1946 war Ruben samt seiner Familie und gemeinsam mit anderen deutschen und österreichischen Emigranten in der kleinen zentralanatolischen Stadt Kirshehir interniert. Ruben verwendete die Zeit zum Studium einiger Texte, die ihm zur Verfügung standen, darunter das „Arthaśāstra", das so genannte Staatslehrbuch des Kautalya, zu dem er später immer wieder zurückkehrte. Seinerzeit gelang es einer Gruppe linksorientierter Emigranten, einige Schriften in der Schweiz (Zürich) heraus zu bringen. Darunter befand sich ein Buch von Ruben über „Indisches Mittelalter"[11] sowie eine Broschüre mit dem für seine weitere Arbeit pro-

grammatischen Titel: „Indien im Rahmen der Weltgeschichte" (1945). 1946 nahm Ruben seine Lehrtätigkeit in Ankara wieder auf. In Bern erschien 1947 sein Buch über „Die Philosophen der Upanishaden."

1948 folgte Ruben einem Ruf an die Staatsuniversität Santiago in Chile, wo er anderthalb Jahre arbeitete. Der Aufenthalt lenkte sein Interesse auf die Kultur und Geschichte der Indios in den Kordilleren. Die Universität gewährte Ruben die Möglichkeit zu zwei Forschungsreisen in die Atacama-Region in Nordchile sowie in die Gegend des Titicaca-Sees und zur Ruinenstätte von Tiahuanaco in Bolivien. Den Ertrag der Feldforschungen und des Studiums einschlägiger Literatur legte Ruben in einer 1952 bereits in der DDR veröffentlichten Monografie vor.[12]

Die lateinamerikanischen Erfahrungen bewogen Ruben endgültig, zur Kulturkreislehre auf Distanz zu gehen. Bereits im Laufe seiner Forschungen in der Türkei hatte er feststellen müssen, dass sich das Schema der Kulturkreisabfolge weder zur Erklärung der indischen Verhältnisse noch der universalgeschichtlichen Entwicklung eignete. Rubens erklärtes Ziel war es, den Platz Indiens in der Weltgeschichte zu bestimmen. Er beabsichtigte, mit Hilfe des Vergleichs und der Gegenüberstellung spezifischer Entwicklungen zunächst in (Alt)Indien und dem Europa der Antike zu Einsichten in die universale Zivilisationsentwicklung zu gelangen und Regelmäßigkeiten der gesellschaftlichen Evolution durch Aufspüren von Analogien oder Parallelen in anderen Regionen wie China und Lateinamerika heraus zu arbeiten. Auf der Suche nach einer geeigneten Methode wandte sich Ruben intensiver dem historischen Materialismus zu. Für die Beschäftigung mit der marxistischen Theorie eröffnete sich ihm eine günstigere Gelegenheit mit seiner Übersiedlung in die DDR, wo er zum 1. Januar 1950 den Lehrstuhl am Indologischen Seminar der Humboldt-Universität zu Berlin übernahm. Das Thema seiner Antrittsvorlesung lautete „Indien im Rahmen der Weltgeschichte."

Ruben ging nun daran, sein Konzept einer modernen, zeitgemäßen Indienwissenschaft zu verwirklichen – im Kontext der generellen Umgestaltung der Asien- und Afrikawissenschaften in der DDR. Die Aufgabe bestand darin, ein „Orchideenfach" vorwiegend exotischen Charakters in einen gesellschaftsrelevanten Wissenschaftszweig zu verwandeln, der sowohl imstande ist, seinen Gegenstand in der historischen Totalität und Komplexität zu erfassen, als ihn auch in Beziehung zur gesellschaftlichen Praxis und den

Bedürfnissen der Gegenwart zu setzen. Nach Rubens Vorstellung kann eine moderne Indienwissenschaft nur aus einem Ensemble verschiedener Disziplinen bestehen, die sich aus ihrer spezifischen Sicht und mit den jeweiligen Methoden der „Mutterwissenschaft" mit dem komplexen Gegenstand Indien befassen. So wenig ein Romanist als Spezialist für ein oder mehrere romanische Länder gleichzeitig Philologe, Historiker, Ökonom oder Politikwissenschaftler sein kann, so wenig ist ein Indologe als multidisziplinärer Spezialist für Indien vorstellbar. Zweitens plädierte Ruben für den Umgang mit Indien als einer historischen Einheit von den Anfängen bis zur Gegenwart. Indologie dürfe nicht länger – wie gerade in der deutschen Wissenschaftstradition ausgeprägt – auf die Beschäftigung mit altindischer Kultur reduziert werden. Gerade angesichts des Wiederauflebens einer „Indienromantik" in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und der Verbreitung von pseudowissenschaftlicher Literatur durch Sekten, die ihre Praktiken vorgeblich auf alte indische Traditionen gründeten, sah Ruben die Aufgabe der Indienwissenschaft darin, den Blick für die Realität – die historische wie die zeitgenössische – zu schärfen. Er argumentierte immer wieder, dass ein Verständnis des zeitgenössischen Indien ohne Kenntnis der langen Geschichte und der kulturellen Traditionen des Subkontinents nicht möglich ist. Gleichzeitig setzte er sich mit den Leistungen und Auffassungen der Indologen in der Vergangenheit auseinander und leitete aus der Kritik der Tradition seines Faches und den zeitgenössischen Erfordernissen neue Aufgabenstellungen ab.[13] Sein erklärtes Bestreben ging dahin, die gesellschaftliche Entwicklung Indiens „als Parallelfall zu unserer eigenen Entwicklung zu begreifen"[14]

Eine Konsequenz des neuartigen Herangehens war die auf Antrag Rubens erfolgte Umbenennung und Umstrukturierung des bisherigen Indologischen Seminars an der Humboldt Universität in ein Institut für Indienkunde. Dieses Institut sollte eine Stätte der multidisziplinären Kooperation in Lehre und Forschung mit dem gemeinsamen Gegenstand Südasien bzw. Indien werden. Der schwierigen Aufgabe der institutionellen Neugestaltung widmete sich Ruben in seiner Eigenschaft als Direktor. Er bemühte sich, Spezialisten – einschließlich indischer Kollegen – zu gewinnen und förderte junge Wissenschaftler, die einen kombinierten Ausbildungsgang durchliefen. Ruben legte selbst Veröffentlichungen vor, in denen die neuen Auffassungen exemplifiziert und gleichsam lehrbuchreif dargeboten wurden.

Solche aus Vorlesungszyklen hervorgegangene selbständige Schriften sind seine „Einführung in die Indienkunde" oder die „Geschichte der indischen Philosophie" (1954).[15] Sie erschienen neben Monografien und zahlreichen Aufsätzen, die zum Teil ältere Arbeitsthemen des Verfassers fortsetzten. Wiederholt regte Ruben die Bildung von Forschergruppen aus Spezialisten unterschiedlicher Disziplinen zur Bearbeitung komplexer Themen an. Manches war dabei allerdings illusionär und abstrahierte schon im Ansatz von den realen Gegebenheiten. Das betrifft etwa die von ihm bis an sein Lebensende wiederholte Forderung, größere Kollektive von Fachleuten verschiedener Disziplinen zur Bearbeitung von Teilbereichen (wie Literatur, Philosophie, Geschichte u.a.) des alten wie neuen Indien zu konstituieren und institutionell zu verankern.

Ruben war sich bewußt, daß ihn seine über Jahrzehnte isolierte Arbeitsweise als „Einzelkämpfer" nicht sonderlich auf die Leitung von Gemeinschaftsarbeit vorbereitet hatte. Leider behinderten gelegentlich aber auch Charaktereigenschaften das mögliche Zustandekommen einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit Kollegen, deren Ansichten und Bestrebungen nicht grundsätzlich von denen Rubens differierten. Diplomatisches Geschick, auch in der Argumentation im direkten Gespräch, gehörte gewiss nicht zu den Stärken Rubens. Voller Ungeduld versuchte er in kühnen Alleingängen neue Themenbereiche für die Indienwissenschaft zu erschließen und somit u. a. sein Postulat von der Jahrtausende umspannenden Existenz Indiens als historisches Subjekt wie die These von historischen Parallelen des Entwicklungsverlaufs in verschiedenen Kulturen zu untersetzen. Beleg dafür ist beispielsweise das dreibändige Werk über moderne und zeitgenössische indische Romane (1964–1967), das Ruben als eine „ideologische Untersuchung" bezeichnete.[16] Dabei war er sich sehr wohl der eigenen Grenzen bewußt und stellte wiederholt in den Vorbemerkungen seiner Bücher fest, daß er seine Behandlung der jeweiligen Thematik als einen Versuch betrachte, der eigentlich die Kräfte eines einzelnen übersteige und der Bearbeitung durch mehrere, disziplinär unterschiedlich orientierter Spezialisten bedürfte. In selten anzutreffender Entschiedenheit, die Kollegen wie Schüler gleichermaßen verunsichern konnte, kritisierte sich Ruben gelegentlich selbst. So bezichtigte er sich eines „falschen Radikalismus" in bezug auf einige der in der DDR in den fünfziger Jahren veröffentlichte Arbeiten, ohne darauf zu verweisen, dass die verworfene Haltung nicht bloß

auf persönlichen Fehleinschätzungen beruhte, sondern auch einem Paradigmenwechsel in der ideologischen und theoretischen Großwetterlage geschuldet war.

1955 wurde Ruben zum Ordentlichen Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin berufen. Auch hier engagierte er sich mit dem gewohnten Elan. Der Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst diente er von 1960 bis 1968 als Sekretar. In den Sitzungsberichten der Klasse legte er neue Forschungsresultate in theoretisch anspruchsvoller Gestalt vor. Ruben nahm regen Anteil an der Arbeit des Instituts für Orientforschung an der Akademie, dessen Direktor er von 1962 bis zur Emeritierung 1965 war. In den Veröffentlichungen des Instituts für Orientforschung erschienen einige seiner Monografien. 1959 wurde Ruben für seine wissenschaftlichen Leistungen mit dem Nationalpreis der DDR geehrt. Die Arbeit an der Akademie bereitete Ruben offenkundig weitaus mehr Genugtuung als die an der Universität, zumindest soweit es die Wahrnehmung von Funktionen und wissenschaftspolitischer Verantwortung betraf. Davon zeugten persönliche Äußerungen ebenso wie die Tatsache, dass er noch vor der Emeritierung wegen ernster Meinungsverschiedenheiten mit dem Staatssekretariat (später Ministerium) für Hoch- und Fachschulwesen 1964 das Amt des Institutsdirektors an der Universität niederlegte. Es war Ruben nicht vergönnt, eine dauerhafte „Schule" an der Humboldt-Universität zu etablieren. Ruben unterhielt Kontakt zu indischen Kollegen und besuchte Indien zu einem Studien- und Vortragsaufenthalt 1957 sowie – anläßlich der Jubiläumsfeierlichkeiten für den Dichter-Philosophen Rabindranath Tagore – nochmals im November-Dezember 1961.

Nach erfolgter Emeritierung bewies Ruben eine erstaunliche Produktivität. Jetzt erst schuf er sein opus magnum – das sechsbändige Werk „Die gesellschaftliche Entwicklung im alten Indien" (1967–1973).[17] Es enthält seine Erkenntnisse und Ansichten über die Entwicklung auf dem Subkontinent von den Anfängen menschlicher Zivilisation bis zum Einsetzen des Kapitalismus und – wiederum typisch für Ruben – dokumentiert zugleich den Fortgang des Erkenntnisprozesses des Autors im Verlauf der Arbeit an dem Werk besonders im Hinblick auf die Periodisierung. Eine umfangreiche „Kulturgeschichte Indiens" erschien 1978 (das Manuskript wurde 1973 abgeschlossen und 1976 mit einem Nachtrag zur Vorbemerkung sowie mit einem Ausblick auf das Indien seit 1947 versehen, bevor es der Verlag end-

lich zum Druck gab). Die Kulturgeschichte folgte denselben Prinzipien wie der Sechsbänder und krönte das Lebenswerk.[18] In der letzten (gedruckten) größeren Arbeit unter dem Titel: "Wissen gegen Glauben. Der Beginn des Kampfes des Wissens gegen den/das Glauben im alten Indien und in Griechenland" (1979)[19] kehrte Ruben noch ein Mal zu der von ihm lebenslang bevorzugten philosophischen Thematik und der Komparatistik als Forschungsmethode zurück.

Zeitgenössische wissenschaftliche Diskussionen beeinflußten das Denken Rubens. Er beteiligte sich an der Periodisierungsdebatte, die – von der Ethnologie und archäologischen Frühgeschichtsforschung ausgehend – von den fünfziger bis in die achtziger Jahre und mit besonderer Intensität in der DDR und in Frankreich geführt wurde. Die Debatte warf aus unterschiedlichem Blickwinkel die Frage auf nach Parallelen und Unterschieden besonders auf den frühen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung in verschiedenen Kontinenten und Großregionen oder Kulturen. Dankbar verwies Ruben auf Anregungen, die er vor allem aus der Beteiligung an der Diskussion um das Projekt „Weltgeschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus" (am Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie an der Akademie) erhalten hat. Ruben formulierte in dem Kontext – teilweise eigene frühere Auffassungen korrigierend – seine Konzeption von der altorientalischen Klassengesellschaft. Er betrachtete die Entwicklung in Südasien bis zum Einsetzen des Kapitalismus als Aufstieg und Niedergang einer Variante der altorientalischen Gesellschaft. Er sah Perioden übergreifende Merkmale in der Existenz von gemeinschaftlichen Formen des Grundeigentums, dem Vorherrschen bestimmter Merkmale des außerökonomischen Zwangs sowie in ähnlichen Formen der Abhängigkeit, wodurch sich diese Manifestation der vorkapitalistischen Klassengesellschaft zugleich grundlegend von der klassischen Sklaverei und dem europäischen Feudalismus unterschied. Die entscheidende Zäsur der indischen Entwicklung setzte er zwischen vorkapitalistischer und kapitalistischer Gesellschaft, wobei er letztere auch für Indien als ein Durchgangsstadium zu einer höheren, klassenlosen Gesellschaftsform betrachtete. Ruben definierte Perioden des Geschichtsverlaufs in Südasien anhand einer Kombination inhaltlicher Kriterien aus dem Basis- und Überbaubereich und verglich sie mit entsprechenden zeitgleichen oder zeitversetzten Epochen der Geschichte Europas oder anderer Regionen.[20] Jede Periode untersuchte er nach bestimmten Ge-

sichtspunkten (Produktionsweise, Klassen, Staat, Recht, Religion, Philosophie, Dichtung). Er erreichte dadurch eine Systematik in der Darstellung des Stoffes und schuf sich die Möglichkeit, Entwicklung und Fortschritt in einzelnen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der historischen Kontinuität zu verfolgen oder grundlegende disziplinäre Probleme im transkulturellen Vergleich zu behandeln.[21] Die Anwendung systematischer Kriterien und das Aufspüren von Parallelen der gesellschaftlichen Entwicklung in verschiedenen Räumen und Kulturen nötigte den Verfasser, theoretisch ebenso anspruchsvolle wie umstrittene Probleme zu erörtern, so etwa das Vorkommen einer der westlichen Aufklärung analogen aufgeklärten oder aufklärerischen Periode einschließlich deren Voraussetzungen in Südasien.[22] Strittig und mit Rubens eigenen Befunden über die Evolution der indischen Gesellschaft – als Ganzes wie in ihren Teilen – schwer zu vereinbaren blieb die von ihm verfochtene These von der weitgehenden Stagnation in den vorkapitalistischen Perioden in Südasien.

Ruben vertrat ein holistisches Geschichtskonzept und bemühte sich um die Anwendung des historischen Materialismus. Er betonte die Existenz universaler Werte, die Einheit der menschlichen Zivilisation sowie der Weltgeschichte und die Idee der universalen menschlichen Emanzipation, ohne die Unterschiedlichkeit und Vielfalt der gesellschaftlichen und kulturellen Manifestationen zu negieren. Immer wieder stellte er sich die Aufgabe, das spezifisch Indische heraus zu arbeiten, blieb dabei jedoch über jeden Verdacht erhaben, einem Exzeptionalismus das Wort zu reden. Zugleich wandte er sich gegen die von älteren Indologengenerationen vorgenommene und ins 20. Jahrhundert tradierte Charakterisierung der indischen Kultur als einer Kultur der Arier. Konsequent trat Ruben gegen den Eurozentrismus im wissenschaftlichen wie im Alltagsdenken auf. Ihm galten allgemeine historische Darstellungen oder Lexika, die den Anspruch erhoben, ein disziplinäres Sachgebiet wie etwa die Philosophie oder Weltliteratur umfassend zu repräsentieren als höchst unvollkommen, wenn sie nicht in angemessener Weise auch den Sachverhalt in Indien oder China berücksichtigten.[23] Im Unterschied zu den traditionellen oder klassischen Indologen, die gerade die deutsche Wissenschaftstradition prägten, trennte Rubens Methodik nicht die Welt in eine der Texte und eine der Realität; er lehnte jeden Textfetischismus ab. Das ist umso mehr hervor zu heben, als er sich in der späten Phase – in bewusster Beschränkung auf den ihm vertrauten engeren

Themenkreis aus dem alten Indien und die dazu aussagekräftigen Quellen – nicht als Indologe, sondern als Sanskritist bezeichnete. Er bevorzugte und praktizierte einen kontextualen Realismus, indem er Quellen der archäologischen Frühgeschichtsforschung und Ethnologie für die frühen Perioden mit den Aussagen der Texte verglich und Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Analysen der existierenden Gesellschaft für die späteren Perioden heranzog.

Ruben betrat in mehrfacher Hinsicht Neuland und fand dabei oft nicht das gewünschte Echo von Fachkollegen aus anderen Disziplinen. Als Lehrer und Autor war er anregend und streitbar zugleich. Ungeachtet mancher eher ideologisch als wissenschaftlich begründeter Vorbehalte ist er als einer der bedeutenden deutschen Vertreter seines Faches anerkannt.[24] Ruben errang internationales Ansehen, vor allem auch in Indien, wo seine Monografie über den klassischen indischen Dichter Kālidāsa[25] durch die englische Ausgabe bekannt wurde und wo eine Reihe von Originalbeiträgen von ihm für Bücher und Zeitschriften in Englisch erschienen sind. Von der internationalen Anerkennung kündete die Repräsentanz ausländischer Fachvertreter in der Festschrift „Neue Indienkunde", die anlässlich seines 70. Geburtstages im Akademie-Verlag 1970 (von Horst Krüger) herausgegeben wurde.[26] Aus Anlass seines 80. Geburtstags ehrten Freunde und Kollegen in Indien Walter Ruben mit einem internationalen Seminar 1980 in Kalkutta. Das Seminar stand unter dem Thema „Marxismus und Indologie." Es fand statt in den Räumen der ehrwürdigen, 1784 von Sir William Jones gegründeten Asiatischen Gesellschaft. Die Materialien des Seminars liegen vor in Buchform – herausgegeben von dem hochangesehenen indischen Philosophen Debiprasad Chattopadhyaya, Auswärtigem Akademiemitglied seit 1975, einem Kollegen und langjährigen Freund Walter Rubens.[27]

Aus demselben Anlaß veranstaltete die Klasse für Gesellschaftswissenschaften der Berliner Akademie im Januar 1980 in Anwesenheit des Jubilars eine Tagung zum Thema: „Indiens Rolle in der Kulturgeschichte." Die Vorträge sind in den Sitzungsberichten veröffentlicht.[28] Das Centenarium Rubens schließlich beging die Vereinigung der „Freunde Deutschlands" in Kolkata (Kalkutta) gemeinsam mit der Rammohun-Bibliothek der Stadt im März 2000 mit einem Seminar zu dem Thema „Religion, Gesellschaft und Staat".

Fußnoten

1 Christian Lassen, Indische Altertumskunde, Bd. I, Teil 1. Neudruck der 2. vermehrten und verbesserten Auflage 1867, Osnabrück: Otto Zeller 1968, S. VI.

2 Beleg dafür sind zwei 1931 veröffentlichte Aufsätze : Indische und griechische Metaphysik. In: Zeitschrift für Indologie, Leipzig, VIII,1931, und Über philosophievergleichende Literatur. In: OLZ, Leipzig 34 (1931) 2.

3 Studien zur Textgeschichte des Râmâyana. Bonner Orientalistische Studien 19, Stuttgart 1936.

4 Eisenschmiede und Dämonen in Indien. Intern. Archiv f. Ethnographie XXXVII. Supplement, Leiden 1939.

5 Schamanismus im alten Indien. In: Archiv orientalni XVII, 1939.

6 Über den Ursprung des indischen Dramas. In: Belleten 1940 (Istanbul).

7 Ozean der Märchenströme. Teil I. Die 25 Erzählungen des Dämons (Vetālapañcavīṃśatī). Mit einem Anhang über die 12 Erzählungen des Dede Korkut. FFC 133, Helsinki 1944.

8 Krishna. Konkordanz und Kommentar der Motive seines Heldenlebens. Istanbul 1941 (1943), Istanbuler Schriften. R. 1. 1 7.

9 Ober die Literatur der vorarischen Stämme Indiens, Berlin: Akademie-Verlag 1952.

10 Krishna. Konkordanz und Kommentar der Motive seines Heldenlebens. Istanbul 1941 (1943), Istanbuler Schriften. R.1.17.

11 Indisches Mittelalter. Hindistan ortacag tarihi. Istanbul (Zürich, New York: Europaverlag) 1944 (Istanbuler Schriften 3).

12 Tiahuanaco, Atacama und Araukaner. Drei vorinkaische Kulturen. Leipzig: Harrassowitz 1952.

13 So z.B. in dem Aufsatz Alte und Neue Wege der Geschichte der indischen Philosophie. In: Wiss. Annalen, 1.Jg 1952, H. 2, oder in der Abhandlung Karl Marx über Indien (1853) und die Indienliteratur vor ihm. In: Wiss. Zeitschrift d. Humboldt-Universität, Berlin, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Berlin 3 (1953/54).

14 Die Perspektiven der Indologie in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Wiss. Annalen 6. Jg. 4 (1957), S. 269.

15 Einführung in die Indienkunde. Ein Überblick über die historische Entwicklung Indiens. Berlin: Dt. Verlag der Wissenschaften 1954; Geschichte der indischen Philosophie. Berlin: Dt. Verlag der Wissenschaften 1954.

16 Indische Romane. Eine ideologische Untersuchung. Bd.1. Einige Romane Bankim Chatterjees und Rabindranath Tagores. Berlin: Akademie-Verlag 1964 (DAW Inst. f. Orientforschung, Veröffentlichung Nr. 60); Bd. II und III. Probleme der Liebe und des Freiheitskampfes in indischen Romanen aus den Jahren 1937–1961. Ebd. 1967.

17 Die gesellschaftliche Entwicklung im alten Indien. Bd. I. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse im alten Indien. Berlin: Akademie-Verlag 1967; Bd. II. Die Entwicklung von Staat und Recht im alten Indien. Ebd. 1968; Bd. III. Die Entwicklung der Religion im alten Indien. Ebd. 1970; Bd. IV. Die Entwicklung der Philosophie im alten Indien. Ebd. 1971; Bd. V. Die Entwicklung der Dichtung. Ebd. 1973; Bd. VI. Die Entwicklung der Gangesgesellschaft. Ebd. 1973 (zugleich Veröffentlichungen des Inst. f. Orientforschung Nr. 67/ I–VI).

18 Kulturgeschichte Indiens. Ein Versuch der Darstellung ihrer Entwicklung. Berlin: Akademie-Verlag 1978.

19 Wissen gegen Glauben. Der Kampf des Wissens gegen den/das Glauben im alten Indien und Griechenland. Abhandlungen der Akademie der Wiss. der DDR. Gesellschaftswissenschaften G 1. Berlin 1979.
20 Vgl. Über die Frage der Objektivität in der Erforschung des alten Indien. Sitzungsberichte der DAW. Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst. Jg. 1967. Nr.4. Berlin 1968.
21 Vgl. Die homerischen und die altindischen Epen. Sitzungsberichte der Akademie d. Wiss. Der DDR. Jg. 1973. Nr. 24. Berlin 1975.
22 Vgl. Über die Aufklärung in Indien. Sitzungsberichte der DAW, Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst. Jg. 1959 Nr. 2. Berlin 1959.
23 Ruben schrieb selbst zahlreiche Beiträge für das „Lexikon der Weltliteratur". 1. Aufl. Weimar 1963, 3. Aufl. Leipzig 1966.
24 Vgl. den Ruben gewidmeten Beitrag in Valentina Stache-Rosen, German Indologists. Biographies of Scholars in Indian Studies Writing in German. Second revised edition by Agnes Stache-Weiske. New Delhi: Max Mueller Bhavan 1990, sowie dass. in Gauranga Gopal Sengupta, Indology and its Eminent Western Savants. Calcutta: Punthi-Pustak 1996 (letztgenannter Beitrag ist sachlich leider fehlerhaft).
25 Kālidāsa. Die menschliche Bedeutung seiner Werke. Berlin: Akademie-Verlag 1956. (Englisch : Kālidāsa. The human meaning of its works. Ebd. 1957).
26 Neue Indienkunde – New Indology. Festschrift Walter Ruben zum 70. Geburtstag. Herausgeg. von Horst Krüger. Berlin: Akademie-Verlag 1970. DAW, Inst. f. Orientforschung. Veröffentlichung Nr. 72. – Der Band enthält eine Biographie des Jubilars in deutsch und englisch sowie ein Schriftenverzeichnis bis 1968.
27 Marxism and Indology. Edited by Debiprasad Chattopadhyaya. Calcutta/New Delhi: K. P. Bagchi & Co. 1981.
28 Indiens Rolle in der Kulturgeschichte. Dem Wirken Walter Rubens gewidmet. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Gesellschaftswissenschaften, Jg. 1980, Nr. 12/G, Berlin: Akademie-Verlag 1982.

Walter Ruben: Schriftenverzeichnis (Auswahl)

DIE Lehre von der Wahrnehmung in den Nyāyasūtras III.1. Auszug in: Jahrb. d. Phil Fakultät, Bonn. Jg. 2 Halbbd. 2. 1924.

ZUR indischen Erkenntnistheorie. Die Lehre von der Wahrnehmung nach den Nyāyasūtras III. 1. Leipzig, Harrassowitz 1926.

DIE Nyāyasūtras. Abh. f. d. Kunde d. Morgenlandes, XVIII 2, Leipzig 1928. Indische und griechische Metaphysik. Zeitschrift für Indologie, VIII, Leipzig 1931. Studien zur Textgeschichte des Rāmāyana. Bonner Orientalistische Studien 19, Stuttgart 1936.

EISENSCHMIEDE und Dämonen in Indien. Intern. Archiv f. Ethnographie XXXVII. Supplement, Leiden 1939.

SCHAMANISMUS im alten Indien. Archiv orientalní XVII , 1939.

ÜBER den Ursprung des indischen Dramas. Belleten 1940 (Istanbul)

KRISHNA. Konkordanz und Kommentar der Motive seines Heidenlebens. Istanbul 1941 (1943).

OZEAN der Märchenströme. Teil 1. Die Erzählungen des Dämons (Vetālapañcaviṁśati). Mit einem Anhang über die 12 Erzählungen des Dede Korkut. FFC 133, Heisinki 1944.

INDISCHES Mittelalter, Istanbul (Zürich, New York: Europaverlag) 1944 (Istanbuler Schriften 3).
DIE Philosophen der Upanishaden. Bern: Francke 1947.
ÜBER den altindischen Staat. Archiv orientalni 1952.
TIAHUANACO, Atacama und Araukaner, Drei vorinkaische Kulturen. Leipzig: Harrassowitz 1952.
DIE Erlebnisse der zehn Prinzen. Eine Erzählung Dandins. Berlin: Akademie-Verlag 1952 (DAW Inst. f. Orientforschung. Veröffentlichung Nr. 11),
ÜBER die Literatur der vorarischen Stämme Indiens. Berlin: Akademie-Verlag 1952 (DAW Inst. f. Orientforschung. Veröffentlichung Nr. 15).
ALTE und neue Wege der Geschichte der indischen Philosophie. Wiss. Annalen. Berlin 1 (1 952).
KARL Marx über Indien (1 953) und die Indienliteratur vor ihm. Wiss. Zeitschrift der Humboldt Universität. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe. Berlin 3 (1953/54).
EINFÜHRUNG in die Indienkunde. Ein Überblick über die historische Entwicklung Indiens. Berlin: Dt. Verlag der Wissenschaften 1954.
GESCHICHTE der indischen Philosophie. Berlin: Dt. Verlag der Wissenschaften 1954.
HEGEL über die Philosophie der Inder. Asiatica. Festschrift für Friedrich Weller zum 65. Geburtstag. Leipzig 1954.
BEGINN der Philosophie in Indien. Aus den Veden. Berlin: Akademie-Verlag 1955. (Texte der indischen Philosophie, Bd. 1.) = Philosophische Studientexte.
DER Sinn des Dramas „Das Siegel und Rākshasa". Berlin.- Akademie-Verlag 1956 (DAW Inst. f. Orientforschung. Veröffentlichung Nr, 31.).
KĀIDĀSA. Die menschliche Bedeutung seiner Werke. Berlin: Akademie-Verlag 1956.
KĀIDĀSA [engl.). The human meaning of its works. Berlin: Akademie-Verlag 1957.
DIE Lage der Sklaven in der aitindischen Gesellschaft. Berlin: Akademie-Verlag 1957 (Sitzungsberichte d. DAW z. Berlin, Klasse f. Sprachen, Literatur und Kunst. Jg. 1955, Nr.2.).
DAS Pañcatantra und seine Morallehre. Berlin: Akademie-Verlag 1959 (DAW Inst. f. Orientforschung. Veröffentlichung Nr. 44).
ÜBER die Aufklärung in Indien. Berlin: Akademie-Verlag 1959 (Sitzungsberichte der DAW z. Berlin, Klasse f. Sprachen, Literatur und Kunst Jg. 1959, Nr.2).
RABINDRANATH Tagores Weltbedeutung. Berlin: Akademie-Verlag 1962. (DAW z. Berlin. Vorträge und Schriften. H. 80).
INDISCHE Romane. Eine ideologische Untersuchung. Bd. I. Einige Romane Bankim Chatterjees und Rabindranath Tagores. Berlin: Akademie-Verlag 1964 (DAW Inst. f. Orientforschung. Veröffentlichung Nr. 60); Bd. II. Probleme der Liebe und des Freiheitskampfes in indischen Romanen aus den Jahren 1937–1961. Ebd. 1967; Bd. III. Dass., ebd. 1967),
ÜBER die frühesten Stufen der Entwicklung der altindischen Sudras. Berlin: Akademie-Verlag 1965 (Sitzungsberichte der DAW z, Berlin. Klasse f. Sprachen, Literatur und Kunst. Jg. 1964, Nr. 6).
DER Maurya- und der Mogul-Staat. Berlin: Akademie-Verlag 1965 (Sitzungsberichte der DAW z. Berlin. Klasse f. Sprachen, Literatur und Kunst. Jg. 1965, Nr. 5).
ÜBER die Frage der Objektivität in der Erforschung des alten Indien. Berlin: Akademie-Verlag 1968 (Sitzungsberichte der DAW z. Berlin. Klasse f. Sprachen, Literatur und Kunst. Jg. 1967, Nr.4).
DIE gesellschaftliche Entwicklung im alten Indien.
Bd. I. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse im alten Indien. Berlin: Akademie-Verlag 1967.
Bd. II. Die Entwicklung von Staat und Recht im alten Indien. Ebd. 1968.

Bd. III. Die Entwicklung der Religion im alten Indien. Ebd. 1970.
Bd. IV. Die Entwicklung der Philosophie im alten Indien. Ebd. 1971.
Bd. V. Die Entwicklung der Dichtung. Ebd. 1973.
Bd. VI. Die Entwicklung der Gangesgesellschaft. Ebd. 1973 (= Veröffentlichungen d. Inst. f. Orientforschung Nr. 67/1–V1).
GANDHIS Stellung in der indischen Tradition, in: Mitteilungen d. Inst. f. Orientforschung 16, 1970.
DIE Weltanschauung der alten Inder, Chinesen und Griechen, in-. Klio 55, 1973.
HERDERS Vorstellungen zur Periodisierung der Weitgeschichte und die marxsche „asiatische"
Produktionsweise, in: Universalhistorische Aspekte und Dimensionen des Jakobinismus. Berlin 1976.
DIE Periodisierung der indischen Geschichte in Nehrus „Weltgeschichtlichen Betrachtungen", in: Festschrift E. Waldschmidt, Berlin 1977.
KULTURGESCHICHTE Indiens. Ein Versuch der Darstellung ihrer Entwicklung. Berlin: Akademie-Verlag 1978.
WISSEN gegen Glauben. Der Kampf des Wissens gegen den/das Glauben im alten Indien und
Griechenland. Abhandlungen der Akad. d. Wiss d. DDR. Gesellschaftswissenschaften G 1. Berlin 1979.

Herbert Hörz

Brückenschlag zwischen zwei Kulturen

Helmholtz in der Korrespondenz mit Geisteswissenschaftlern und Künstlern.
Basilisken-Presse Marburg an der Lahn 1997, 500 S.

Herbert Hörz hat sich mit mehreren Publikationen dem Leben und Wirken bedeutender Persönlichkeiten vornehmlich des 19. Jahrhunderts an Hand ihres Briefwechsels gewidmet und damit den hohen Gedankenreichtum der Betreffenden und das Wissen um Lebensumstände und wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen historisch eingeordnet und bewertet.

Nach der Herausgabe des Briefwechsels von Hermann v. Helmholtz mit Emil du Bois-Reymond (1986), der Briefe Ludwig Boltzmannns (1989) und der Physiologen Johannes Müller, Carl Ludwig Schleich, Ernst Brücke und Theodor Fechner (1984) legt Hörz nunmehr bisher unveröffentlichte Briefe aus der Feder von 54 Geisteswissenschaftlern und Künstlern vor, unter denen sich leider nur 22 Antwortschreiben von Helmholtz an lediglich fünf seiner Briefpartner (B. Auerbach, J. Erdmann, J. H. Fichte, Th. Mommsen, H. v. Treitschke) finden. Hörz stellt sich dabei nicht nur das Ziel, Einzelheiten von Biographien, unverwechselbare Charaktereigenschaften, Denkhaltungen und -stile der Beteiligten, An- und Einsichten, Wertungen, Motive des Denkens und Handelns, wissenschaftliche Überlegungen, Veränderungen auch in eigenen Auffassungen, Wünsche, Freude und Enttäuschungen über Menschen und Ereignisse deutlich zu machen, die oft unverhohlen und manchmal unerwartet schriftlich geäußert wurden, die zum wenigstens für die Öffentlichkeit bestimmt waren und die mitunter einen hohen Grad an Vertraulichkeit aufweisen, der sonst nur persönlichem Gespräch eigen ist und der von den Nachgeborenen respektvollen Umgang erfordert.

Wie der Titel des Buches ausweist, geht es Hörz um mehr. Er interpretiert den vorgelegten Briefwechsel im Sinne des Brückenschlages zwischen Natur- und Geisteswissenschaftlern wider das „Auseinanderfallen naturwissenschaftlicher Detailsicht und geisteswissenschaftlich-künstlerischer Gesamtanschauung der Welt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“

(Vorwort S. 9). Solch ein Brückenschlag wird Helmholtz dank seiner umfassenden natur- und geisteswissenschaftlichen Interessen und Kenntnisse und der daraus folgenden Zusammenarbeit oder wenigstens Bekanntschaft mit zahlreichen Geisteswissenschaftlern seiner Zeit zugeschrieben. Hörz will die in den Briefen diskutierten Probleme, „die Beziehungen der Briefautoren und die in deren Meinungen zum Ausdruck kommenden Hinweise auf das Zusammenwirken von Naturforschern einerseits und Geisteswissenschaftlern und Künstlern andererseits" nutzen, um „das Verhältnis von Naturforschung und Geisteswissenschaften (zwei unterschiedliche Ebenen! – Bdt.) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts besser und differenzierter zu verstehen, als es manche der in der Wissenschaftsphilosophie angebotenen Konzepte gestatten." (Vorwort S. 12/13) Hörz hebt vier „theoretische Bereiche" als Wirkungsfelder für den Brückenschlag hervor: Helmholtz' Eingreifen in die „konzeptionelle Auseinandersetzung zwischen Empirismus und Nativismus der Empfindungen", seine Auffassungen „von den Tonempfindungen ... in der Diskussion um die Musiktheorie", seine Überzeugungen „von der Rolle der Philosophie hinsichtlich der Klärung prinzipieller erkenntnistheoretischer Probleme und ihrer kulturellen Funktion" und letztlich seine Sicht auf die Mathematik als „wesentliches Bindeglied zwischen Natur- und Geisteswissenschaften" (S. 157).

Da die Briefe keinem einheitlichen Thema unterzuordnen sind, hat Hörz eine Studie „Die zwei Kulturen im Spiegel der Korrespondenz von Helmholtz mit Geisteswissenschaftlern und Künstlern" vorangestellt, die immerhin den größeren Teil des Bandes beansprucht (258 Seiten), während die Briefe nur als „Anhang" mit 182 Seiten erscheinen.

Die genannte Studie ist in fünf Kapitel mit jeweils mehreren Unterabschnitten aufgegliedert. Zunächst beschäftigt sich der Autor mit Inhalt und Geschichte der zwei Kulturen, wobei hier unter Kultur speziell „die Art und Weise des Umganges mit der Geschichte und Gegenwart menschlichen Handelns in Sprache, Wissenschaft und Kunst" verstanden wird (S. 25). Die Existenz zweier Kulturen finde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eben im „Gegensatz von Naturforschung und Geisteswissenschaften" ihren Ausdruck; zu fragen wäre freilich, ob dies so nicht ohne zeitliche Eingrenzung gesehen werden kann.

Hörz untersucht sodann die Voraussetzungen, die für Helmholtz' Brükkenschlag zwischen den Kulturen maßgeblich waren und sieht sie in dessen

eingangs bereits benanntem, theoretisch wie praktisch gepflegtem Zusammenhang der Wissenschaften und in der Kommunikation der Wissenschaftler untereinander, was nicht zuletzt für Helmholtz durch seine engagierte Hochschullehrertätigkeit in Bonn, Heidelberg und Berlin nahegelegt war. Diese Umstände stellen zugleich einen wesentlichen Hintergrund für viele der vorgelegten Briefe dar. Im zweiten Kapitel werden Helmholtz' Briefpartner eingeführt und damit Ergänzungen zu den den Briefen vorangestellten Anmerkungen geliefert. Das dritte Kapitel zeichnet detailliert Helmholtz' Wirkungsfelder interdisziplinärer und interkultureller Begegnungen nach. Damit wird noch einmal viel Material für die hier in Rede stehenden Probleme zusammengetragen, das sich zum Teil in dieser oder jener Weise schon in früheren Darstellungen von Hörz findet, wie aus zahlreichen Selbstzitaten hervorgeht. Im vierten Kapitel wird den speziellen Diskussionen um die Lehre von den Tonempfindungen und der physiologischen Akustik nachgegangen, während Helmholtz' Beiträge zur Erkenntnistheorie im fünften Kapitel untersucht werden.

Angesicht der Fülle von Literatur über Helmholtz ist es sicher nicht leicht, neue Erkenntnisse zu seinem Wirken vorzulegen. Der Zugang zu Helmholtz jedoch im Hinblick auf seine Funktion als Erbauer einer Brücke zwischen den Kulturen eröffnet eine neue Sichtweise auf bisherige Forschungen. Gewiß ist das Problem der zwei Kulturen seit jener Publikation von C. P. Snow 1967 facettenreich ventiliert worden. Doch scheint das Thema, wie das vorliegende Buch zeigt, schier unerschöpflich. Der von Hörz unternommene Versuch, Helmholtz mit diesen Fragen gewissermaßen rückwirkend in Verbindung zu bringen, kann nur einem profunden Kenner der Wissenschaftsentwickung und Philosophie des 19. Jahrhunderts gelingen, dem die Einordnung des weitgreifenden Ideengutes seiner Protagonisten in die damalige, durchaus nicht homogene Vorstellungswelt möglich ist. Selbstredend nimmt Hörz in seinen Ausführungen vielfältigen Bezug auf die abgedruckten Briefe und deren Autoren. Dadurch erhält der Leser bereits von vornherein orientierende Schwerpunkte. So angenehm dies ist, bleibt die Darstellung aber nicht immer frei von gelegentlichen Weitschweifigkeiten und von Redundanz. Damit verknüpft ist auch das mehrfach zu beobachtende Verlassen des eigentlichen Themas über die zwei Kulturen, das sich Hörz stellt. Doch zugleich besteht in der weitausholenden Beschreibung natur- und geisteswissenschaftlicher Strömungen insbesondere

der Physik, Mathematik, Psychologie und Philosophie, von wissenschaftspolitischen und -organisatorischen Kontroversen, von bildungspolitischen Entwicklungen und des universitären Lebens vor allem der Gründerjahre auch eine Stärke des Essays, der sich freilich damit gegenüber den vorgelegten Briefen in gewissem Maße verselbständigt.

Der Vergleich bestimmter Aspekte der Wissenschaftsentwicklung zur Zeit der Wirksamkeit von Helmholtz, wie z. B. des Verhältnisses von Disziplinarität und Interdisziplinarität im Hochschulwesen, mit der Situation in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts ist für Hörz auf Grund eigener Erfahrungen so bewegend, daß er der Versuchung nicht widersteht, darauf einzugehen, obwohl dies eben nicht unmittelbar zum Thema des Buches gehört (S. 277–279). Auch fachwissenschaftliche Fragestellungen späterer Jahre – wie u. a. die Problematik der Heisenbergschen Unschärferelation – werden mitunter in einen gewiß möglichen, jedoch nicht dem Anliegen des Buches entsprechenden Zusammenhang mit Helmholtz' und seiner Zeitgenossen Gedankenwelt gebracht (S. 40). Verwiesen sei auch auf Abschnitte der Seiten 172, 187, 259.

Hörz belebt seine Darstellung durch zahlreiche höchst interessante Zitate, die Persönlichkeit und Zeitumstände ihrer Verfasser höchst plastisch charakterisieren.

Die Lektüre der Briefe stimmt mitunter vergnüglich, manchmal auch nachdenklich oder sogar bedrückend; sie ist jedenfalls für alle jene Leser genußvoll, die sich die Freude an geschliffenen Formulierungen erhalten haben. Sicherlich entsprechen Stil und Ausdrucksweise der Briefschreiber von vor hundert Jahren nicht mehr durchgängig heutigen Lebensgewohnheiten und -umständen. Doch die bedauerliche Verarmung in der Benutzung der deutschen Sprache unserer Tage tritt überaus deutlich zutage. Darüber hinaus ist auch der Verlust im Hinblick auf eine angemessene Form des gegenseitigen Umgangs, wie der Ton in den Briefen zeigt, jetzt, ein Jahrhundert nach Helmholtz, im akademischen Bereich unübersehbar. Die Briefe sind mit vielen Fußnoten ergänzenden und erklärenden Inhalts versehen.

Der Apparat ist, wie bei einem so erfahreren Autor zu erwarten, durchweg einwandfrei. Eine alphabetische und eine chronologische Auflistung der Briefe fehlen ebenso wenig wie eine ausführliche Bibliographie und ein Sach- und Personenregister.

Das durchaus anspruchsvolle, hohe Allgemeinbildung vermittelnde Buch sollte einen großen, an wissenschaftshistorischen Entwicklungen interessierten Kreis von Lesern erreichen, die die Mühe nicht scheuen, sich in vielfältige, nicht immer sofort auf der Hand liegende Zusammenhänge hineinzudenken, und die Freude haben am Nachvollziehen historischer Prozesse aus einer vielleicht nicht ganz gewohnten Sicht.

Dr. sc. Hannelore Bernhardt